

Bezugpreis: Vierteljahr 30.- M., monatlich 10.- M. frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die achtspaltige Nonpareilzeile kostet 5,50 M. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Sonntag, den 28. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Massen heraus! Auf zur Demonstration!

Gegen den politischen Mord! - Für die Republik!

Arbeiter, Parteigenossen!

Der Meuchelmord wütet in Deutschland. Feiges Gefindel schießt aus dem Hinterhalt die Führer der republikanischen Parteien nieder.

Wir kennen die Täter, mögen sie auch entflohen sein. Wir wissen, daß es jene nationalistischen Kreise sind, die tausendfach zu solchen Schandtatzen aufgereizt haben.

In den Personen der Führer, gleichgültig welcher Partei sie im Einzelfall angehören, soll die Republik als Ganzes getroffen werden.

Durch Fahnenweihen, Regimentsappelle, Kontrollversammlungen, Paraden im Stadion und anderswo bereiten sie die Wiederkehr der Militärherrschaft vor,

deren ausgesprochenes Ziel es ist, den völlig aussichtslosen Revanchekrieg des wehrlosen Deutschlands gegen die waffenstarrende Entente zu entfesseln.

Es geht um Sein oder Nichtsein des Volkes; es geht um die Republik. Wird von diesen Kreisen die Republik gestürzt, so sinkt damit das ganze deutsche Volk in den Abgrund.

Deshalb gilt es, mit allen Kräften gegen das Treiben der Gegenrevolutionäre zusammenzustehen.

Dem Fasistenregiment der Hakenkreuzler und Stahlhelmlente muß ein Ende gemacht werden.

Eine unwiderstehliche Welle des Zornes und der Verachtung muß sie von der politischen Bildfläche hinwegschwemmen.

werden gegen jene hochnässige Sippschaft, die sich als „Blüte des Deuschlums“ anpreist und in Wirklichkeit eine Bande feiger Meuchelmörder ist.

Darum heraus zum Protest! Demonstrieren in Stadt und Land! Zeigt, daß das Proletariat fest entschlossen ist, mit Leib und Lebensschützend vor die Republik und die demokratische Verfassung zu treten!

Zeigt den militaristischen Verderbern Deutschlands, den Obannern und Hintermännern der Meuchelmörder, den wahren Willen des Volkes.

Mittwoch, den 31. August, nachmittags 5 Uhr

gegen den politischen Mord - für die Republik

in gewaltigen Massen. Zeigt überall in der Offenheit, auf den Straßen, in den Häusern die Banner des Sozialismus und der Republik!

Nieder die Meuchelmörder! Hoch die Republik!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Klarheit.

Von Otto Braun.

Die zwölf Revolvergeschüsse, mit denen nationalistische Meuchelmörder aus dem Lager derer um Ludendorff und Helfferich dem Leben Erzbergers ein Ende bereitet haben, haben wie mit Blühsicht die Situation beleuchtet, in die wir durch die Regierungsurteile der letzten Monate geraten sind.

Wir müssen Klarheit erlangen, ob die an Förderung grenzende Nachsicht der für Reichswehr, Polizei und Justiz verantwortlichen Regierungsstellen dem provozierenden Treiben monarchistisch-putschistischer Desperatopolitiker gegenüber andauern soll.

Die jetzigen Zustände sind ein Skandal. Durch sie wird die deutsche Republik zur Farce herabgewürdigt und in der Welt um jeden politischen und moralischen Kredit gebracht.

die deutschnationale Presse durch ihre verlogene Hehe den Boden bereitet für diese Schandtatzen und wie das Walten der Justiz geradezu anreizend zu neuen Mordtaten wirken muß.

Ist es nicht beschämend für das deutsche Volk, das sich vor zwei Jahren in Weimar seine republikanische Verfassung gegeben hat, daß die Frage der Republik heute offen in den Schmutz getreten werden kann?

Ja, wir müssen sehen, wie ein von der Republik bezahlter Pfarrer sich weigert, unter der Fahne der Republik die Gedendenkreuze für die im Kriege Gefallenen zu halten.

Wir müssen ferner sehen, wie die Marine weiter mit der schwarz-weiß-roten Flagge fährt und hohnlachend sich auf ihre Verechtigung, diese Flagge bis zum 1. Januar 1922 zu führen, berufen kann.

Wir erleben jetzt, wie Etappenkämpfer und Kriegsgewinnler aller Grade sich in monarchistischen, kriegsheerischen Kadaververanstaltungen ergehen.

Und um das Bild abzurunden, fordert der Reichslandbund die Landwirte offen zum Lieferstreik, also zur Auswanderung der Bevölkerung auf, wenn die Landwirte gerecht besteuert werden.

kleinen Bruchteil herausgeben, auf dem Altar des Vaterlandes opfern sollen.

Wahrlich, wir haben es weit gebracht seit dem 9. November 1918. Es scheinen die recht zu bekommen, die behaupten, damals wäre nur halbe Arbeit gemacht.

Schon einmal nach einer Revolution, 1848, hat die Feigheit des Bürgertums, die Angst um ihr Portemonnaie Preußen und dann Deutschland wieder unter die Krute des herrschaftlichen Junkertums und der arroganten Militärfaste gebracht.

Soll es wieder so gehen? Wir sind auf dem besten Wege dazu, wenn die verhängnisvolle Indolenz der verantwortlichen Stellen gegenüber dem verbrecherischen selbststüchtigen Treiben der Rechtsbolschewisten anhält.

Starke Worte, Beschuldigungen und Proteste sind hier nutzlos. Dazu ist die chauvinistisch-putschistische Verfeuchung bereits zu weit vorgeschritten.

Wir müssen daher Klarheit haben, ob die bürgerlichen Mittelparteien zu dieser Tat bereit sind. Und schnell muß diese Klarheit geschaffen werden.

Es ist unerträglich für die Partei, daß ein sozialdemokratischer Reichsinnenminister länger die Verantwortung für die Auserkrafthaltung wichtiger verfassungsmäßiger Rechte in Bayern und Ostpreußen trägt.

Kann der Minister die Aufhebung des Ausnahmezustandes, die längst eine politische Notwendigkeit ist, beim Reichspräsidenten und im Kabinett nicht durchsetzen, dann muß er und die Partei die Konsequenzen daraus ziehen.

Die Fortwursterei muß ein Ende haben. Sie führt uns unrettbar in einen Sumpf, in den die Partei nicht mitgerissen werden darf.

Bis zum Parteitag sind noch drei volle Wochen. Es erscheint mir daher dringend geboten, daß schnellstens Parteiaussschuß und Reichstagsfraktion zusammentreten, um unter Hinzuziehung von Vertretern der einzelnen Landesparlamente zu der kritischen Lage Stellung zu nehmen.

Die Schuldigen lügen.

Der schwerindustrielle „Berliner Lokalanzeiger“ nennt die Mordfucht ganz rechtsgerichteter Kreise eine Krankheit, die eine Folge des Krieges und des Zusammenbruchs sei.

Die „Kreuzzeitung“ sieht sich und ihre Freunde zu deutlich gekennzeichnet. Sie signalisiert deswegen — rote Worte und ruft nach dem Staatsanwalt.

Die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei hat gegen die Schriftleitung der „Freiheit“ ein Strafverfahren anhängig gemacht wegen der Behauptung, daß in der Zeitung der Deutschnationalen Volkspartei die Anstifter des Mordes an Erzberger lägen.

Die „Deutsche Tageszeitung“ nennt den Mord ein Revolutionsgewächs. Sie behauptet, daß die Ermordung Liebknechts, Eisners, der Genossen Luxemburg nicht den Rechts-, sondern den Linksparteien genügt habe.

Die „Deutsche Zeitung“ meint, die Ermordung sei die — Tat eines Geisteskranken!

Die „Tägliche Rundschau“ behauptet, die Entlastung über den Mord ginge mit dem Echo des feindlichen Auslandes „Hand in Hand“!

Da war gestern doch der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Wulle in seinem Blatt ehrlicher. Er ließ schreiben:

„Wenn die staatliche Rechtspflege versagt, wo doch das Volk ihre Eingreifen fordert, ersticht automatisch Richter Lynch. Das ist nun einmal so, wird immer so sein, solange die Menschen Menschen sind, und kein Gesetz der Welt wird es aus der Welt schaffen. Dieser Mann war ein aufgelegter Hochverräter, als Mitschuldiger des Dolchstoßes von 1918 wie seither. Es war persönlich ein unfauler Mensch. Die staatliche Rechtspflege hat ihm gegenüber versagt. Es ist nicht zu entschuldigen, aber es ist geschichtlich gesehen überaus natürlich, daß Richter Lynch da auf dem Plan erschien. Er hat noch einmal in solchen Fällen seines Amtes gewaltet.“

„Gewiß: Wer Menschenblut vergießet, dess' Blut soll wieder vergossen werden! Des werden die jungen Leute, unter deren Revolver nach der Aussage des Abgeordneten Diez der Ermordete geblieben ist — falls sie nicht einfach bolschewistische Mordbuben waren —, sich vornehmlich bemüht gewesen sein. Und sie werden ihr Los, wenn das Schicksal es will, mi. Anstand auf sich nehmen. Aber bei all dem denkt man an das alte: Es lebt ein Gott, zu strafen und zu rächen!“

Das ist die richtige Mörderrede. Man läßt am politischen Gegner mit Revolvergütern sein Mütchen und bezeichnet das dann als göttliche Gerechtigkeit. Die Gesinnungsgegenüber, über deren Tat man jubelt, nennt man aber zur Vorsicht „bolschewistische Mordbuben“.

Wir bleiben Gegner des politischen Mordes, so sehr man auch versucht wird, zu wünschen, daß „Richter Lynch“ die Schreiber des Wulle-Blattes in eine Kaltwasserheilanstalt stecken möge. Es genügt vielleicht auch schon ein Erziehungsheim für fälschlich Verwahrloste.

Hilfeschrei der Geldschränke.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ sind unvorsichtig genug, auszusprechen, welche Gefahr das Leben Erzbergers für die Zukunft für sie und ihre Anhänger bedeuten hätte. Sie

bringen nämlich die Mitteilung, daß für den Winter eine Koalition Erzberger-Scheidemann-Breitfeld-Barvus ausgearbeitet und vorbereitet worden sei, daß die Möglichkeit des neuen Kabinetts mit Erzberger und Scheidemann erörtert wurde und daß sich die Erörterung schon zu einem festen Plan verdichtet hätte. Dabei sei zum Glück Bayern ein Hindernis gewesen. „Erzberger wußte, daß seinem Eintritt in die Reichsregierung von der bayerischen Regierung Widerstand bis zum äußersten entgegenzusetzen würde. Er war wohl ganz folgerichtig in seinem Plan, wenn er gegen diese Regierung, vor allem gegen Herrn v. Kahr und den Justizminister Roth einen legte, die allerdings, trotz Unterstützung durch die äußerste Linke keinen Schaden anrichteten, wohl aber das Gute hatten, daß sie die Sachen aufdeckten, die Außenstehende schon vermuteten. Mit Hilfe der Radikalen sollte eine Regierung geschaffen werden mit einer Spitze, die einem Reichskanzler Erzberger keinen Widerstand entgegenzusetzen würde. Dazu sollten die Radikalen in Bayern helfen, wie andererseits im Reich Erzberger die christlichen Arbeiter für sich einzufangen dachte.“

Diese demagogische Geschichte ist nicht die Erfindung beliebiger Redaktoren. Man vergesse nicht, sie steht in den „Münchener Neuesten Nachrichten“. Der eine Leiter der „Münchener Neuesten Nachrichten“ ist Gerschel (Direktor der deutschnationalen, schwerindustriell ernährten Berliner „Post“), der andere ist Seig (deutschnationaler Kommerzienrat), und beide sind zugleich leitende Personen des deutschnationalen „Konturrenzblattes der „Münchener Neuesten Nachrichten“, der — „München-Augsburger Abendzeitung“. Diese gehört zu jenen Blättern, die von dem bekannten Geldschach gespeist werden, der „nicht parteiischen, sondern nationalen Zweck dienen soll“. Es handelt sich hier um die Gelder, die an die fünfzigprozentig deutschnationalen und fünfzigprozentig deutschnationalen Zeitungen bei genügendem Wohlverhalten abfließen.

Auf den Unsin der Meldung der „Münchener Neuesten Nachrichten“ brauchen wir nicht besonders einzugehen. Nur ein Punkt sei etwas erörtert. Ist es nicht merkwürdig, daß die mit der Kahr-Regierung innig befreundeten „Münchener Neuesten Nachrichten“ so deutlich darauf hinweisen, daß Erzberger in Bayern mit Unterstützung der „äußersten Linken“ bestrebt gewesen sei, Minen zu legen? Ist das nicht auffällig, wenn man weiß, daß in München die beiden großen sozialistischen Parteien und ihre Blätter dauernd drangsaliiert werden, daß erst jetzt wieder die Zeitung der USPD verboten worden ist, während das kommunistische Blatt ungehindert erscheinen darf?

Für den politischen Feind ist es unzweifelhaft, daß die „Germania“ auf dem richtigen Wege ist, wenn sie von einer Mörderzentrale spricht. Man darf den Begriff nur nicht zu wörtlich nehmen. Es ist eine Geld- und Interessenverschwörung aller Feinde der Republik und aller Gegner von ernsthaften Besitzsteuern, die von langer Hand vorbereitet wurde. Sie ist längst vollendet. In Auswirkung der Propaganda dieser Kreise mußte Erzberger sterben.

Darüber mögen sich aber die Reaktionen aller Schattierungen klar sein: Wenn Erzberger auch gefallen ist, der Gedanke der ernsthaften Erfassung des Besitzes durch Gold- und Sachwertbesteuerung, die Notwendigkeit, die vermögenden Klassen Deutschlands an den Kosten des Staates teilnehmen zu lassen, ist damit nicht getötet.

Versammlungsverbot für Potsdam.

Gestern vormittag wurde das Verbot der Tannenbergsfeier bekannt; es fand am Nachmittag in der folgenden Bekanntmachung des Polizeipräsidenten seine Bestätigung: Versammlungen unter freiem Himmel sind am Sonntag, den 28. August im Polizeibezirk Potsdam untersagt. Gegen Zuwiderhandelnde wird behördlich eingeschritten werden. Ich ersuche daher dringend, den diesbezüglichen Weisungen der

Polizeibeamten am morgigen Tage unverzüglich Folge zu leisten.

Die Kreisgruppe Zaudy-Belzig der Deutschnationalen Volkspartei hatte ihre Tannenbergsfeier nach Caputh einberufen; auch sie ist verboten worden. Ebenso hat die Regierung eine etwaige Verlegung der Potsdamer Tannenbergsfeier nach Bornstedt oder Bornim oder irgend einem anderen Ort der Umgebung von Potsdam untersagt.

Berüchtweise verlautet, daß die Potsdamer Schupo um drei Hundertschaften verstärkt worden sein soll. Hoffentlich macht sie keinen Unterschied zwischen Links und rechts!

Die „Rote Fahne“ bildet sich ein, daß sie an dem Feuer tiefster Empörung der deutschen Arbeiter ihr Schmuckstück locken kann. Sie bringt eine Aufforderung an die arbeitende Bevölkerung Groß-Berlins zur Demonstration gegen die heutige Tannenbergsfeier in Potsdam und schreibt „folgt alle unsere Kräfte und verhindert gemeinsam mit den Proletariern der SPD. und USPD. die Demonstration der Konterrevolutionäre in Potsdam.“ Die USPD. hat ihre Anhänger selbst zur Demonstration in Potsdam aufgefordert, sie brauchen die Einladung nicht. Das bleibt ihre Aufgabe, sie wäre es auch geblieben, wenn nicht inzwischen die Tannenbergsfeier in Potsdam von der Regierung verboten worden wäre. Unseren Anhängern hätten wir, wäre das Verbot nicht gekommen, ebenfalls selbst Bescheid gesagt. Wir müssen es uns verbitten, von den Kommunisten eingeladen zu werden. Wir verzichten dankend darauf. Die sozialistische deutsche Arbeiterbewegung ist eine ernsthafte Angelegenheit und nicht das Späßvergnügen für politische Rindsköpfe. Es besteht durchaus kein Grund dagegen, daß sich dem sozialistischen Kampfe für die Republik auch Arbeiter anschließen, die im Ziel andere Ideen haben, als wir oder die USPD. Aber darüber müssen sie sich klar sein: sie haben sich bei dem Streben der beiden sozialistischen Arbeiterparteien nach der Einheitslinien und Anschauungen zu benehmen.

Nicht auf halbem Wege stehen bleiben!

In der „B. Z.“ am Mittag vom Sonnabend lesen wir: Geheimrat Dr. Kießer, das hervorragende Mitglied der Deutschen Volkspartei, bezeichnete unserem Mitarbeiter gegenüber den Mord als eine Tat, die nur das Entsetzen und den Abscheu der ganzen Welt hervorrufen muß. Wenn, wie man sagt, der furchtbare Ton, in dem manche Zeitungen schreiben, dazu beigetragen hat, die Leidenschaften zu erregen, so ist es höchste Zeit, daß man zur Selbstbesinnung kommt und sachliche Gegnerschaft auf sachlichem Wege entscheidet. Jeder Appell an die Gewalt, von welcher Seite er auch kommen mag, ist auf das entschiedenste zu verwerfen und zu bekämpfen.

Wir halten Herrn Geheimrat Dr. Kießer für einen anständigen Menschen und hegen über die Aufrichtigkeit seiner Empörung nicht den leisesten Zweifel. Auch ist seine Mahnung an die Rechtspresse, obwohl etwas verflaumt und vorsichtig, besonders wertvoll. Nun fragen wir hiermit den Abg. Dr. Kießer und alle anständigen Menschen in der Deutschen Volkspartei — daß es solche gibt, hat z. B. die Abstimmung über die Annahme des Londoner Ultimatus bewiesen —, ob sie sich überhaupt noch eine Stunde länger in der politischen Gesellschaft von Menschen aufhalten können, wie die, deren Organ die „Tägliche Rundschau“ ist? Dieses Blatt verdient in allererster Linie unter jenen Zeitungen genannt zu werden, die durch ihren Ton die intellektuelle Schuld an der Ermordung Erzbergers (und anderer) tragen. Chefredakteur der „Täglichen Rundschau“ ist der Reichstagsabgeordnete der Deutschen Volkspartei Heinrich Rippler, daher muß dieses Blatt, obwohl es zu 50 Prozent deutschnationale Politik betreibt, als Organ der Partei des Abg. Dr. Kießer betrachtet werden. Die beiden Artikel, die die „T. R.“ seit dem Mord veröffentlicht hat, unterscheiden sich in keiner Weise von den niederträchtigsten Auslassungen der übrigen Rechtspresse.

Die Verführten.

Von Friedrich Ratteroth.

Wenn es Sonntag ist und der Himmel klar über den Häusern blaut, dann steigt Kanzleirat Strömmelmann hinauf aufs Dach des fünfstöckigen Mietshauses, um seine Tauben fliegen zu lassen. Der dienstfreie Sonntag, der heitere blaue Himmel und die schönen rasgezüglichen Brieftauben, die weite Kreise durch die Luft ziehen, es genügt, ja, es genügt fürwahr als Bild für dieses Leben. Strömmelmann liegt auf seiner Wolldecke hier hoch oben ausgebreitet und badet sich allen Aerger und Verdruß von seiner Seele. Und die Gedanken in der Runde heben zu läuten an...

Wenn es Sonntag ist und der Himmel klar über den Häusern blaut, dann schleicht der arbeitlose Metallschleifer Schulz hinauf aufs Dach des fünfstöckigen Mietshauses, um auch seine Tauben fliegen zu lassen. Eigentlich macht er es alle Tage, denn er ist arbeitslos und hat Zeit dazu, aber Sonntags macht es ihm mehr Vergnügen. Und heute vergißt er die Mißere seiner wirtschaftlichen Lage, er möchte mit den Tauben dort in der blauen Luft fliegen, er möchte „frei“ sein wie sie und die Brust läßt in der Sonne baden. Da wird er erinnert an die leisende Stimme seiner Frau, die schilt, daß nicht einmal Sonntags Fleisch auf den Tisch kommt, und er kann es sich doch nicht aus den Rippen schneiden...

Die fliegenden Gedanken im Große sind fort, und besorgt holt Schulz einen roten Wappstein, den bindet er an eine lange Stange. Er öffnet weit den Fangschlag und winkt mit dem roten Tuch seinen Tauben, damit sie sich nicht zu weit entfernen. Aber die Tauben erfreuen sich der Freiheit aus der Hand ihres Herrn, des arbeitslosen Metallschleifers Schulz. Sie wissen sie zu nützen und schrauben sich immer höher der Sonne entgegen, bis sie die Peripherie der Kreise von den Tauben des anderen Höfnerbäckers berühren.

Es ist wie ein Zusammenschlagen der Flügel, ein Liebesbathon hoch oben in der Luft zwischen den beiden Parteien.

Der schöne starke Straßer von Schulz fragt das tierliche Brieftaubenkräusen von Strömmelmann, ob sie nicht mitkommen will. Das Wetter ist so schön, und es ist die rechte Zeit zu einem Ausflug. Die anderen Tauben warnen, aber da sind noch zwei der Unerfahrenen, die auch noch nie einen so schönen starken Täuberich gesehen haben. Und der Bursche weiß so gut zu erzählen von dem heimlichen hellen Schlag, wo zwischen Dachsparren versteckt die heimlichsten Wunder blühen. Und weit ist es auch nicht, dort unten ist's, wo das rote Tuch winkt.

Und Kanzleirat Strömmelmann sieht's mit Beforgnis und muß sich von seiner Decke erheben und winkt nun mit den Farben seiner Fahne. Und winkt und winkt und ahnt das Verhängnis —

Sie sollen ein in den Schlag. Schulz braucht nur das Fangnetz zuzuziehen. Die fremden Tauben unter das Jachett geknüpft, geht er nun pfeifend die Treppe hinunter zu seiner Frau in die Küche. Nun ist Fleisch da zu Mittag — — —

Derweilen flucht Kanzleirat Strömmelmann dem Sport und seiner Leidenschaft, von der er nicht frei kann. Sein Gesicht ist grau und faltig, wie er so die Treppe langsam hinabsteigt. Er schimpft auf Polizei und Justiz, deren Arm zu kurz ist, um seine Tauben in der Luft zu schützen.

„Die Braut des Lucullus“. Das Theater des Westens hat ausgegott. Mit der neuen Oper von Jean Sibelius wird es volle Häuser haben. Schanzer und Welisch haben eine antike, im Luxus-Rom spielende Liebes- und Kriegsgeschichte aus lustigem Kermel geschüttelt. Der drohende Kampf zwischen Rom und Alaric weckt Vorahnungen aus dem Weltkrieg des 20. Jahrhunderts, ohne daß die Parallelen aufdringlich werden. Die Kömerin Melissa, des Konjulus Tochter, verliebt sich in Alaric, den illyrischen Sondergesandten, der zudem noch ein lyrischer Tenor ist. Somit wird Gefahr abgewandt, und Lucullus, der feiste Lebemann, schwicht sich durch Aengst, Entsetzung und Dummheiten bis zur Rückkehr in den alleinseitigen nachdenklichen Fraß. Die Schwandbühnen haben ein gutes Gericht bereitet und werfen es blockweise dem Komponisten zu. Er ist in bester Heberlaune. Der erste Akt sprudelt von paradiesischen, opernen, glänzenden geschriebenen Einzelheiten in rhytmischer Abwechslung und mit sehr feinen, fein verhallten harmonischen Finessen. Der zweite Akt entleert zur großen Oper mit allem Pomp der Instrumente und Duette, ein ägyptischer Tanz wirbelt die Laune wieder hoch, die im letzten Bild mit einem Kuchel aufgenommen und gesteigert wird. Bei einer so ausgezeichneten Partitur haben die Sänger Ungewöhnliches zu leisten. Auch diese Aufgabe wurde über Erwartung gut gelöst. Den Namen Louis Jling wollen wir uns ankreiden; er hat eine seltene, noble, weiche Tenorstimme und gibt der Partiturrolle eine harmonische Gestaltung. Seine Rundez, die heitere Florami, ist Emmy Sturm: das köstlichste, tollste, gefühlfeste Operentemperament unserer Tage. Man muß sie sehen und nochmals sehen, wenn sie, die Nymphe, dem behäbigen, humorig glänzenden Bacchus Liedte einen Tanz beibringt; aber wenn sie den sympathischen Sipo-Mann Franz Felig am Schopfe faßt und aus aller Ordnung bringt. Köstlich und anstehend ist diese Laune! Morgit Suchz mit den weichen Rinderaugen und den kräftigen Bogenhänden. Josefina Daras runde Dralligkeit soll nicht vergessen sein, desgleichen nicht die bunte, reich überladene Neppigkeit der Dekoration. Dem glücklichen Komponisten war Ernst Hauke ein gewissenhafter, energischer und geschickter Helfer am Pult.

Neues Theater am Zoo. So hätten wir denn noch ein neues Theater. Der Saal des ehemaligen Landwehrtakos ist in einen Kammerpflanzraum umgewandelt worden. Der Andrud ist ruhig; die Architekten arbeiten weiden, ohne schreierisch zu werden. Gedämpftheit scheint die Hausnote zu sein, die Direktor Kade hier anstrebt. Das erste Stück, das doch wohl Richtung geben soll, hatie des Gedämpften fast zu viel. Dem Verfasser, Rudolf Eger, der diesen Schwanz „Die kleine Lucassol“ etwas anspruchsvoll ein „Spiel“ nennt, sei immerhin geglaubt, daß er die Theatermaschine mit vornehmer Freude am harmlosen in Bewegung setzt. Ein junge Komtesse, die durchaus beim schönen und interessanten Henri Verome gemalt sein will, kommt als Modell zu ihm

und gerät in die Gefahr eines Stands, den ihr Bruder zu verhindern sucht, indem er sie schmeißt und auf der Stelle mit einem zufällig anwesenden Kunstprofessor verlobt. Noch einmal steigt der Kunstpraktiker beinahe über den Kunsttheoretiker, aber schließlich nimmt die Kleine, ach, so naive und doch so kribbelige Komtesse einen soliden Jugendfreund. Diese sinnige und unsinnige Sage aus einem Lande, das es nirgends gibt außer in der Phantasie von Schwankbildern, entbehrt jeder Schleimigkeit und rollt mit einer, jede Kritik entwarfenden Harmlosigkeit ab, die um so mehr erfreute, als der größte Teil des Bremerpublikums dieses paprika-löse Gericht mit schilllichem Wohlgefallen zu sich nahm.

Man spielte unter der Leitung Hanns Fischers so zurückhaltend, daß manches ein wenig allzu schwach kam. Doch auch diese Distanziertheit, die Fischer wohl vom ehemaligen Königl. in Dresden mit bringt, ist eine Angelegenheit, über die man nach dem vielen dicken Spielen diskutieren kann, wenn sie noch ein wenig leichter und eleganter rollt. Rita Burg, die die Komtesse gab, gelang die Modellzene vorerst noch besser als die der Dame; sie war mehr ein kleiner neugieriger Badfisch als eine Komtesse, welche Zeit des homo sapiens nun auszufterben beginnt. Hans Böb und Ernst Gronau machten als Liebhaber gute Figur. Eduard Rothauer zog mit Temperament und Heroismus seinen dicken Belz aus und an, Ernst Rotmund rabierte einen echten Lustspielkunstprofessor zusammen und Albert Ruyers Schmidt machte aus einem alten Diener eine recht adlabare Studie. Der künstlerische Gewinn des Abends war Elise Döppler-Segband, die einen farblich wundervoll abgeärbten und in der Formgebung reizend originellen Salon gedichtet hatte. D. C. S.

Auf der Straße.

Chor der Nationalen.

Die Schlacht ist gewonnen, ein Schutz ward getan,
Heilo und Hurra! Laßt wehen die Fahnen!
Der Feind liegt zerendet auf offenem Plan,
Die Echten und Rechten packt fröhliches Ahnen.

Das ist doch die richtige schwerdeutsche Art —
So werden mit Dolch und mit scharfem Gewehre
Die Ziele, die nationalen, gemahrt,
So werden die Braven um Ruhm und um Ehre.

Hurra und Heilo! Wie üben sie gern
Parademärsche mit Ordensgefäsel,
Die Blutschuld verdeckt nicht Kreuzlein noch Stern,
Sie brennt auf den Stirnen unlösbar und dunkel.

Das Hakenkreuz schimmert! Hißt schwarz, weiß und rot,
Ruht huldig von neuem zu Frontkämpfertagen,
Stürzt nochmals das Land in Jammer und Not —
Wer Rechenschaft fordert, wird meuchlings erschlagen!

Scharaff.

Wir fragen daher den Abg. Kießer und seine engeren Gefinnungsgenossen, zu denen wir u. a. Herrn v. Kardorff, Dr. v. Campe, Dr. Heinze, Herrn v. Raumer, Frau v. Dheim glauben zählen zu dürfen, ob sie es länger mit ihrer politischen Ehre für vereinbar halten, mit den Leuten in einer Partei zusammenzufügen und zu arbeiten, die in der „Täglichen Rundschau“ ihr Sprachrohr erblicken.

Jetzt ist der Augenblick für sie gekommen, aus ihren Erkenntnissen die Konsequenzen zu ziehen: das Tischschneiden, sich vom rechten, in Wirklichkeit deutsch-nationalen Flügel der Volkspartei, von den Mareßky, Wittelmann, Rippler usw. zu trennen und am gemeinsamen Kampf für die Erhaltung der demokratischen Republik, gegen den deutsch-nationalen Meuchelmord mit allen übrigen republikanischen Parteien mitzuwirken.

Tun sie das nicht, dann müßten wir zu unserem Bedauern feststellen, daß die Aeußerungen, wie die des Abg. Dr. Kießer in der „B. Z.“ nur Lippenbekenntnis sind.

In diesem Zusammenhange möchten wir an eine andere Stelle eine Frage richten, die natürlich ganz anderer Art ist, die aber ebenfalls eine Aufforderung ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben.

Die „Freiheit“ schreibt am Sonnabendabend in einem Artikel: „Die nötige Antwort“, dem wir restlos zustimmen:

Die politische Tat muß politisch beantwortet werden durch eine geschlossene Aktion der Arbeiterschaft, die ihren Einfluß auf die Politik steigert und die Deutschnationalen dort trifft, wo sie am empfindlichsten und am nachhaltigsten getroffen werden können. Demokratisieren wir die Verwaltung, stellen wir wieder eine Justiz her, die diesen Namen verdient, verschaffen wir in allen Schulen und den Universitäten unseren Gedanken Vertretung und Achtung und die reaktionäre Gefahr wird gebannt.

Bravo! Wir unterschreiben jedes Wort, aber wir fragen die Unabhängigen: Wie wollt ihr den Einfluß der Arbeiterschaft auf die Politik steigern, die Verwaltung demokratisieren, die Justiz und die Schule erneuern? Etwa, indem ihr euch wie bisher halsstarrig weigert, politisch mitzuarbeiten? Indem ihr uns Sozialdemokraten allein die Verantwortung überläßt. Indem ihr eure wertvollsten Kräfte dazu verurteilt, als Außenstehende Kritik zu üben, anstatt praktisch an der Erreichung dieser ausgezeichneten formulierten Ziele mitzuwirken?

Erkennt ihr endlich die furchtbare Gefahr, in der die Republik und mit ihr die ganze Arbeiterschaft schwebt, wie sie durch die Ermordung Erzbergers blutig beleuchtet worden ist? Wenn ja, tretet endlich in die republikanische Regierung ein.

Tut ihr das nicht, aus irgendeinem unverständlichen Festhalten an veralteten Beschlüssen, Formeln und Redensarten, dann habt auch ihr nicht den Mut, aus euren Erkenntnissen die notwendigen Konsequenzen zu ziehen!

Eine Nekrolog für Ludendorff?

Die „München-Kugsburger-Abendzeitung“ äußert sich wie folgt: Wir hätten gewünscht, daß sein Gewissen erwachte, daß ihm die unnatürliche Größe seiner Schuld klar geworden wäre und ihn moralisch erdrückt hätte. Wir hätten gewünscht, daß ihm in der eigenen Brust ein Richter entstanden wäre und ihn gezwungen hätte, sich zurückzuziehen, belastet von dem Fluche Tausender. Wir hätten gewünscht, daß er bei Bedenken angefangen hätte, zu büßen in der Qual der eigenen Gewissensbisse, fern von der Welt, fern von der Politik in ober hoffnungsloser Einsamkeit. Das wäre immerhin ein verdöhnendes Moment gewesen.

Wir sind bei vorstehendem Auszug einem Irrtum unterlegen. Das schwerindustrielle Blatt meint nicht Ludendorff sondern Erzberger.

Hunderttausend Mark Belohnung.

Reichsminister Dr. Wieth hat im Namen der Reichsregierung folgendes Telegramm an das badische Staatsministerium gerichtet: Die Reichsregierung hat mit Rücksicht darauf, daß bei der Ermordung des Abgeordneten Erzberger die Möglichkeit eines politischen Mordes gegeben ist, eine Belohnung von 100 000 Mark für die Ermittlung der Täter oder deren Anstifter ausgesetzt. Für die Verteilung ist die badische Landespolizei Karlsruhe zuständig.

Hilfe der Berliner Polizei.

Das Berliner Polizeipräsidium ist bei der Aufklärung des Mordes an dem Abg. Erzberger beteiligt. Zweidienliche Mittelungen sind zu richten an Zimmer 269, Hausanruf 313.

Mitwisser des Attentats?

Karlsruhe, 27. August. (Ill.) Eine aufsehenerregende Mitteilung wird von der „Badischen Presse“ gemacht, die behauptet, daß am Freitag vormittag vor 1 Uhr auf ihrer Redaktion von einer männlichen Stimme telefonisch angefragt wurde, ob was Neues von Erzberger bekannt sei. Auf die eigentliche Frage wurde geantwortet, daß natürlich vor den Wahlen in Baden allerhand Mitteilungen über Erzberger kämen. Der Anfrager erwiderte darauf, darum handele es sich nicht, es sei etwas ganz anderes, was er zu erfahren wünsche. Als weiter gefragt wurde, um was es sich denn handele, wies der Anfrager unter allerhand Vorwänden aus und weigerte sich auch, seinen Namen zu nennen. Er brach dann das Gespräch mit der auffälligen Bemerkung ab, er werde vielleicht in einer halben Stunde noch einmal anfragen, ob dann etwas von einem Attentat bekannt sei. Es liegt der Gedanke nahe, daß außer den Tätern noch andere Personen um das beabsichtigte Attentat gewußt haben müssen.

Sozialdemokratisches Beileid.

An die Zentrumsfraktion des Reichstages!
In heftiger Empörung über das schandvolle Attentat, dem der Abgeordnete Erzberger zum Opfer gefallen ist, sprechen der Zentrumsfraktion ihr tiefempfundenes Beileid aus:
Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.
Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

Namens der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages spreche ich Ihnen zu dem schweren Verlust, den Sie durch die abscheuliche Ermordung des Abgeordneten Erzberger erlitten haben, das herzlichste Beileid aus. Auch uns erfüllt Abscheu über diese ruchlose Tat, die zweifellos eine Frucht ist der verlogenen nationalistischen Hehe, die zurzeit das öffentliche Leben vergiftet.
Braun.

Schwarz-weiß-rot für Lynchjustiz.

Die reaktionäre Presse heuchelt Entrüstung über den Meuchelmord an Erzberger. Glücklicherweise gibt es auch heute noch Lum-

pen, die den traurigen Mut aufbringen, mit öffentlicher Proklamation ihre offene Billigung des Verbrechens kundzugeben. Einige Fälle hat Genosse Loebe durch die Polizei feststellen lassen. Sehr wird uns die Mitteilung, daß der Hauptmann a. D. Wenz, wohnhaft in Steglitz, Friedrichsruher Str. 52, der bei jeder „patriotischen“ Gelegenheit sein Fenster mit den alten Reichsfahnen schmückt, am gestrigen Tage schwarz-weiß-rot geflaggt hat.

Ganz abgesehen davon, daß eine solche Proklamation der republikanischen Bevölkerung eine schwere Bedrohung der öffentlichen Sicherheit darstellt, bleibt an diesem Fall etwas zu bedenken, nämlich: daß diese schwarz-weiß-rote Fahne von einem Menschen, dem „keiner was kann“, öffentlich zum Zeichen der Lynchjustiz gemacht worden ist.

Damit ist selbst die Leistung der Kapp-Rebellen überboten. Die Schlingel des Mörders aber, die als Quelle des Verbrechens die „wachsende Unmoral im politischen Leben“ angeben, werden hoffentlich jetzt wissen, auf welcher Seite diese zu suchen ist.

Auf Einschreiten unserer Steglitzer Genossen hat die Polizei die Einziehung der Worflosse veranlaßt. Wir hätten auch gegen die Einziehung des „Hauptmanns“ nichts einzuwenden.

Auf Einschreiten unserer Genossen veranlaßte die Polizei die Einziehung der Flagge.

Ist er dumm oder tut er nur so?

Unser verantwortlich zeichnender Redakteur erhielt gestern folgenden Brief, den wir unseren Lesern nicht vorenthalten möchten:

Berlin, den 26. August 1921.
Zurzeit Liebenburger Str. 41/42.

Herrn Viktor Schiff

Verantwortlicher Redakteur des „Vorwärts“.

Berlin.

Sehr geehrter Herr!

In Nr. 399 des „Vorwärts“ befindet sich ein Aufsatz „Der große Rummel“, in dem folgender Satz enthalten ist:

„Es war so ziemlich alles an Rechtsbolschewisten versammelt, was in Deutschland herumläuft: General von Watter usw.“
Ich erkläre hierzu:

1. Ich weise es mit Empörung ab, als Anhänger irgend eines Bolschewismus bezeichnet zu werden. Ich habe den Bolschewismus in jeder Form belächelt und werde ihn weiter unter vollem Einfluß meiner Verlon belächeln.

2. An der Veranstaltung habe ich teilgenommen in den Reihen der Soldaten der 54. Inf.-Div., an deren Spitze ich während zweier schwerer Kriegsjahre gestanden habe und deren Angehörige in der Hauptsache Scheswig-Holsteiner, Reddenburger, Hanseaten und Halberstädter mich bitten ließen, an dem Ehrentage der Frontkämpfer in ihren Reihen zu stehen.

Sollte eine Auflösung möglich sein, in dem engen Zusammenhang mit der Ehrenschar meiner alten Division ein Zeichen von Bolschewismus zu ersehen, so müßte mir das bei der Lage der Verhältnisse als Ehrentitel willkommen sein.

Von der Loyalität der Schriftleitung darf ich erwarten, daß sie dieser Wahrheit die Ehre gibt.

In auszeichnender Hochachtung.

Führ. von Watter, Generalkommandant a. D.

Wir wollen im ureigensten Interesse des Herrn Generals a. D. von Watter annehmen, daß er sich in diesem Falle uns gegenüber nur dumm stellen wollte. Indes ist bei der politischen und sonstigen Borniertheit der Militärischen aller Länder das Gegenteil nicht ausgeschlossen. Für diesen letzteren Fall sind wir gern bereit, die offenbar recht lüdenhafte politische Erziehung des Herrn Generals a. D. durch ein kleines Privatstimium über den Begriff „Rechtsbolschewismus“ zu ergänzen. Als „Rechtsbolschewisten“ bezeichnet man heutzutage jene Sorte von „nationalen“ Herrschaften, die unter Witzachtung des Willens des Volkes diesem eine Staatsform und eine Bestimmung mit Gewalt aufzwingen wollen und damit eine geistige Ähnlichkeit mit den Vint's bolschewisten, auch einfach Bolschewisten genannt, aufweisen.

Der Rechtsbolschewismus kann die verschiedensten Formen annehmen. Einmal tritt er in ausgedehnten und idiotischen Reden mit darauffolgenden Straßenrügeleien, wie auf dem Frontkämpfertag im Stadion auf, ein anderes Mal äußert er sich in feigen Meuchelmorden, wie am Freitag in Griesbach; auch tragen gewisse Berschwörerjungen einen rechtsbolschewistischen Charakter, wie jene, die vor einigen Monaten in Karlsruhe stattfand und über die vielleicht Herr General a. D. von Watter nähere Auskunft geben könnte. Aber die inipische Form des Rechtsbolschewismus ist der Aufschrei, wie jener Kapp-Putsch, an dem Herr General von Watter unter Eid- und Verfassungsbruch nachgewiesenermaßen als Kommandeur der Reichswehrdivision in Münster solange mitgewirkt hat, bis er seine Aussichtslosigkeit erkannte.

Aus diesen Gründen sehen wir uns leider nicht in der Lage, die auf Herrn von Watter angewandte Bezeichnung „Rechtsbolschewist“ zurückzunehmen, wir stellen ihm daher anheim, sie als „Ehrentitel“ aufzufassen.

Im übrigen können wir dem Herrn General a. D. von Watter die Versicherung geben, daß seinem Brief ein dauernder Ehrenplatz in unserer redaktionellen Schrecksammer (humoristische Abteilung) gesichert ist.

Abkommen Loucheur-Rathenau?

Paris, 27. August. (G.) Dem „Temps“ wird aus Wiesbaden gemeldet: Nach Schluß der heutigen Vormittagsführung erklärte Loucheur, daß das Abkommen über das Memorandum sowie Anhang 1 getroffen sei, d. h. über das Projekt einer Konvention, die die Mitarbeit Deutschlands am Wiederaufbau der zerstörten Gebiete und auch die Bildung einer deutschen Privatgesellschaft für die Materiallieferungen und die Gruppierung der französischen Geschädigten zur Erteilung von Aufträgen an deutsche Firmen in Aussicht nimmt. Das Abkommen über den Anhang enthält den Plan einer Konvention zwischen der deutschen und der französischen Organisation. Es bleiben nun noch die Anhangsprotokolle zu prüfen, die auf die Rückerstattung von Industriematerial und Tieren Bezug haben. Hinsichtlich des Eisenbahnmaterials ist das Abkommen nahezu verwirklicht, doch bleiben noch die Vereinbarungen über die Festsetzung der Kohlenpreise offen. Die Besprechungen wurden nachmittags wieder aufgenommen und aller Wahrscheinlichkeit nach am Abend ihr Ende erreichen.

Nach dem „Temps“ ist Beschluß gefaßt über die Modalität der Naturallieferungen für alle großen Kategorien. Die wichtigsten Abmachungen sind die, in welchen die Naturallieferungen durch Vermittlung einer deutschen Privatgesellschaft an die französischen Geschädigten gelangen können. Andere Projekte bestimmen die auf die deutsche Rohle anzuwendenden Preise, ferner die Kompensationen für die französischen Verluste an Flugzeugen und

die noch von Deutschland zu liefernden vier Kategorien. Ein weiteres Projekt sieht eine Vereinbarung zwischen beiden Ländern über die Einfuhr französischer Produkte und die Kontingentierung dieser Einfuhr vor.

Die folgenden Teile handeln von der

deutschen Bauhaltermaterialien.

und zwar für Industriematerial, Eisenbahnmateriale und Vieh. Eine deutsche Privatgesellschaft soll die Naturallieferungen an die französischen Geschädigten bewirken. Wichtig ist die Bestimmung, daß die Lieferungen nicht in die Gesamtsumme der deutschen Ausfuhr einbezogen werden sollen, sondern daß dies erst dann geschehen soll, wenn diese Lieferungen von Deutschland bezahlt werden. Diese Privatgesellschaft verpflichtet sich, sämtliche französischen Geschädigten vom 1. Oktober 1921 an mit allen Gegenständen zu beliefern, wie es mit den wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands vereinbar ist. Die Gesamtsumme der deutschen Leistungen darf an Wert 7 Milliarden Goldmark für die Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 1. Mai 1925 nicht überschreiten. Deutschland wird Frankreich für die Zahlung dieser Lieferungen Kredite gewähren. Frankreich hat während des genannten Zeitraumes stets eine Milliarde Goldmark abzutragen, wie groß auch die Menge der deutschen Kohlenlieferungen sein möge.

Ein aus drei Mitgliedern bestehender Ausschuss wird nach Unterzeichnung des Abkommens eingerichtet werden. Er wird aus einem deutschen und einem französischen Vertreter bestehen. Ein dritter Delegierter wird durch gemeinsames Einvernehmen zwischen deutschen und französischen Organisationen bestimmt werden. Sollte hierüber eine Einigung nicht zu erlangen sein, so wird die Reparationskommission den dritten Vertreter selbst ernennen. Diese Kommission wird alle strittigen Fälle entscheiden, Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten regeln.

Industriematerial:

Die Preise sämtlicher Materialien werden von dieser Kommission festgesetzt werden. Zunächst soll der vor dem Kriege gültige französische Preis als Grundlage genommen werden, dann wird der Gegenwert in Goldmark festgesetzt werden. Die Preise spezieller Materialien (Maschinen, industrieller Anlagen) werden durch direkte Einvernehmen zwischen den beiden Parteien festgelegt werden.

Kohlenlieferungen:

Hierfür werden in Zukunft diejenigen Preise gelten, die die deutschen Großverbraucher zahlen. Die alliierten Mächte verpflichten sich, die von Deutschland gelieferte Kohle nur für ihren eigenen Bedarf sowie den ihrer Kolonien oder Protektorate zu verwenden.

Viehlieferungen:

Deutschland schuldet Frankreich noch ungefähr 35 000 Pferde oder Stuten. Nunmehr wird Deutschland nur noch 12 500 Pferde und 500 Stuten zu liefern haben. Außerdem würde Frankreich es annehmen, daß 1730 Tiere, die 1920 mehr geliefert worden sind, als Kompensation für 575 noch zu liefernde große Zuchtställe dienen. Wichtig ist, daß die Ausgaben für die französische Mission zur Rückerstattung des Viehs nunmehr nicht von Deutschland allein getragen werden. Frankreich wird vielmehr ein Siebentel dieser Kosten übernehmen, die Deutschland gutgeschrieben werden sollen.

Einfuhr nach Deutschland:

Deutschland wird zugeben, daß Rohstoffe oder halbfertige französische Produkte nach Verzeichnissen eingeführt werden können. In einem anderen Verzeichnis wird Deutschland für gewisse Produkte die Kontingente festsetzen, die eingeführt werden können. Endlich wird Deutschland in einem drittem Verzeichnis einen Prozentsatz für jene Produkte diktiert, die französischer Herkunft sind und deren Einfuhr nach Deutschland bisher verboten waren.

Vorbereitlich der Zustimmung der Reparationskommission wird zwei Monate nach Unterzeichnung des Abkommens die Erfüllung des Industriematerials ihr Ende erreichen. Deutschland würde das Eigentumsrecht auf das Material wahren, das sich noch auf seinem Gebiete befindet. Innerhalb der nächsten acht Monate müßte jedoch Deutschland 120 000 Tonnen Industriematerial liefern, das Frankreich unter den Vorräten der deutschen Regierung auspählen darf. Deutschland würde sich Frankreich gegenüber als Schuldner auf eine Summe von 158 Millionen Goldmark bekennen, die 5 Proz. Zinsen tragen soll. Diese Summe würde von Deutschland für vor dem 31. Dezember 1925 zu erzielende Aufträge zu verwenden sein. Diese Aufträge müßten unter die verschiedenen deutschen Industrien verteilt werden. Das bis zum 1. Mai 1920 erstattete Material würde von den noch zu liefernden 120 000 Tonnen in Abzug gebracht werden, unter der Bedingung, daß der Auftrag zur Absendung dieses Materials vor dem eben genannten Zeitpunkt gegeben wurde.

Die deutsche Regierung sieht die Suche nach französischen Lokomotiven fort, die sich auf deutschem Gebiet befinden. Deutschland soll ferner 3000 Kippwagen, 2500 Wagen mit Plattformen und 500 Wagon für Holztransporte abliefern. Frankreich würde auf eine Kompensation für die nicht erstatteten Lokomotiven verzichten.

Die weitere Suche nach Vieh, das Deutschland im Kriege requiriert hat, wird eingestellt. Deutschland liefert insgesamt 62 000 Pferde, 25 000 Rinder, 25 000 Schafe, 20 000 Bienenschwärme. Frankreich hingegen verzichtet auf eine größere Menge Viehs. Im ganzen hätte es Anspruch auf 520 000 Rinder, 280 000 Schafe, 800 000 Stück Geflügel, 200 Millionen Feldhühner und Falanen und 60 000 Bienenschwärme.

Die reaktionäre Gefahr

wächst zusehends. Immer dreister tritt das militaristisch-monarchistische Bestreben auf, immer unverhüllter zeigen sich die Absichten der Gegenrevolutionäre.

Da gilt es für alle Genossen mit größter Energie für die Verteidigung der Republik einzutreten. Das geschieht am wirkungsvollsten durch die Kaltstellung der reaktionären Presse, durch eine umfangreiche und ununterbrochene Werbearbeit für das Blatt der Sozialdemokratischen Partei, den

Vorwärts!

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der täglich erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus für 10 M. pro Monat September.

Name _____

Wohnung: _____

_____ Straße Nr. _____

born — Sof — Luereb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts.

bei _____

Anträge zum Parteitag in Görlitz.

I. Tagesordnung des Parteitages.

Edin und Koblenz. Die Steuerfrage ist als besonderer Punkt auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen.
Hamburg. Auf die Tagesordnung des Parteitages ist ein Referat über den neuen Strafrechtentwurf zu setzen.
Hamburg. Auf dem Parteitag ist zur allgemeinen Lenkung gesondert Stellung zu nehmen.
Dresden. Die Kreisversammlung beschließt, die Sitzung des Parteitages in Görlitz zu ersuchen, einen Vortrag über die Demokratisierung der Verwaltung auf die Tagesordnung zu setzen...

Hamburg. Der Parteivorstand wird beauftragt, bis zum nächsten Parteitag zu prüfen, in welcher Form und unter welchen Bedingungen es möglich ist, für sämtliche weiblichen Mitglieder eine politisch-aufklärende Zeitung obligatorisch zu liefern.
Groß-Flottbeck. Der Parteitag wolle den Parteivorstand beauftragen, mehr als bisher Aufklärungsarbeit zu leisten durch Verteilung von Flugchriften und Ausgaben unserer Parteipresse mit werbenden Artikeln, Herausgabe laufender Aufklärungsschriften und Arbeit ähnlicher Art, und nötigenfalls dafür größere Mittel bewilligen.
Berlin. In den Parteivorstand des Erfurter zu richten, eine Broschüre zum Flugblatt in Massenausgabe herauszugeben, in welcher in gedrängter, aber schlagender Weise das Verhalten der einzelnen Parteien bei der Steuererhebung gekennzeichnet wird.
Dortmund. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, dahin zu wirken, daß den tätigen Mitgliedern im Lande mehr als bisher aufklärendes Material über die Kulturziele der Partei, besonders in der gegenwärtigen Zeit, zur Verfügung gestellt wird.
Schwerin i. M. Der Parteivorstand wird beauftragt, zwecks schneller und zuverlässiger Informationen der Presse sowie der Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre über wichtige politische und wirtschaftliche Vorgänge im Ausland ehestens die Errichtung eines internationalen Nachrichtenbureaus in die Wege zu leiten.
Weimar. Dem Parteivorstand ist nachzulegen, einen Parteigenossen mit der Zusammenstellung eines alle Fragen des allgemeinen Rechtes umfassenden Werkes, insbesondere der sozialen Fragen und des Beschwerdeverfahrens, wie sie der Genosse Stadthagen in seinem „Arbeiterrecht“ zusammenstellte, zu beauftragen.
Hamburg. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinsam mit dem Parteiauswuchs der Entwicklung der Parteipresse erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, besonders mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Sinnverfälschung des deutschen Zeitungswesens und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für die Parteipresse.
Berlin. Der Parteitag verurteilt die von einigen Genossen an die bürgerlichen Zeitungen eingesandten, nicht im sozialistischen Sinne geschriebenen Artikel. Er beauftragt den Parteivorstand, die betr. Genossen zu veranlassen, daß keine die Parteidisziplin und -disziplin schädigende Haltung durch diese Einsendungen zum Ausdruck kommt.
Hamburg. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, gemeinlich mit dem Parteiauswuchs der Entwicklung der Parteipresse erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden, besonders mit Rücksicht auf die weit vorgeschrittene Sinnverfälschung des deutschen Zeitungswesens und der daraus resultierenden Schwierigkeiten für die Parteipresse.

Wismar. Der Parteitag wolle beschließen: Mit der U.S.P. in Verbindung zu treten, um eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.
Koblenz. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird beauftragt, in Verhandlungen über die Wiedervereinigung mit der U.S.P. einzutreten. Insbesondere sind alle Bestrebungen zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften zwischen SPD. und U.S.P. zu fördern.
Unterbezirk Osthavelland-Ruppin. Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, wirklich geeignete Schritte zu unternehmen, um die Wiedervereinigung der beiden sozialistischen Parteien unter allen Umständen zu ermöglichen.
Mederlehe. Der Parteitag wolle mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Einigung des Proletariats hinarbeiten und die gegenwärtige Betämpfung der Arbeiterpresse nach Möglichkeit verhindern.
Schwerin i. M. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand wird ersucht, alles zu tun, was der Wiedervereinigung der sozialistischen Parteien dienlich sein kann.
Als nächstes Ziel auf diesem Weg ist die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zwischen den proletarischen Parteien zu erstreben. Eventuell ist mindestens eine Verständigung über gemeinsame Aktionen zur Sicherung und Verteidigung der Republik und deren Errungenschaften zu erstreben.
Reutlingen-Münchingen. Der Parteitag wolle sich für Schaffung von Arbeitsgemeinschaften der sozialistischen Parteien einsetzen, um in wichtigen Kultur- und Wirtschaftfragen, an denen das werktätige Volk gleichen Anteil hat, eine Einheitsfront zu bilden, und um diese Fragen mit größerem Nachdruck vertreten zu können.
Marburg a. d. Lahn. Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbereichs Marburg der SPD. (Bezirksverband Hessen-Rhön) erkennen die ungeheuren Gefahren, die in der Zersplitterung der Arbeiterbewegung liegen. Sie fordern daher den in Görlitz stattfindenden Parteitag auf, alle Kräfte auf eine Einigung hinarbeiten zu lassen.

III. Organisation und Agitation.

Dresden-Stadt. Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form nicht zur Annahme geeignet und hat daher nur als Grundlage für die weitere Beratung der Programmfrage bis zum nächsten Parteitag zu dienen.
Mainz. Der Parteitag wolle beschließen, die Beschlußfassung über den Programmentwurf auf ein Jahr zu verschieben und den neuen Entwurf mindestens ein Vierteljahr vor der Beratung zu veröffentlichen. Für den Uebergang sind Richtlinien eines Aktionsprogramms festzusetzen.
Wiesbaden. Der Parteitag beschließt, der Programmkommission die Aufgabe zu übertragen, ein neues Entwurf in klarer Fassung des sozialistischen Gedankens zu erarbeiten, mindestens vier Monate vor dem nächsten Parteitag in der Gesamtpartei zur Auswertung zu stellen.
München. Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, Punkt 5 der Tagesordnung „das Programm“ von der Tagesordnung des Parteitages abzusetzen, um der Parteimitgliedschaft Gelegenheit zu geben, bis zum nächsten Parteitag den Programmentwurf gründlich erörtern zu können, was bei der Kürze der Zeit in diesem Jahre nicht möglich war.
Segeberg. Das Erfurter Programm nicht früher zu ändern, als eine Einigung zwischen der SPD. und U.S.P. stattgefunden hat.
Pöppelbrunne-Neinrossdorf. Der Parteitag wolle den neuen Programmentwurf ablehnen und dafür ein neues revolutionäres Programm, das das arbeitende, schaffende Proletariat in seinem schweren Lebenskampf mit aller Kraft vertritt und die SPD. zur wirklichen Kampforganisation ausstaltet, schaffen.
Jork i. L. Der Parteitag wolle beschließen, von einer Beratung des vom Parteivorstand vorgelegten Programmentwurfs Abstand zu nehmen und die Programmkommission auf ein Jahr zurückzustellen. Inzwischen hat sich die Partei in der Tendenz der Errichtung und Konsolidierung eines republikanischen Blocks vom Zentrum bis zur unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu bewegen. Auf die Bildung politischer Arbeitsgemeinschaften der SPD. und U.S.P. Organisationen soll auf der Grundlage prinzipieller Anerkennung der demokratischen Republik als der für Errichtung der proletarischen Vorklasse einzig geeigneten Staatsform überall hingearbeitet werden.

Bremer. Der Parteitag wolle beschließen: Den sozialdemokratischen Vertretern in den Bundes- und Landesparlamenten zu empfehlen, mit den Vertretern der U.S.P. unter gewissen Bedingungen Arbeitsgemeinschaften zu errichten.
Berlin. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, unausgesetzt auf eine Einigung des Proletariats im politischen Kampfe hinzuwirken. Der Parteitag spricht die Erwartung aus, daß unsere Vertreter in den Gemeinden, Landtagen und im Reichstag unter Wahrung ihrer Selbstständigkeit eine Arbeitsgemeinschaft mit der U.S.P. anstreben, um in wichtigen, die hand- und kopfarbeitenden Klassen betreffenden Fragen einseitig vorzugehen. In der Erfüllung dieser Aufgabe werden wir die Vorbedingung für eine Vereinigung auf zentraler Grundlage. Die Einigung kann jedoch nur auf dem Boden der alten sozialdemokratischen Grundzüge erfolgen.
Sörup. Es ist zu versuchen, mit der U.S.P. eine Einigung zu erzielen.
Schönberg. Der Parteitag wolle nichts unversucht lassen, was zur Einigung mit der U.S.P. führen kann.
Altenstadt. Der Ortsverein Altenstadt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt den Antrag: Der Parteitag wolle beschließen, die Zusammenführung der beiden sozialistischen Parteien SPD. und U.S.P. baldmöglichst zu ermöglichen, dadurch, daß sofort beschleunigte Schritte unternommen werden, um die Einigung herbeizuführen.
Dresden-Stadt. Der Parteitag beauftragt es, daß das Verhältnis der Sozialdemokratischen Partei zur unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in den letzten Monaten so geworden ist, daß die Wiedervereinigung der beiden Parteien in absehbarer Zeit möglich erscheint. Der Parteitag fordert die gesamte Arbeiterklasse auf, alles zu tun, was das Proletariat im Kampfe gegen das Kapital erneut zusammenschweißen kann.
Maden. Der Parteitag beschließt die Einsetzung einer Kommission, die mit allen sozialistischen Parteien, soweit sie nicht unter dem Diktat von Moskau stehen, in Verbindung treten soll. Der Kommission wird die Aufgabe übertragen, den Parteien Vorschläge für ein gemeinsames Zusammenarbeiten im Reichstag sowie in den Landtagen und in den Kommunen zu unterbreiten. Ferner soll von Partei zu Partei eine Vereinbarung getroffen werden, daß mindestens bei Wahlen und Aktionen eine gegenseitige Betämpfung in der Presse unterbleibt. Sobald diese Vorbedingungen gegeben sind, ist die Grundlage für eine Vereinigung geschaffen.
Unterbezirk Göttingen. Der Parteitag in Görlitz stellt sich ausdrücklich auf den Boden der Einigung zwischen SPD. und U.S.P.

Hamm (Westf.). Der Parteitag wolle beschließen, daß ein einheitlicher Monatsbeitrag eingeführt wird, und zwar 2,50 M. für männliche und 2 M. für weibliche Mitglieder.
Ludwigshafen. Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, die eingeführten Extrabeiträge den „Unterbezirken bzw. den Ortsgruppen“ ganz zu überlassen.
Lehrde. Der Beitrag für die ländliche Bevölkerung ist um ein Drittel niedriger festzusetzen, da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Landbevölkerung ungünstiger sind als die der Industriearbeiter.
Neumünster-Dietrichsdorf. Der Parteitag in Görlitz ermächtigt im Interesse der Agitation unter den Frauen die Beiträge für die weiblichen Mitglieder unserer Partei.
Schwarzwald. Ermächtigung der Beiträge für die weiblichen Mitglieder.
Berlin. Um den im Bezirksverband Berlin vorhandenen 20 Kreisorganisationen die Möglichkeit einer Vertretung in der Parteikommission des „Vorwärts“ zu geben, beschließt der Parteitag die Zahl der Mitglieder dieser Kommission von 15 auf 20 zu erhöhen.
Stettin. In Erwägung dessen, daß die allgemeinen deutschen Parteitage nicht mehr ziffernmäßig stark besucht werden brauchen, damit sie demonstriert wirken lassen; in weiterer Erwägung, daß die Parteitage infolge ihres zu großen Umfanges arbeitsunfähig zu werden drohen; und schließlich mit Rücksicht auf die enorm hohen Kosten, die den Parteiorganisationen aus der Delegation erwachsen, fordert der Görlitzer Parteitag den Parteivorstand auf, in Gemeinschaft mit dem Parteiauswuchs Vorschläge zu machen über eine andere Zusammenfassung des allgemeinen deutschen Parteitages (§ 6 des Organisationsstatuts). Die Gesamtzahl aller gewählten und sonstigen Delegierten soll 200 nicht übersteigen.
Wiesbaden. Die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei haben in Bezug auf die Anzahl der Delegierten eine Zuspitzung angenommen, so daß die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt ist. Der Parteitag wolle aus diesem Grunde eine Kommission, die eine neue, dem parlamentarischen System entsprechende Geschäftsordnung ausarbeiten hat und die für die allgemeinen Parteitage einzuführen ist.
Galle a. d. S. Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der im U.S.P. in der Ufa und im Bismarckland zusammengeschlossenen Berufsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter zu einem engen Verbandsverhältnis zu kommen.
Der Parteitag läßt alle berufstätigen Parteigenossen für verpflichtet, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglied anzugehören, die sich diesen drei genannten Spitzenorganisationen angeschlossen haben.
Hamm (Westf.). Der Parteitag wolle beschließen, daß die Wahl der Vertreter zum Parteitag nicht mehr vom Bezirksparteitag, sondern durch Urabstimmung vorgenommen wird.
Dresden. Die Frauen des 4., 5. und 6. Unterbezirks stellen an die Frauenkonferenz Görlitz den Antrag, beim Parteitag eine Änderung des Delegationsmodus zur Reichsfrauenkonferenz und eine Erhöhung der Mandate zu fordern.
Ludwigshafen. Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Bezirksparteitage möglichst zwischen der Bekämpfung der Tagesordnung des deutschen Parteitages und diesem selbst stattfinden sollen, um so den Genossen mehr Gelegenheit zur vorherigen Aussprache zu geben und das Interesse am Parteileben zu fördern.
Wetzlar bei Hamm. § 23 Absatz 2 soll folgenden Wortlaut erhalten: Zur Partei kann ferner nicht gehören, welcher einer anderen politischen Partei, Krieger- oder Militärvereinen als Mitglied angehört ist.

II. Bericht des Parteivorstandes.

Galle a. d. S. Der Parteivorstand muß bei den der 2. Internationale angehörenden Parteien der uns im Weltkriege feindsich gegenüberstehenden Völkern und allen übrigen sozialistischen Parteien dieser Völker dafür einreten, daß einmal der Friedensvertrag (soweit abgeändert, die Sanktionen aufgehoben und Deutschland beim Wiederaufbau usw.) die nötigen Freiheiten gewährt werden, um seinen übernommenen Verpflichtungen nachzukommen, die unerhörten Drangsalierungen und Schikanen insbesondere durch die Franzosen müssen, wenn in Zukunft Friede herrschen soll, unbedingt aufhören.
Hamburg. Zur Prüfung der möglichst baldigen Durchführung der Bergeseilschaft der Produktionsmittel oder Herbeiführung der Sozialisierung der dafür reifen Betriebe (Bergwerke usw., Enteisung des Grund und Bodens) wird der Parteivorstand beauftragt, eine ständige Kommission dazu geeigneter Genossen zu berufen. Dieselbe hat das Recht, geeignete Sachverständige heranzuziehen. Das Resultat ihrer Beratungen soll in Berichten, beziehungsweise Anträgen an den Vorstand oder an die Reichstagsfraktion sich auswirken.
Sonnenberg i. Thür. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, in Gemeinschaft mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund sofort Schritte zu unternehmen, um dem immer mehr zu sich nehmenden Wechsel mit allen Bedarfsartikeln — hauptsächlich mit den Lebensmitteln — entschieden entgegenzutreten.
Bezirksparteitag der Pfalz. Der Parteivorstand wolle Maßnahmen erwirken, daß durch die Presse, noch mehr aber durch seinen Einfluß auf die Parteifunktionäre des Reichstags und der Landtage Maßnahmen getroffen werden, damit das Betriebsrätegesetz in einer Weise ausgebaut wird, um den Gefahren der fortschreitenden Zerstörung der Industrie vorzubeugen.
Unterbezirksparteitag des Mainzerlandes. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, endlich dem sich stets wiederholenden Mißstand Folge zu leisten und die „Gleichheit“ für die Frauen obligatorisch einzuführen.
6. bad. Landtagswahlkreis. Der Parteitag wolle beschließen: Die „Gleichheit“ wird zu einem wissenschaftlichen Bildungsorgan für die Frauenbewegung ausgebaut und erscheint monatlich. Als Erfolg für die „Gleichheit“ wird den sozialistischen Tageszeitungen empfohlen, eine Sonntagsbeilage für die Frauen zu schaffen.

Hannover. Die immer zunehmende und Unmöglichkeit innerhalb der Arbeiterklasse und ihrer politischen Organisationen bildet eine schwere Gefahr für den Bestand der demokratischen Republik und damit zugleich das größte Hindernis für die Aufwärtsentwicklung des Proletariats. Das Widerstreben und Aufwachen der Reaktion in letzter Zeit ist eine notwendige Folge dieser Verhältnisse. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, alle geeigneten Schritte zu tun, um baldmöglichst zu einer Einigung mit der U.S.P. zu kommen.
Frankfurt a. M. Der Parteitag hat sich für die Einigung mit der U.S.P. auf der Grundlage der Freiheit der Meinungsäußerung und der Einheit im Handeln zu erklären. Bei tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten über politische Aktionen innerhalb und außerhalb des Parlaments entscheidet die Mehrheit.
Leben (S.-M.). Der Parteitag wolle mit allen Mitteln dahin wirken, daß eine Einigung der sozialistischen Parteien in aller Kürze zustande kommt.

Wiesbaden. Die Parteitage der Sozialdemokratischen Partei haben in Bezug auf die Anzahl der Delegierten eine Zuspitzung angenommen, so daß die Arbeitsfähigkeit in Frage gestellt ist. Der Parteitag wolle aus diesem Grunde eine Kommission, die eine neue, dem parlamentarischen System entsprechende Geschäftsordnung ausarbeiten hat und die für die allgemeinen Parteitage einzuführen ist.
Galle a. d. S. Der Parteitag begrüßt die Bestrebungen der im U.S.P. in der Ufa und im Bismarckland zusammengeschlossenen Berufsorganisationen der Hand- und Kopfarbeiter zu einem engen Verbandsverhältnis zu kommen.
Der Parteitag läßt alle berufstätigen Parteigenossen für verpflichtet, nur solchen gewerkschaftlichen Verbänden als Mitglied anzugehören, die sich diesen drei genannten Spitzenorganisationen angeschlossen haben.
Hamm (Westf.). Der Parteitag wolle beschließen, daß die Wahl der Vertreter zum Parteitag nicht mehr vom Bezirksparteitag, sondern durch Urabstimmung vorgenommen wird.
Dresden. Die Frauen des 4., 5. und 6. Unterbezirks stellen an die Frauenkonferenz Görlitz den Antrag, beim Parteitag eine Änderung des Delegationsmodus zur Reichsfrauenkonferenz und eine Erhöhung der Mandate zu fordern.
Ludwigshafen. Der Parteitag wolle beschließen, daß in Zukunft die Bezirksparteitage möglichst zwischen der Bekämpfung der Tagesordnung des deutschen Parteitages und diesem selbst stattfinden sollen, um so den Genossen mehr Gelegenheit zur vorherigen Aussprache zu geben und das Interesse am Parteileben zu fördern.
Wetzlar bei Hamm. § 23 Absatz 2 soll folgenden Wortlaut erhalten: Zur Partei kann ferner nicht gehören, welcher einer anderen politischen Partei, Krieger- oder Militärvereinen als Mitglied angehört ist.
Chemnitz. Der Parteitag wolle beschließen: Die Genossinnen und Genossen, welche sich in führender Stellung befinden und die Partei oder die Gewerkschaften durch ihre Verhalten schädigen, sind aus der Partei auszuschließen.
Nordhausen. Der Parteitag wolle beschließen: Aus Anlaß der Tatsache, daß Genossen, die in der Partei an führenden Stellen stehen, in zunehmendem Maße bürgerliche Zeitungen für ihre Votemitt und schriftstellerische Tätigkeit benutzen, wird für die Zukunft die Benutzung der bürgerlichen Presse von der Genehmigung des Parteivorstandes abhängig gemacht. Anwesenheiten der Partei sind in der eigenen Presse auszutragen. Nichtbenutzung dieses Beschlusses gibt dem Parteivorstand das Recht, den zuwiderhandelnden Genossen aus der Partei auszuschließen und ihn zur Niederlegung seiner Parteitagsämter zu veranlassen.
Pöppelbrunne. Ueber die Teilnahme sozialdemokratischer Vertreter an der Regierung des Reiches entscheidet außer der Reichsagitation der Parteivorstand und der Parteiauswuchs.
In den Regierungen der Länder außer der in Frage kommenden Fraktionen die zuständigen Parteioptionen, Bezirkskommissionen und Parteivorstand.
Hannover. Die Schläger der Parteiongelassen sind jetzt und nach Ortsstellen zu reifen.
Marzlaroda. Die wichtigste und dringendste Aufgabe der Partei muß es sein, mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß für die sozialistische Idee eine Mehrheit im Volk und damit im Parlament geschaffen wird. Es ist nötig, daß sich unsere Reichstagsabgeordneten und unsere alten Führer viel mehr der Aufklärungsarbeit und Agitation für die Partei widmen. Die beste Organisation und der beste Wille der Unterorgane wird nicht in der Lage sein, die Bewegung fröhlich vorwärts zu treiben.

Göppingen. Um das Interesse in den Kreisen aller Volksschichten erneut für unsere Partei zu wecken und die Agitation für Gewinnung neuer Parteimitglieder den Ortsvereinen zu erleichtern, beauftragt der Parteivorstand den Parteivorstand von Zeit zu Zeit, mindestens aber im Jahr zweimal, führende Parteigenossen vom Parteivorstand zu einem Vortragstournee durch das ganze Reich zu veranlassen. Auch Städte bis zu 20 000 Einwohner sollten mit solchen Versammlungen berücksichtigt werden und ganz besonders solche Städte, welche unter der Herrschaft der U.S.P. und der Kommunisten stark zu leiden hatten.

Hamburg. Die Werke und Schriften unserer Vorkämpfer Marx, Engels, Lassalle, Bebel usw. sind heute eine Notwendigkeit mehr denn je. Sie sind in den Besitz derselben zu setzen, ist heute denjenigen, denen diese Schriften zugehört sind, eine Unmöglichkeit. Der Parteitag beauftragt deshalb den Parteivorstand, in Ermüdung zu stehen, ob sich von diesen Werken und sonstiger guter sozialistischer Literatur nicht Heftausgaben veranstalten lassen, damit diese Werke allen Parteigenossen zugänglich gemacht werden können.

München. Der Parteitag wolle beschließen, der Parteivorstand wolle veranlassen, daß in den einzelnen Bezirken Deutschlands eine intensive Agitation in die Wege geleitet wird, die insbesondere das lichte Land erfassen soll.

Die Agitation soll in der Hauptsache die Grundzüge und Ziele des Sozialismus, sowie die Gemeinde- und Staatspolitik der Sozialdemokratie erläutern und über die parlamentarischen Verhandlungen im Reich und Land die nötigen Aufklärungen geben.

Soweit die Möglichkeit gegeben ist, soll sich die Agitation auf mehrere aufeinanderfolgende Tage erstrecken und besonders geeignete Spezialreferenten für diese Agitation gewonnen werden.

Dortmund. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der Agitation in den ländlichen Gebieten viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden wird, als bisher. Es muß erreicht werden, daß die leistungsfähigeren Teile der Organisation in anderen Gebieten herangezogen werden, finanziell und dadurch, daß sie ihre Kräfte mit zur Verfügung stellen, den schweren Kampf der Parteimitglieder auf dem Lande zu unterstützen — einen Kampf, der heute noch vielfach an die Zeiten des Sozialistengesetzes erinnert. Nur durch wahre Parteisolidarität ist ein erfolgreiches Arbeiten an allen Orten möglich.

IV. Bericht der Fraktion des Reichstages.

Weimar. Nur in durchgreifender Sozialisierung sehen wir das Mittel zum Aufbau und zur Rettung vor neuen Zerstörungen. Wir fordern deshalb Ausbau der Demokratie durch Selbstverwaltung der Betriebe sowie Unterstellung der Mehrwerte unter den Gemeinshaftswillen. Von Parteigenossen erwarten wir, daß sie nur so lange in politischen Ämtern verbleiben, als dadurch Nachstellungen in Richtung der Sozialisierung verbürgt erscheinen und unsere Verantwortung nicht lediglich zum Fortwursteln im bürgerlich-kapitalistischen Sinne mißbraucht wird.

Hannover. Die Reichstagsfraktion und die Landtagsfraktion haben bei Regierungsbildungen ihre Entscheidungen im Einvernehmen mit Parteivorstand und Parteiauschuß zu treffen.

Jena. Eine Regierungsbildung nimmt die Sozialdemokratische Partei nur mit Parteien vor, die nach ihren programmatischen Erklärungen und in der Praxis folgende Bedingungen erfüllen: 1. Anerkennung der Republik, der Demokratie und des Parlamentarismus in Reich, Ländern und Gemeinden und der Verteidigung dieser fortschrittlichen Erzeugnisse mit allen Mitteln; Ausbau der Demokratie in Verwaltung und Justiz; Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen.

2. Friedensfreundliche Außenpolitik; lokale Durchführung des Friedensvertrags.

3. Sicherung und Ausbau des Achtstundentags und aller sozialpolitischen Erzeugnisse.

4. Aufbringung sämtlicher steuerlicher Kosten durch weitestgehende Heranziehung des Besitzes, insbesondere rücksichtslose Besteuerung der Kriegs-, Revolutions- und Inflationsgewinne.

Stettin. Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind;

2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde eintreten;

3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen;

4. für eine pazifistische Außenpolitik;

5. für die lokale Erfüllung des Friedensbittats und für die Aufbringung der Kosten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes;

6. für Ausbau der sozialen Gesetze, Erweiterung der Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Kollisionsgesetzgebung und Einfluß derselben auf die Gestaltung der Produktion eintreten.

Berlin. Der Parteitag erwartet von der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Landtage sowie von allen in Regierungsstellen befindlichen Parteigenossen, daß diese die Demokratisierung der Verwaltung mehr als bisher mit allen Mitteln fördern. Insbesondere muß verlangt werden, daß alle wichtigen Beamtenstellen nur mit wirklich republikanisch gesinnten Männern besetzt werden.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind;

2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde;

3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen;

4. für eine pazifistische Außenpolitik;

5. für die lokale Erfüllung des Friedensbittats und für die Aufbringung der Kosten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

Köln. Der Parteitag wolle beschließen, nicht mit einer Partei die Regierung zu bilden, die nicht auf dem Boden der Republik steht.

Wismar. Der Parteitag wolle beschließen, mit der Volkspartei keine Koalitionsregierung zu bilden.

Dresden. Der Parteitag wolle sich eingehend mit der Demokratisierung der Verwaltung in Reich und Ländern befassen und Wege zeigen, dieselbe in unserem Sinne endlich zu verwirklichen. Zur Festigung der politischen Macht der Arbeiterklasse muß die Bürokratie des alten Deutschlands beseitigt werden. Zumindestens wolle sich der Parteitag die Befehle der sächsischen Landkonferenz in dieser Frage zu eigen machen.

Lüneburg. Unsere Vertreter im Reichstag und in den Landtagen der Bundesstaaten sowie die Parteigenossen in Regierungs- und Verwaltungämtern haben mit größter Entschiedenheit für eine Vereinfachung und Demokratisierung des Verwaltungsapparats einzutreten.

Ahn und Koblitz. Der Parteitag wolle beschließen: Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die 1. die Republik anerkennen und zu verteidigen bereit sind, 2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde, 3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorganisationen, 4. für eine pazifistische Außenpolitik, 5. für die Aufbringung der Kosten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes eintreten.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion und Mitglieder der Reichsregierung werden ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß im Auswärtigen Amt ein demokratischer Geist einzieht.

Die Beamtenschaft ist auf ein Mindestmaß zu verringern, da der Beamtenschatz bedeutend über das Notwendige hinausgeht.

Führende Männer des In- und Auslandes beanstanden den langsamen Gang des Amtes, der seine Ursache in dem lebendigen Unzustand-

baren Bürokratismus hat. Kein Auswärtiges Amt einer anderen Macht befähigt eine solche große Beamtenschaft.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, bei dem Auswärtigen Amt die Berufung von Sozialattachés an die Auslandsvertretungen zu verlangen, welche mit den Arbeiterorganisationen der betreffenden Länder Fühlung halten sollen.

Auf die Vereinfachung der ausländischen Vertretungen hinzuwirken und unter allen Umständen darauf zu dringen, daß die Botschafter, Gesandten usw. Deutschlands auf dem Boden der Republik stehen und deren Gedanken vertreten.

Der Parteitag wolle beschließen, daß die Fraktion und die Mitglieder in der Regierung darauf hinwirken, daß eine Verordnung erlassen wird, welche folgendem entspricht:

Deutsche Vertretungen und Konsulatsbehörden im In- und Auslande sind anzuweisen, daß Schiffe, welche nicht die verfassungsmäßige Flagge führen, keine Papiere und Geltscheine erteilt werden dürfen.

Zwidau. Ein Zusammengehen der Sozialdemokratischen Partei in der Regierung des Reichs oder eines Landes ist nur mit solchen Parteien möglich, die

1. grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform stehen und die Republik zu verteidigen bereit sind,

2. für die Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechts des Volkes in Reich, Staat und Gemeinde sind,

3. für die Demokratisierung der Verwaltung und für die Republikanisierung der Reichswehr und Polizeiorganisationen,

4. für die Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige,

5. für die Aufbringung der Kosten in erster Linie durch größtmögliche steuerliche Heranziehung des Besitzes,

6. für eine pazifistische Außenpolitik eintreten.

Eine solche Regierungslokalität kann aber auch nur dann in Frage kommen, wenn die Interessen des Proletariats sie zwingend erfordern und der sozialistische Einfluß in der Regierung so stark ist, daß er bestimmend auf die Geschicke einwirken kann.

Jena. a) Der Parteitag billigt angesichts der zentralen Organisation der Deutschen Volkspartei die Regierungslokalität der Genossen in Rechenburg und Wippe mit der Deutschen Volkspartei.

b) Der Parteitag bekräftigt die für die Koalitionspolitik der Reichstagsfraktion maßgebenden Grundlagen auch für die Fraktionen der Genossen in den Einzelländern zu bindend.

c) Der Parteivorstand wird beauftragt, eine Zentralkasse für die Politik der Sozialdemokratischen Fraktionen in den Einzelländern einzurichten und eine Konferenz der sozialdemokratischen Abgeordneten der Einzelländer einzuberufen.

Kölnbus. Da das starke Festhalten an der ablehnenden Haltung gegenüber einer Koalition mit Einschluß der Deutschen Volkspartei während der Regierungskrise in Preußen als nachteilig erwiesen hat, möge der Parteitag im Interesse der sozialdemokratischen Wählermassen den Fraktionen im Reich, in den Ländern und Gemeinden eine größere taktische Beweglichkeit einräumen, die auch die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei unter der Bedingung von Sicherungen für den Bestand der Republik nicht ausschließt.

Gießen. Resolution. Die am 19. Juli in Gießen stattfindende Konferenz des 6. Wahlbezirks billigt das Eintreten der Partei für das Londoner Ultimatum und den Wiedereintritt in die Regierung. Sie wünscht, daß die Fraktion darauf besteht, daß sie eine ihrer Stärke entsprechende Vertretung in der Reichs- und preussischen Regierung findet. Vor allem ist anzustreben eine Politik, welche die gewaltigen Ueberflüsse der Landwirtschaft, der Industrie, des Großhandels und der Banken zur Wiedergutmachung heranzieht; und die Demokratisierung der Strafverfolgung allen Instanzen durch die nötige Anzahl von Laienrichtern bewirkt.

Die Konferenz erklärte es für die wichtigste Aufgabe unserer Partei, in und außer der Regierung nach allen Richtungen auf die Befestigung und den Ausbau der demokratischen und sozialistischen Republik zu drängen. Ein Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei und jeder anderen, die nicht auf dem Boden der Republik steht, ist entschieden abzulehnen.

Darmstadt. Der Parteitag erhebt aufs neue die Resolution des Kasseler Parteitages betreffs einer Koalition mit bürgerlichen Parteien zum Beschluß. Dieser Beschluß wird auch angesehen auf die einzelnen Länder, da sich bis jetzt in den politischen Verhältnissen nichts ergeben hat, was eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei als notwendig erscheinen läßt.

Rostock. Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag billigt die Haltung der Reichstagsfraktion anlässlich des Ententes-Ultimatums und des Wiedereintritts unserer Genossen in die Reichsregierung und erklärt erneut, ein Zusammenarbeiten in einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien kann sowohl im Reich wie in den Ländern nur in Frage kommen, wenn diese grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der Republik und der Verfassung stehen.

Breslau-Stadt. Der Parteitag bekräftigt den Kasseler Beschluß, wonach ein Zusammenarbeiten der Sozialdemokratie mit Parteien, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen, nicht in Frage kommt. Der Parteitag stellt fest, daß dieser Beschluß nicht nur für die parlamentarische Arbeit im Reich, sondern auch für die in den Ländern bindende Norm ist.

Frankfurt a. M. Der Kasseler Beschluß — Ablehnung jeder Regierungskoalition mit Parteien, die nicht auf dem Boden der Republik stehen — gilt auch für die Gliedstaaten.

Insterburg. Resolution. 1. Die Kreisversammlung Insterburg der SPD. verlangt einstimmig die Ablehnung des Kasseler Ultimatums, in welchem sie einen Verrat an den sozialistischen Grundfragen erblickt. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei — sei es auch mit Rücksicht auf die schweren Kosten des Ultimatums — kann nur zum Unheil des arbeitenden Volkes ausschlagen, dem zweifellos die Hauptlast der Kosten auferlegt würde. Die Koalition mit der Deutschen Volkspartei ist auch in den Parlamenten der Provinzen und Gemeinden unzulässig.

Nur in der Durchdringung der Wirtschaft mit sozialistischen Grundgedanken — gegen die Deutsche Volkspartei —, nur in einer sozialistischen den Besitz treffenden Steuerpolitik kann dem deutschen Volke Rettung werden. Je klarer die Partei in diesem Sinne Stellung nimmt, um so mehr wird sie das deutsche Volk — auch bei einem Volksentscheid — hinter sich haben. Zur Erreichung dieses Zieles ist die Einigung der Arbeiterklasse unbedingte Voraussetzung.

Wir beantragen darum, daß der Parteitag sich klar und entschieden zur Einigung und Verständigung mit der U.S.P.D. bekennt.

2. Die Kreisversammlung der SPD. verlangt vom Parteitag entschieden die Erklärung der Aufhebung des nunmehr im zweiten Jahre in Ostpreußen bestehenden Ausnahmezustandes. Wir mißbilligen, daß die Reichstagsfraktion bisher nicht in zureichendem Maße ihre Kraft für die Beseitigung dieses Unrechts sich eingesetzt hat. Weder außen- noch innenpolitische Verhältnisse rechtfertigen unsere Degradation zu Staatsbürgern zweiter Klasse und die Willkürherrschaft des Kapp-Generals v. Doffis.

Berlin. Der Parteitag beauftragt die Reichstags- und sämtliche Landtagsfraktionen und die der freien Städte, in den Parlamenten dahin zu wirken, daß endlich die alten Wahrscheiben der Monarchie, wie Papiere, Stempel usw., bei den Reichs- und Landesbehörden einzuziehen und durch die in der Verfassung vorgesehenen ersetzt werden. Durch Verordnung sind diese Wahrscheiben zu beseitigen. Handelt ein Beamter oder Angestellter einer Behörde entgegen dieser Verordnung, dann erfolgt sofortige Entlassung ohne Pension.

Kiel. Der Parteitag wolle die Reichstagsfraktion beauftragen, auf strikte Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten betr. Flottenführung durch Handels- und Arsenalschiffe hinzuwirken.

Stuttgart. Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion der SPD. hat mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für die Aufhebung des Verbots des Reichswehrverbandes deutscher derzeitiger und ehemaliger Berufssoldaten einzutreten.

Frankfurt a. M. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion wird beauftragt, unermüdet an die Lösung der Reichswehrfrage im Sinne der Ausmerzungen der monarchistischen Offiziere und der Schaffung einer wahrhaft republikanischen Wehrmacht heranzutreten.

Limburg i. Sa. Die Fraktion soll ersucht werden, Mittel für die Reichswehr in ihrer jetzigen antirepublikanischen Zusammenfassung nicht wieder zu bewilligen. Dasselbe soll auch für die Flotte gelten.

Osting. Die Reichstagsfraktion ist zu veranlassen, die Reichsregierung aufzufordern, bis zum Zusammenritt des Reichstages zu seiner Herbsttagung einen umfassenden Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die grundsätzliche Beschränkung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes zugunsten des kleinen Besitzers zum Ausdruck kommt.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, nach welchem fernerhin alle bebauten Grundstücke der Amortisation unterliegen. Um die Amortisation so schnell wie möglich zu fördern und die Benutzer (Pächter) nicht unnötig zu belasten, ist die Form der Kapitalisierung zu wählen anstatt der gewöhnlichen Abschreibung. Sobald durch die Amortisation der Hypothekensachen und das eigene Geld des jeweiligen Besitzers des Grundstückes getilgt sind, geht das Grundstück kostenlos in den Besitz des Staates über.

6. badischer Landtagswahlkreis. Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung der Elektrizität für unser Wirtschaftsleben fordert der Parteitag die beschleunigte Sozialisierung der Energiewirtschaft.

Schmölln. Der Parteitag verpflichtet alle Vertreter der SPD. in Reich, Staat und Gemeinde zur raschen Sozialisierung des Bauwesens alle im Rahmen des Musterstatuts des Verbandes Sozialer Baubetriebe Deutschlands gegründeten Bauhütten mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Jena. Der Parteitag wolle beschließen: Das vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund einstimmig angenommene Programm zur Sozialisierung der Kohlenwirtschaft wird vom Parteitag angenommen.

Jena. Der Parteitag wolle beschließen: Der Entwurf eines Kohlenwirtschaftsgesetzes, Vorstoß I der Sozialisationskommission, wird vom Parteitag angenommen.

Ebingen. Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Last für die breiten Volksschichten, und in der Folge Verelendung derselben zur Folge haben muß, sieht sich die Wahlkreisfraktion des 18. württembergischen Wahlkreises veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, zu beschließen:

1. Die Parteinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichstages und der Landtage, sowie der Gemeindevertretungen haben dafür zu sorgen, daß den beschloßenen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt.

2. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchsteuern dürfen nur dann angenommen werden, wenn alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

Dortmund. Der Parteitag wolle beschließen: Die Parteinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichstages und der Landtage, sowie der Gemeindevertretungen haben dafür zu sorgen, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern für die Sozialdemokratische Partei unannehmbar sind. Der Parteitag wünscht im Falle des Festhaltens der Regierung an der Gesamtheit dieses Steuerprogramms die Neuwahl des Reichstages.

Durch die Befragung des Volkes soll festgestellt werden, welche Steuer das deutsche Volk tragen kann.

Der Parteitag verkennt durchaus nicht die Notwendigkeit einer Befestigung des Geld- und Finanzwesens. Wir müssen aus der Unsicherheit unseres Geldwesens herauskommen und der Verneuerung der papierernen Zahlungsmittel ein Ende bereiten. Wir müssen Ordnung in den Reichshaushalt bringen und die der Entente gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen.

Um diesen Aufgaben zu genügen, was auch im Interesse der Arbeiterklasse liegt, ist die Sozialdemokratische Partei bereit, Opfer zu bringen. Aber sie muß fordern, daß zuvor die bestehenden Klassen in besonders einschneidender Weise zur Steuerleistung herangezogen werden, so daß die Steuererleichterungen des Besitzes der künftigen Steuerreform den charakteristischen Stempel ausdrücken.

Des weiteren fordert der Parteitag, daß, um die Befestigung unserer Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse zu erreichen, die Reichsregierung zu einer planmäßigen Zusammenfassung und Beeinflussung der Wirtschaftskräfte schreitet und die Sozialisierung der dazu reifen Industrien vornimmt.

Stuttgart. Angesichts der fortschreitenden Verteuerung aller wichtigen Lebens- und Bedarfsartikel, die eine empfindliche Last für die breiten Volksschichten und in der Folge Verelendung derselben mit sich bringen muß, sieht sich die Frauengruppe veranlaßt, den Parteitag zu ersuchen, folgendes zu beschließen: Die Parteinstanzen, insbesondere die Fraktionen des Reichs- und Landtages sowie der Gemeinderäte haben mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß den beschloßenen Volksschichten die Existenzmöglichkeit erhalten bleibt. Bei der Beratung der Steuervorlagen darf die Partei zunächst nur solchen Steuern zustimmen, die den tragfähigen Besitz belasten. Indirekte bzw. Verbrauchsteuern müssen solange abgelehnt werden, bis alle Möglichkeiten, den Besitz zu erfassen, erschöpft sind.

Köln. Der Parteitag ersucht die Fraktion, bei der Beratung der neuen Steuern alles daranzusetzen, damit die unteren Schichten des Volkes vor neuen steuerlichen Belastungen verschont werden. In der Hauptsache soll die Fraktion ihren ganzen Einfluß dahin geltend machen, daß die neuen Steuern reiflos von den besitzenden Ständen getragen werden.

Martinroda. Die Ortsgruppe Martinroda erwartet von der Partei, daß sie bei den bevorstehenden Steuerkämpfen eine feste und klare Stellung einnimmt.

Ehe irgendwelche andere indirekten Steuern bewilligt werden, muß es für unsere Partei Vorbedingung sein, für die nicht vom Lohnabzug betroffenen Kreise eine Steuer zu schaffen, die dem Lohnabzug in ihrer Wirkung ungefähr gleichkommt. Die Möglichkeit zu größeren Steuerhinterziehungen darf nicht mehr bestehen.

Königslein. Die Ortsgruppe Königslein erwartet vom Parteitag klare Stellungnahme und nachdrücklichste Maßnahmen zur Erfassung der Gold- und Sachwerte und Beteiligung des Reiches an der Substanz der wirtschaftlichen Produktion.

Magdeburg. 1. Daß die Rückzahlung der für das Steuerjahr 1920 infolge Lohnabzugs zuviel einbehaltenen Steuerbeträge baldmöglichst erfolgt.

2. Den vom Steuerabzug befreiten Betrag für Werbungskosten, 1800 M. pro Jahr, für die Arbeitnehmer mit Familie zu erhöhen, da die Werbungskosten (z. B. Versicherungsgebühren, Beiträge usw.) eines Steuerzahlers mit Familie größer sind wie bei einem ledigen. Wird der Betrag für Werbungskosten erhöht, vermindern sich die besonderen Belastungen dieser Arbeitnehmer und werden unerschöpfte Steuerabzüge für 1921 vermieden, die erst im anderen Jahre zurückgezahlt werden.

Ceppich. Die wieder stark anschwellende Teuerung, die die Arbeiterklasse am härtesten trifft, sowie die steuerliche Belastung bedeuten für diese den schwersten Existenzkampf. Die Arbeiterklasse ist nicht in der Lage, weitere Lasten zu tragen. Es müssen deshalb von den tragfähigen Schichten des Volkes diejenigen Summen endlich reiflos erfaßt werden, die Reich und Staat auf Grund der bestehenden Steuergesetze zu verlangen berechtigt sind. Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand und die Reichstagsfraktion, die vom Reichsminister beabsichtigten neuen Steuern, soweit sie indirekte sind und auf die arbeitende Bevölkerung abgewälzt werden sollen, abzulehnen. Dagegen sind der Besitz, sowie die ungeheuren Gewinne der Industrie und der Landwirtschaft in der Form zu erfassen, wie sie das Reichswirtschaftsministerium (Beteiligung an der Industrie und am Grundbesitz) in Vorschlag gebracht hat. Dies ist um so mehr notwendig, als bis jetzt fast nur die Arbeiter, Angestellten und Beamten, durch den Abzug an Lohn und Gehalt, dem Reich die Mittel liefern zur Aufrechterhaltung der Staatswirtschaft.

Bezirksparteitag der Pfalz. Unsere Reichstagsfraktion ist zu beauftragen, gegen jede weitere Erhöhung der Lohnsteuer, ebenso gegen jede weitere Belastung der Arbeiterklasse durch indirekte Steuern Front zu machen.

Berlin. Unseren Genossen im Reichstag und in der Regierung ist es zur Pflicht zu machen, bei der Aufbringung der finanziellen Leistungen in erster Linie die Belastung des Besitzes und des Unternehmergewinnes bis an die äußerste Grenze durchzuführen und dafür Sorge zu tragen, daß die kapitalistische Steuerlast der letzten Zeit mit allen Mitteln gebrochen wird.

Tatkräftige Demokratisierung der Verwaltung und Reformen der Rechtspflege sind hierfür und für den inneren Wiederaufbau unbedingte Voraussetzungen. Bei der Durchführung einer solchen Politik wird die gesamte Arbeiterschaft hinter der Regierung stehen.

Schwerin i. M. Der Parteitag möge beschließen, so lange nicht die Kapitalsteuern, Reichsnotopfer, Erbschaftsteuer, sowie eine schärfere Erfassung des in Sachwert bestehenden Vermögens erfolgt ist, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, gegen jede indirekte Steuer, Verbrauchssteuer, zu stimmen.

Brüel i. M. Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für die Abschaffung der indirekten Steuern sorgen möge.

Schmölln. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, dahin zu wirken, daß jeder Steuerpflichtige bis zur endgültigen Veranlagung durch die Steuereinschätzungskommission 10 Prozent Steuern auf das von ihm angegebene Einkommen sofort zu zahlen hat.

Der Millionen Schaden, den die Reichskasse durch die unerhört lange Hinauszögerung der Durchführung der Steuer aus Besitz erleidet und die es dem Kapitalbesitz ermöglicht, mit dem Staat entzogenen Millionen reaktionäre Einrichtungen, wie die Organe, Selbstschutz, Technische Rottweil usw. zu finanzieren, macht es der Reichstagsfraktion zur ersten Pflicht, sich für die rascheste Durchführung der Besitzsteuer mit aller Kraft einzusetzen.

Wiesbaden. Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und insbesondere die sozialistischen Mitglieder der Reichsregierung haben alles aufzubieten, daß die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs endlich und rücksichtslos zur Erhebung gelangt.

Wiesbaden. Der Parteitag zu Göttingen möge beschließen: Die Fraktion des Reichstages hat bei der Beratung der neuen Steuervorlagen dahin zu wirken, daß ein Kraftfahrzeugsteuergesetz Annehmlichkeiten, die zum Teil auch eine schwere Belastung des Publikums darstellen, zur Steuer herangezogen werden. Die Besteuerung solcher Fahrten muß so hoch sein, daß der Anreiz gegenüber der Eisenbahn, Kraftfahrzeuge zu benutzen, verloren geht.

Es empfiehlt sich, die Steuerumme nach den zurückgelegten Entfernungen zu berechnen, also Kilometersteuer einzuführen.

Kiel. In Anbetracht dessen, daß die neuen Steuervorlagen der Reichsregierung 10 indirekte und nur 5 indirekte Steuererlöse enthalten, erwartet der sozialdemokratische Verein Groß-Kiel von der Reichstagsfraktion, daß sie diesen Steuerplänen ihre Zustimmung verweigert.

Die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die schon jetzt bis zum letzten Pfennig ihres Einkommens zur Steuer herangezogen werden, können keine neuen Lasten mehr ertragen.

Die Regierung muß mit der Einführung der Goldwerte Ernst machen. Die Reichstagsfraktion hat für eine Goldwertsteuer des ganzen agrarischen und industriellen Kapitalbesitzes einzutreten und zwar nicht an Stelle, sondern neben den bestehenden und geplanten direkten Steuern.

In diesem Kampfe um eine gerechte Verteilung der Lasten werden die Vertreter in den Parlamenten die Unterstützung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land finden.

Frankfurt am Main. Der Parteitag wolle eine internationale Vereinbarung treffen, wonach die Steuerflucht in allen Ländern unter gegenseitiger Interessenwahrung verhindert wird.

Frankfurt am Main. Der Parteitag ersucht die Reichstagsfraktion, bei der kommenden Verhandlung der Steuerfragen folgende Anträge einzubringen:

1. Zur Reichsabgabenordnung.

a) Die Ausführung des § 164, welcher verlangt, daß jeder, der über ein Einkommen von 10 000 M. und mehr verfügt, ein Buch führen soll, soll in eine Prüf-Vorschrift umgewandelt werden;

b) die Finanzämter sollen angewiesen werden, die Steuerzuschüsse schnellstens zusammenzurufen;

c) die eidesstattliche Vernehmung soll jedem Finanzamt selbständig erlaubt sein.

2. Zum Körperschaftsteuergesetz.

a) Das G. m. b. H.-Gesetz ist dahingehend zu erweitern, daß die Gesellschaften verpflichtet sind, ihre Bilanzen zu veröffentlichen;

b) für alle G. m. b. H. ist ein Aufsichtsrat zu bestellen, dessen Pflichten und Rechte vom Aktiengesetz zu übernehmen sind;

c) Reserven und Gewinne sind verschiedentlich zu besteuern, aber die Reserven in Klassen einzuteilen.

Die Umwandlung von Tausenden von offenen Handelsgesellschaften in G. m. b. H. mit 300 000 M. Kapital soll auf Grund des § 5 der Reichsabgabenordnung nachgeprüft werden.

Zu weiteren Umwandlungen soll die Genehmigung erst nach Prüfung der wirtschaftlichen Notwendigkeit erteilt werden.

3. Zum Kapitalertragssteuergesetz.

a) Den Abzug 5 im § 3 des Gesetzes, welcher die G. m. b. H. bis zu 300 000 M. Kapital unter der Bedingung, daß nur 3 Gesellschafter beteiligt sind und nur Gesellschafter Geschäftsführer sind, von der Kapitalertragssteuer befreit zu streichen, da er in großem Maße mißbraucht worden ist;

b) bei § 5 Absatz 10 die Höhe der Beteiligungsquote auf 50 Prozent heraufzusetzen, da sonst durch mehrere Schachtelgesellschaften die Steuer umgangen wird;

c) die Bezugsrechte nach der Höhe des Aktienkurses zum Bezugsrecht progressiv bis 50 Prozent zu besteuern und den Gesellschaften bzw. Banken wie bei dem Kapitalertragssteuergesetz den Einzug zu übertragen.

4. Zum Einkommensteuergesetz.

a) Zu § 11 Absatz 5 in den Ausführungsbestimmungen festzusetzen, daß Gewinne aus dem Verkauf von Effekten, welche bei dem Ankauf nicht aus Vermögen, sondern aus Krediten bezahlt wurden (Spekulation) als Einkommen anzusehen sind;

b) daß bei der Steuererklärung die Spesenentnahmen aufgegeben werden müssen;

c) Provisionszahlungen an Ausländer separat aufgegeben werden;

d) bei der Landwirtschaft die Veranlagung von einem durch einen Ausschuss des Reichstages festzusetzenden Mindesteinkommen ausgeht.

5. Zum Stempelgesetz.

a) Der Gesellschaftsstempel für Aktiengesellschaften und G. m. b. H. ist auf 10 Prozent zu erhöhen;

b) Börsenstempel; auf Devisengeschäfte ist ein Stempel von mindestens 5 pro Mille zu erheben.

6. Kapitalfluchtgesetz.

Die Gewinne aus Konten von Ausländern bei inländischen Banken, über welche ein Inländer volles Verfügungsrecht hat und auf welchem Geschäfte (Effektentransaktionen) gemacht werden, sollen versteuert werden.

7. Zum Aufwandssteuergesetz.

Die Reichstagsfraktion wird ersucht, ein Aufwandssteuergesetz vorzulegen, das den Aufwand über einen gewissen Verbrauch hinaus progressiv besteuert. — Einrichtungen usw. sollen angerechnet werden.

Berlin. Entschliebung. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung stellt die Einsicht und die Kampfkraft der arbeitenden Klassen Deutschlands die höchsten Ansprüche.

Zur Deckung der gewaltigen Fehlbeträge und zur Aufbringung der Reparationssummen sind so enorme Steuerbeiträge aufzubringen, daß alle bisherigen Mittel verfallen und neue Wege der Erfassung der Vermögen und Einkommen beschritten werden müssen. Auch stellt sich immer deutlicher heraus, daß mit steuerlichen Maßnahmen allein das Problem des Wiederaufbaus nicht zu lösen ist, sondern daß dazu der planmäßige gemeinsame wirtschaftliche Umbau unserer Volkswirtschaft und einschneidende Sozialisierungsmassnahmen unerlässlich sind.

Die kapitalistisch interessierten Schichten, die infolge ihrer Geldmacht und ihrer Beherrschung der Presse den größten politischen Einfluß ausüben, werden begreiflicherweise alles daransetzen, um

die Sozialisierung und die planwirtschaftliche Umgestaltung der Wirtschaft zu hinterziehen und die Steuerlasten nach Möglichkeit auf die Arbeiterklasse und die Konsumenten abzuwälzen. Die Gefahr ist deshalb riesengroß, daß die Preissteigerung, die auf dem Lebensmittelmarkt bereits so empfindlich eingestiegen ist, allgemein wird und die ohnehin äußerst schwierige Lebenshaltung der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Sozialrentner usw. abermals eine weitere Verschlechterung erfahren wird. Da uns aber nur positive durchführbare Vorschläge für eine Neugestaltung unserer Wirtschaft vorwärts bringen können, müssen die Gewerkschaften und Parteien zusammenarbeiten, um ein brauchbares Wirtschaftsprogramm zu schaffen. Aus diesem Grunde beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, mit dem ADGB und Afa-Bund umgehend in Verhandlungen zu treten, um ein diesbezügliches Wirtschaftsprogramm aufzustellen.

Es kann nur dann gelingen, die einseitige Abwälzung der Steuer- und Reparationslasten auf die arbeitenden Schichten abzuwehren und eine sozial gerechte Lastenverteilung und Wirtschaftsreform durchzuführen, wenn das deutsche Proletariat in seinem Ringen um die nackte Selbsterhaltung dem kleinlichen Parteihader entsagt und seine Front geschlossen gegen die Verfechter der kapitalistischen Interessen richtet. Nur der gemeinsame Kampf der sozialistischen Parteien gegen die politische und soziale Reaktion kann die deutsche Arbeiterklasse gegen die schlimmste Verhäufung seiner Ausbeutung und Bereubung schützen.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dafür einzutreten,

a) daß bei der Aufbringung der Mittel zur Abwälzung der dem Reiche und den sonstigen Verwaltungskörpern obliegenden Verpflichtungen in erster Linie für eine wirksame Erfassung der Grundrente gesorgt wird,

b) die Spekulation in Grund und Boden durch gesetzliche Maßnahmen möglichst erschwert oder unmöglich gemacht wird. (Artikel 155 der Verfassung),

c) daß durch ein Gesetz den Gemeinden und sonstigen Verwaltungskörpern das Vorkaufsrecht auf den in ihrem Bereich belegenen Grund und Boden zugesprochen wird mit der Verpflichtung, den angebotenen Kauf zu tätigen, wenn der Boden in absehbarer Zeit oder später im Interesse der Allgemeinheit gebraucht werden wird. Der Uebnahmepreis darf nie höher sein als der Preis, welcher der freiwilligen Leistungen des Verkäufers zugrunde gelegt worden ist.

Stettin. Der Deutsche Parteitag wolle beschließen: Die Abneigungen des Reichs- und Landtages werden ersucht, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die kommenden erhöhten Steuern nicht auf die Schultern der arbeitenden Massen gebürdet, sondern, daß die bestehenden Klassen in erhöhtem Maße zur Leistung herangezogen werden.

Malsfeld. Der Parteitag beauftragt die Reichstagsfraktion, bei Besteuerung der Goldwerte den Kleinbesitz zu dieser Steuer nicht heranzuziehen, dafür aber den Großgrundbesitz und die Großindustrie schärfer zu belasten.

Schöneberg. Der Parteitag in Göttingen möge für schnellste Auflösung der Gutsbezirke eintreten.

Reisdorf. Der Parteitag wolle mit aller Energie darauf dringen, daß die Schaffung der neuen demokratischen Gemeindeverwaltung im Preussischen Landtag beschleunigt wird, damit vor allen Dingen die mittelständlichen Gutsbezirke verschwinden. Wir halten dieses für bedeutend wichtiger, als darüber zu debattieren, ob wir mit der Deutschen Volkspartei in die Regierung gehen wollen.

Lehmkuhlen, Dietrichsdorf, Mönkeberg, Schöndorfen, Neuhofendorf, Alt-Heitendorf, Preech. Die bis heute noch bestehenden kommunalen Selbstverwaltungen der Gutsbezirke sind die größten Hemmnisse einer freien Entwicklung auf dem platten Lande. Sie schließen jede Betätigung der Einwohner auf kommunalem Gebiete aus. Der Parteitag möge daher den Parteivorstand und die Landtagsfraktion beauftragen, bei der bevorstehenden Beratung der neuen Landgemeinverordnungen alles aufzubieten, damit die Befreiung der Gutsbezirke und deren selbstherrlichen Verwaltung durchgeführt wird.

Chemnitz. Der Parteitag wolle beschließen, die sozialdemokratischen Fraktionen der Parlamente des Reiches und der Staaten zu beauftragen, der Frage der Bodenreform und der unwirtschaftlich großen Güter die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Der Parteitag beauftragt die Fraktionen in den Parlamenten, daß durch zweckmäßige Aufteilung eine rationelle Bodenbewirtschaftung und ausreichende Sicherstellung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln gewahrt ist.

Halsbach. Die Reichsregierung möge ein Gesetz beschließen, das die Bergbauunternehmen zwingt, den Mutterboden ihrer Abbaustätten abzugeben, um ihn zur Urbarmachung der abgebauten Flächen zu verwenden.

Unterbereichsparlament des Kaiserreiches. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion bzw. Landtagsfraktion zu beauftragen, Anträge auf eine allgemeine Amnestie für politische Vergehen einzubringen. Ausgenommen sollen schwere Verbrechen sein. Für alle anderen Vergehen, die auf Grund strafgesetzlicher Bestimmungen geahndet werden müssen, aber in irgendeiner Form mit politischen Ereignissen zusammenhängen, ist eine Erweiterung des Erlasses des preussischen Justizministers vom 24. bzw. 29. Juli zu erwirken. Auch andere kleine Strafen, besonders gegen Jugendliche, sollen unter diese Bestimmung fallen.

Ferner wolle der Parteitag beschließen, sich gerade jetzt nachdrücklich für die Durchführung der im Punkt 8 des Erfurter Programms der SPD. aufgestellten Forderungen einzusetzen, insbesondere im Hinblick auf die Wahlbarkeit der Richter durch das Volk und auf Abschaffung der Todesstrafe.

Frankfurt am Main. Der Parteitag bittet die Reichstagsfraktion, darauf hinzuwirken, daß unter Zurückstellung der weniger wichtigen Novellen folgende gesetzliche Normierungen in Bälde erreicht werden:

1. Die Umänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes in dem Sinne, daß a) die Strafkammern zu Volksgerichten umgewandelt werden; b) Schöffen und Geschworene von dem Volke durch unmittelbare, dem politischen Wahlmodus angepaßte Wahl gewählt werden unter Ausschluß der Tätigkeit irgendwelcher Verwaltungsbehörden.

2. Die Umänderung der Strafprozessordnung in dem Sinne, daß a) gegen jedes Urteil der Strafgerichte das Rechtsmittel der Berufung gewahrt wird; b) die Rechtsparanthen des Angeklagten und der Verteidigung, zumal im Vorverfahren, wesentlich erweitert werden; c) die Verhängung der Untersuchungshaft auf fluchtverdacht eingeschränkt wird und eine Ablösungsmöglichkeit durch Hinterlegung ermöglicht wird; d) die Wiederaufnahme von rechtskräftigen Urteilen erleichtert wird.

3. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches muß unter möglicher Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden.

Verlangt muß werden: Aufhebung der Todesstrafe, Straffühler der Jugendlichen, Schutz den Trütern und Geisteskranken, neuzeitliche Maßnahmen gegen Gewohnheitsverbrecher, Beseitigung der Möglichkeit der Verhängung von Zuchthausstrafen bei politischen Verbrechen, Beseitigung der kuratistischen Freiheitsstrafen, Erweiterung der bedingten Begnadigung, Geldstrafen nach Leistungsfähigkeit, Beseitigung der Polizeiaufsicht.

4. Unter Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten a) Beseitigung jeder Art von Ausnahmegerichten und Ausnahmeverfahren; b) Nachprüfung aller auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ergangenen Sondergerichtsurteile durch Sonderkommissionen, die unter Ausschaltung der Beamten des Justizministeriums aus Mitgliedern des Reichstages, Richtern und Rechtsanwälten gebildet werden.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß baldmöglichst ein Reichsgesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassen wird. Dasselbe soll unter Zugrundelegung des dem Reichsrat seit

10. März 1920 vorliegenden Entwurfs unbedingt folgende Forderungen erfüllen:

1. Anhebung strenger Strafen gegen Kranke beiderlei Geschlechts ohne Unterschied, die den zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten erlassenen Bestimmungen des Gesetzes zuwider handeln.

2. Beseitigung aller Beschränkungen im Verkehr mit antivenereischen Schutzmitteln (§ 184, 3 R. Str. G.).

3. Aufhebung der polizeilichen Reglementierung der Prostitution (§ 261, 6 R. Str. G.) unter gleichzeitiger Abänderung des Kuppelparagraphen (§ 180 R. Str. G.), nach der das Gewähren von Wohnung an Prostituierte nur dann bestraft wird, wenn dasselbe in ausbeuterischer Absicht geschieht.

Frankfurt am Main. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, um der Justizhande ein Ende zu bereiten, sofort eine Vorlage über Änderung der Gerichtsverfassung einzubringen, eventuell durch Volksentscheid zur Durchführung zu bringen.

Hannover. Die Reichstagsfraktion wolle alles tun, um baldmöglichst die gesetzliche Festlegung auf Zulassung der Frauen zum Schießen- und Schwaarenendienst zu erreichen.

Breslau (Stadt). Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, unverzüglich, noch vor der Durchführung der Gesamtreform des Strafgesetzbuches, für die Abschaffung der Todesstrafe Sorge zu tragen.

Unterbesitz Göttingen. Dem grenzenlosen Stand der Klassenjustiz muß in der Republik ein Ende gemacht werden. Dazu ist nötig, daß der Parteivorstand sofort Schritte unternimmt, daß von einer Sachverständigenkommission der Entwurf eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes ausgearbeitet wird, und dieses eventuell durch einen Volksentscheid durchzuführen ist.

Lüneburg. Die Reichsregierung in der deutschen Republik hat sich in letzter Zeit zu einem öffentlichen Standal entwickelt. Soll nicht jedes Rechtsgefühl im Volke erdrückt werden, so muß die Partei, unsere Presse und Parlamentsvertretung einen dauernden Kampf gegen die Klassenjustiz führen.

Brüel i. M. Der Parteitag möge beschließen: die Reichstagsfraktion zu beauftragen, daß die Richter vom Volke gewählt werden.

Nordhausen. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie protestiert gegen die fortgesetzt ausgeübte Klassenjustiz. Insbesondere protestiert der Parteitag gegen die aller Menschlichkeit höhersprechenden Schandurteile gegen die durch den Märzputsch verführten Arbeiter und verlangt eine Revision oder Herabminderung dieser Urteile.

Waldenburg. Ein schärferes Zulassen bei den Rapp-Brechern.

Dresden. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich dafür einzusetzen, daß die Trennung von Kirche und Staat endlich Gesetz wird.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: Der Aufstieg der Angehörigen des Proletariats in die leitenden Stellungen des Staats- und Wirtschaftslebens wird durch die Beibehaltung und Erhöhung des Schulgeldes in höheren Lehranstalten in bedenklicher Weise erschwert. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die Unmöglichkeit alles öffentlichen Unterrichts durch die Verfassung gewährleistet wird.

Berlin. Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion hat sich energisch gegen jeden Versuch zu wenden, die bestehenden Gesetze wegen Verbreitung angeblich zur Schmutz- und Schandliteratur gehöriger Pressezeugnisse zu verschärfen. Die jetzt geltenden Bestimmungen des Strafgesetzes und der Gewerbeordnung sind völlig ausreichend, um jede wirtschaftliche Gefahr auf diesem Gebiete abzuwehren. Es ist aber zu befürchten, daß bestimmte Kreise unter dem Vorwand der Bekämpfung von Schmutz und Schand in der Literatur die Gelegenheit suchen, der Freiheit ersten, künstlerischen Schaffens Fesseln anzulegen.

Hamburg. Der Parteitag protestiert dagegen, daß die Verhandlungen des Reichsschulenausschusses geheimgehalten und nur die Beschlüsse nach längerer Zeit bekannt werden. An Anbetracht der großen Bedeutung dieser Verhandlung für das Schulleben des Reiches fordert der Parteitag, daß die Öffentlichkeit über die Anträge, die im Reichsschulenausschuss verhandelt werden sollen, eine angemessene Zeit vorher unterrichtet wird und daß die Verhandlungen des Reichsschulenausschusses sofort der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Der Parteitag wendet sich aufs schärfste gegen die heutige Zusammenlegung und Tätigkeit des Reichsschulenausschusses, der jeder staatsrechtlichen Grundlage entbehrt, und fordert, daß ein neuer Reichsschulenausschuss auf demokratischer Grundlage gebildet wird.

Reutlingen-Münzingen. Der Parteitag möge entschieden dafür eintreten, daß der Reichsschulgesetzentwurf zu § 146, 2 der Reichsverfassung zurückgezogen wird.

Döhrleben (Bode). Der Parteitag wolle Stellung zum Schulgesetzentwurf nehmen und seine Gesetzgebung verhindern.

Hannover. Der Parteitag möge auf die in Frage kommenden Stellen einwirken, daß aus den Lehrbüchern der Schulen die Kaiserverherrlichung verschwindet.

Hamburg. Der Parteitag protestiert entschieden gegen eine neunjährige höhere Schule, wie sie vom Reichsschulenausschuss als Regel beschlossen ist. Aus wirtschaftlichen und pädagogischen Gründen lehnt der Parteitag es ab, die Dauer der höheren Schule für das ganze Reich auf 9 Jahre auszudehnen. Er erblickt in diesem Beschluß einen Vorstoß gegen die vierjährige Grundschule und sieht darin eine große Erschwerung des Aufstiegs der Begabten aus den breiten Volksschichten. Der Parteitag fordert dagegen die achtjährige höhere Schule und ersucht die Fraktion des Reichstages und die Parteigenossen in der Regierung, dahin zu wirken, daß dem Beschluß des Reichsschulenausschusses die Genehmigung verweigert wird.

Hamburg. Der Parteitag fordert die Reichstagsfraktion auf, jedem Entwurf eines Reichsschulgesetzes zur Ausführung des im § 146, 2 der Reichsverfassung ihre Zustimmung zu verweigern und mit allen tatsächlichen Möglichkeiten zu bekämpfen, der

1. die weltliche Schule mit der Weltanschauungsschule zusammenzupflockt und nicht ihr Recht als Gemeinschaftsschule wahr,

2. dem Lehrer nicht, soweit es die Verfassung nur irgend zuläßt, die Freiheit gibt, nach nur pädagogischen Grundfragen zu wirken,

3. den Einfluß der Befehlskräfte und Weltanschauungen auf die Schule nicht auf das nach der Verfassung mögliche Mindestmaß beschränkt,

4. die erreichte Organisationshöhe der Schule irgendwie herabdrückt,

5. keine Sicherungen gegen neue Standeschulen unter der Form von Sonderschulen enthält und

6. die Lehrerschaft in neue Abhängigkeit von der Kirche bringt. Der vorliegende Entwurf eines Reichsschulgesetzes zu Artikel 146, 2 der Reichsverfassung ist, da er die genannten Bedingungen nicht erfüllt und durch die Verfassung verbürgte Rechte verletzt, unter allen Umständen abzulehnen.

Schmölln (S.-M.). Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, alle Mittel anzuwenden, um das Reichsjugendgesetz zu verabschieden.

Unterbesitz Göttingen. Der § 9 des Strafgesetzes erhält folgende Fassung: Im Sinne dieses Gesetzes ist ein Kind, 1. wer noch nicht 16 Jahre alt ist (statt 14 Jahre), 2. ein Jugendlicher, wer über 16 aber nicht 20 Jahre alt ist (statt 18 Jahre).

Unterbesitz Göttingen. § 131 des Strafgesetzbuches erhält folgende Fassung: Ist der Täter zur Zeit der eventuellen Aburteilung noch jugendlich, so hat das Verurteilungsgericht in Gemeinschaft mit dem zuständigen Jugendamt darüber zu befinden, ob Erziehungsmaßnahmen erforderlich sind, um den Jugendlichen an ein gesetzmäßiges Leben zu gewöhnen, oder ob derselbe den Jugendgerichten zur Aburteilung zu überweisen ist.

Unterbesitz Göttingen. Dem § 285 des Strafgesetzbuches sind folgende Sätze anzufügen: Eine Schwangere, welche die Abtreibung oder Tötung der Frucht im Mutterleibe vorgenommen oder versucht hat, bleibt straflos:

1. Wenn die Schwangerschaftsunterbrechung erfolgte, weil die Schwängerung durch gerichtliche festzustellende Notzucht erfolgte.

2. Bei schon vorhandener größerer Kinderzahl und besonders ungünstiger wirtschaftlicher Lage.

Der Versuch mit untauglichen Mitteln bleibt strafbar. Die Schwangerschaftsunterbrechung bleibt nur straflos, wenn sie durch einen beamteten Arzt unentgeltlich erfolgt.

Unterbezirk Göttingen. § 317 des Strafgesetzbuchs soll lauten: Sak 1: Wer ein Mädchen unter 18 Jahren (statt 16 Jahren) zum Beschlag verführt, wird mit Gefängnis bestraft.

Hannover. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, dahin zu wirken, daß die §§ 129 bis 137 des Entwurfs zum Strafgesetzbuch vom Jahre 1919, in denen das sogenannte Schulalter, das junge Mädchen gegen die Verführung unzüchtiger Handlungen durch Strafandrohung schützt, so geändert werden, daß dieses Schulalter von 14 (wie bisher) auf 16 Jahre erhöht wird.

Unterbezirksparteitag des Münsterlandes. Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, baldigst einen Gesetzentwurf einzubringen, der, ähnlich wie in Braunschweig, bestimmt, daß der Besuch von Konzerten und ähnlichen Vergnügungsfestlichkeiten, der Genuß von Alkohol und Rauchwaren allen Jugendlichen unter 16 Jahren verboten wird.

Ferner wolle der Parteitag beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß für gute Kindererziehungen für die Jugend belehrenden Inhalts seitens des Reiches Mittel zur Verfügung gestellt werden und daß auch den Schulen dieses Anschaffungsmaterial vermittelt wird.

Münster l. W. Der Parteitag ersucht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, baldigst folgenden Antrag im Reichstage einzubringen:

1. Der Besuch von öffentlichen Tanzvergnügen und der Genuß von Alkohol und Rauchwaren ist Jugendlichen unter 16 Jahren verboten.

2. Für gute Kindererziehungen belehrenden und unterhaltenden Inhalts sind möglichst Mittel zur Verfügung zu stellen.

Dortmund. Ungeheurer sind die seelischen Folgewirkungen des Krieges. Bieten ist jedes menschliche Denken und Fühlen abhandeln gekommen. Davon zeugen täglich ungezählte Pressemeldungen. Mit allen Mitteln müssen hier die Hebel zur Wiederherstellung angelegt werden, einmal durch den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, dann aber auch durch erzieherische Einwirkung auf die Gesamtheit im Sinne des Sozialismus, im Geiste wahrer Menschlichkeit.

Der Parteitag wolle daher beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß Auswüchse rohester Art in öffentlichen Schaustellungen, die gar nicht selten sind, unterbunden werden. Er beauftragt die Reichs- und Landtagsfraktion ferner, dahin zu wirken, daß auch aus den Kinos jene Darbietungen verschwinden, die geeignet sind, in ähnlicher Weise jedes menschliche Denken und Fühlen zu erlöten. — Der Parteitag gibt dem Parteivorstand anheim, Mittel und Wege zu suchen, um auf dem Wege der Aufklärung den versöhnenden Geist des Sozialismus auch in die Kreise derjenigen zu tragen, die sich heute noch in den Kinos an Darbietungen vielfach plattester und brutalster Art „erbauen“.

Hamburg. Im Anschluß an den auf dem Parteitage in Kassel angenommenen „Antrag Rollenshuh“ und unter Hinweis darauf, daß die neuen Leistungen der sozialen Gesetzgebung für die Sozialrentner in keiner Weise auch nur das Existenzminimum gewährleisten, vor allen Dingen das Los der Rentner geradezu bejammernswert ist, fordert der Parteitag:

1. daß die Arbeiterrentner in den gesetzgebenden Körperschaften mit aller Kraft dahin streben, daß den Opfern des Schicksals der Arbeit so viel gegeben wird, daß sie bei ihren Leiden wenigstens für sich und ihre Angehörigen den nächsten Abend ertrögen können;

2. daß das Reich durch Fürsorgestellen für Arbeiterinvaliden diese davor schützt, daß sie unter die Armenpflege fallen.

München. Die Sozialdemokratische Partei wolle mit allen Kräften dafür wirken, daß 1. schon in nächster Zeit die Angehörigen der Arbeiterinvalidenversicherung mit der Arbeiterinvalidenversicherung verschmolzen wird; 2. daß diese Versicherung zu einer großen allgemeinen Volksversicherung ausgebaut wird, die den Arbeitern und Privatangestellten ähnliche Versorgungsbezüge gewährt wie den öffentlichen Beamten. Ferner wolle der Parteitag prüfen, auf welche Weise auch die Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in die allgemeine Volksversicherung aufgenommen werden könnten. 3. Die Partei wolle sich dafür einsetzen, daß die allgemeine Volksversicherung auf breiterer Selbstverwaltung ausgebaut wird.

München. Im Hinblick auf das notorische Bedürfnis, für die deutsche Arbeiter- und Angestelltenklasse eine Pensionseinrichtung zu schaffen gegen die Not des Alters, wird der Parteitag ersucht, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Reichsversicherungsgesetzgebung zweckmäßig ausgebaut bzw. erweitert werden kann, um der berechtigten Forderung der Arbeiter und Angestellten gerecht zu werden.

Ludwigshafen. Der Parteitag in Görlich wolle beschließen, unsere Reichstagsfraktion zu beauftragen, dafür einzutreten, daß für die deutsche Arbeiterschaft eine allgemeine Arbeiterpensionskasse wie im Staatsdienste eingeführt wird.

Lege. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags wird ersucht, folgenden Antrag im Reichstag einzubringen: „Alle Arbeiter, welche 25 Jahre Invalidenmarken gekostet haben und 60 bzw. 65 Jahre alt sind, werden auf ihren Antrag aus der Arbeit entlassen und sind dafür jüngere Kräfte aus den Reihen der Erwerbslosen einzustellen.“ Den Antragstellern ist zu ihrer Invaliden- bzw. Altersrente sowie Zuschuß aus einer dieser Versicherungsstellen zu gewähren, daß diese den normalen Verdienst eines Arbeiters erreichen.“

Elberfeld. Die Renten sind so zu bemessen, daß die Existenz der Rentempfänger gewährleistet ist.

Schmölln. Die Partei beauftragt die Genossinnen und Genossen im Reichstag, dahin zu wirken, daß für die allgemeine Wohlfahrtspflege mehr Mittel bereitgestellt werden, damit die Not der Armen mehr gelindert werden kann und damit ermöglicht wird, daß die sozialen Einrichtungen besser ausgebaut und neue geschaffen werden können.

Halle a. d. S. Der Parteivorstand muß es sich aneignen lassen, wie beim Einkommensteuergesetz auf schnellste Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes im Interesse der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hinzuwirken und die Vorschläge der Kriegsopferorganisationen genauestens zu prüfen.

Limburg i. Sa. Die Fraktion wird beauftragt, nunmehr mit aller Energie dahin zu wirken, daß das gesamte soziale Versicherungs- und Fürsorgewesen einschließlich der Fürsorge für Kriegsopfer und Erwerbslose auf eine einheitliche Grundlage gestellt werde und daß eine grundlegende Neuordnung mit dem Ziele der Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verwaltung zum Zwecke der Überprüfbarkeit und Sparsamkeit erfolge.

Bad Becka. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand und die Bezirksverbände, die Reichstags- und die Landtagsfraktionen sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung haben volle Aufmerksamkeit der Fürsorgeerziehung zu widmen, die nach immer vollkommen unter Einfluß nationalsozialistischer, orthodoxer Personen steht. Es ist dringend notwendig, daß auch auf dieses Gebiet des Bildung- und Erziehungswesens sozialistische Kräfte einen bestimmten Einfluß gewinnen.

Brück l. M. Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion beauftragt werde, für den Abbau der Lebensmittelpreise zu sorgen.

Brück l. M. Der Parteitag möge beschließen, daß die Reichstagsfraktion dahin strebe, daß einheitliche Löhne gezahlt werden, da einzelne Gewerkschaften zu schwach sind, um eine Lohnforderung durchzuführen.

Jüterbog. Der Wahlverein steht in der stark steigenden Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel eine Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der arbeitenden Volksschichten. Er fordert von der Parteileitung wirksamen Schutz der Konsumenten und Maßnahmen gegen die rücksichtslosen Ausbeutungen der notleidenden Bevölkerung durch die kapitalistischen Produzenten. Der Forderung auf Weltmarktpreise ist die Forderung auf Weltmarktlöhne entgegen-

zusetzen. Aus diesem Grunde ist auf alle Löhne und Bezüge mit dem Einsetzen der hohen Lebensmittelpreise mindestens ein 50-prozentiger Zuschlag zu fordern.

Dresden. 15 Milliarden Mark veranschlagt das deutsche Volk im Jahre 1920 für Alkoholgetränke, Tausende von Zentnern wichtiger Lebensmittel sind dadurch der menschlichen Ernährung entzogen worden. 9 640 000 Zentner Gerste werden vom 1. Oktober ab den Brauereien jährlich zur Bierherstellung überwiesen. 4 Millionen Pfund Auslandszucker werden zur Herstellung seiner Süßware eingeführt, 34 Millionen Pfund Zucker erhielt die Weinfabrikation. Zu gleicher Zeit leiden Millionen von Kindern an den fürchterlichen Folgen der Unterernährung.

Solange wir uns nicht genügend und preiswert aus eigenen Beständen ernähren können, muß auf das entscheidende Protest gegen die Vergewaltigung wichtiger Nahrungsmittel erhoben werden.

Für die Schädigungen des Alkoholismus müssen jährlich diese Milliarden aufgebracht werden zu Lasten des deutschen Steuerzahlers. Die Opfer des Alkoholismus zu pflegen in Krankenhäusern usw., die gewaltigen Ausgaben für Justiz und Gerichte erfordern unproduktive Verwendung unzähliger Millionen Mark. Den Genuß allein hat das Alkoholkapital. Deshalb fordern wir von der Partei, von der Reichstagsfraktion, daß sie sich einsetzen für: Einfuhrverbot aller alkoholischen Getränke, absolutes Brauereiverbot, Brauereibetrieb stark eingetragener Biere, Umstellung der Brauereibetriebe in volkswirtschaftliche Kupfbetriebe.

Hamburg. Der Parteitag und die Reichstagsfraktion werden ersucht, zur endgültigen Bekämpfung der übermäßigen Verteuerung aller Lebensmittel und Verbrauchsgegenstände, die tatsächlich eine Verarmung der Volksmassen seitens der kapitalistischen Interessentriebe darstellt, geeignete durchgreifende Maßnahmen anzustreben und für ihre erfolgreiche Durchführung die erforderlichen Garantien zu schaffen. Eine hemmungslose Fortdauer der strapulösen, wucherischen Ausbeutung der sozial schon durch die Folgen des Krieges ausgehungerten und ausgeplünderten Volksmassen wäre gleichbedeutend mit deren vollständiger Beseitigung und bedeutete für Hunderttausende von ihnen den sicheren Untergang.

Hamburg. Der Parteitag und die Fraktion wolle mit Nachdruck dafür eintreten, daß die Abgabe des verbilligten Brotes aus der zu erfassenden inländischen Getreidemenge von 2 Millionen Tonnen unverzüglich auf gesetzgeberischem Wege ausschließlich an die minderebemittelte Bevölkerung zu binden ist.

Reithem (Aller). Der Ortsverein Reithem (Aller) ersucht den Parteitag in Görlich, bei der Regierung mit allem Nachdruck dahin wirken zu lassen, daß wegen der raschen Steigerung der allernotwendigsten Lebensmittel, sowie Brot, Kartoffeln, Fleisch, Milch, Butter und Zucker, was nur zu Weltmarktpreisen zu haben ist, die Höhe der wertvollen Reodierung den Weltmarktpreisen gleichzustellen, da eine Existenzmöglichkeit unter diesen Umständen ausgeschlossen ist.

Karlsruhe. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, alle Mittel anzuwenden, um zu verhindern, daß die für die breiten Massen unentbehrlichen Lebensmittel, wie Zucker usw., durch neue Steuern im Preise weiter erhöht werden.

Unterbezirk Göttingen. Partei und Gewerkschaften wollen dahin wirken, daß die gesteigerten Brotpreise durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ausgeglichen werden.

Waldenburg. In Anbetracht der Tatsache, daß einerseits durch die hohen Weltmarktpreise und andererseits durch die unerfüllliche Nachfrage fast aller Handwerkskreise an einen Preisabbau nicht zu denken ist, und in Anbetracht der zurzeit enorm gesteigerten Brotpreise wolle der Parteitag beschließen, daß unsere Fraktionen in allen Parlamenten die Pflicht haben, sich einzusetzen für eine sofortige allgemeine Lohn- und Gehaltserhöhung aller Lohn- und Gehaltsempfänger durch gesetzliche Maßnahmen. Weiter sind unsere Fraktionen in allen Parlamenten zu verpflichten, weitere Preis-erhöhungen, neue Steuern, die auch Lohn- und Gehaltsempfänger mit belasten, sowie höhere Ausgaben für diese nur zu dulden, wenn den neuen erhöhten Ausgaben entsprechend angemessene, allgemeine auf gesetzlicher Grundlage beruhende Lohn- und Gehaltserhöhungen vorausgegangen sind.

Karlsruhe. Die durch die große Dürre verursachten vielen Brände geben unserer Partei erneut Veranlassung, für die Hebernahme des gesamten Versicherungswesens durch den Staat einzutreten; die Reichstagsfraktion hat die nötigen Schritte zu unternehmen.

Chemnitz. Der Parteitag in Görlich möge beschließen, der Reichsregierung folgenden Antrag als Material sofort zu überweisen:

Alle Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Pensionsklassen sind zu einer einheitlichen großen Versicherungsstelle unter Aufsicht des Reiches bzw. der einzelnen Bundesstaaten und unter Zuhilfenahme der Gebote, die jetzt für die Erwerbslosen aufgewandt werden müssen, zusammenzufassen, um eine wirkliche Versicherung zu schaffen für alle die, die infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Alter nicht mehr in der Lage sind, ausreichenden Unterhalt für sich und ihre Familien zu schaffen; insbesondere wünscht der Parteitag, daß das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung soviel als möglich befristet wird.

Hannover. Der Parteitag beschließt, die Reichstagsfraktion aufzufordern, dahin zu wirken, daß sobald wie möglich eine gründliche Revision der Reichsversicherungsordnung in der Weise vorgenommen wird, daß sämtliche Zweige der Sozialversicherung zusammengelegt werden und die Versicherungspflicht nicht durch eine Höchstgrenze des Einkommens beschränkt wird.

Kassel. Die Sozialdemokratische Partei Kassel ersucht die Reichstagsfraktion, für schnellste Reform der Gewerbeordnung einzutreten, namentlich in dem Sinne, daß die veralteten Bestimmungen der RVO. der Tarifpolitik der Gewerkschaften nicht weiter hemmend in den Weg treten.

Kiel. Die Vertreter der Partei in den Parlamenten mögen dafür eintreten, daß die gesetzlichen Bestimmungen dahin erweitert werden, daß die Betriebsräte der städtischen Betriebe sich und Stimme in den Kommissionen erhalten.

Berlin. Die parlamentarischen Vertreter sollen für eine bestmögliche Aenderung des Betriebsrätegesetzes wirken. Der Einfluß der Betriebsräte auf die Produktion muß durch das Gesetz erheblich verstärkt werden. Hand in Hand hiermit muß die Neuordnung des Schlichtungswesens erfolgen. Der erweiterte Einfluß der Betriebsräte und eine praktische Neuordnung des Schlichtungswesens werden auch ganz besonders dazu beitragen, die ungeheure Zahl der Erwerbslosen zu verringern.

Chemnitz. Der Parteitag wird ersucht, für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechtes und Arbeitsgerichtes die notwendigen Schritte zu tun und die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den Entwurf der Schlichtungsordnung abzuschließen.

Unterbezirk Ostpreußen-Ruppin. Der Parteitag in Görlich möge beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sich für Schaffung eines Gesetzes über das allgemeine Arbeitsrecht mit allen Kräften einzusetzen.

Waldenburg. Eine Revision des Betriebsrätegesetzes ist vorzunehmen, dahingehend, daß den Betriebsräten mehr Macht als bisher eingeräumt wird.

Duisburg. Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, im Reichstag für eine beschleunigte Revidierung des Betriebsrätegesetzes Sorge zu tragen. Im Interesse der Arbeiter und Angestellten müssen die Schlichtungsbestimmungen ausgebaut werden, insbesondere müssen an Stelle der kann-Bestimmungen muß-Bestimmungen eingefügt werden, damit der Arbeitgeber gezwungen ist, im Sinne einer gesunden Volkswirtschaft gemeinsam mit den Betriebsräten zu arbeiten.

So ist zum Beispiel der § 87 des RVO. dahin zu ändern, daß die Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse auf Wiedereinstellung zwingend sind. Eine Entschädigung soll nur auf Antrag des entlassenen Arbeiters oder Angestellten erfolgen.

Frankfurt a. M. Der Parteitag wolle sich mit der Aufhebung 1. des Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung vom 1. Dezember 1920, 2. der §§ 335 Abs. 2-5, 336, 337, 338 und 339 befassen und den Fraktionen auftrag geben, die Aufhebung bzw. Streichung schnellstens und mit allen Mitteln zu beschreiben.

Das sogenannte Sperrgesetz vom 21. Dezember 1920 ist ein Ausnahmegesetz und wird von allen in Betracht kommenden Genossinnen und Genossen als ein schändliches Mittel zur Niederhaltung berechtigter Lohnforderungen angesehen. Es dürfte keinesfalls mit Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen werden und muß, nachdem sich sein Charakter als „Ausnahmegesetz“ zweifelsfrei erwiesen hat, mit allen Mitteln bekämpft und beseitigt werden.

Die Streichung der §§ 335 Abs. 2-5, 336 und folgende der RVO. ist durch die Volksbeauftragten veräumt worden und muß nunmehr im Interesse der Selbstverwaltung und des ungehinderten Ausbaues der Sozialversicherung ganz energisch betrieben werden, um so mehr, als die fraglichen Bestimmungen gegen die Stimmen der Sozialisten in die Reichsversicherungsordnung hineingebracht sind.

Siegen. Der Parteitag in Görlich wolle auf die Fraktionsmitglieder der SPD. dahin wirken, daß diese bei dem in Kürze zur Beratung stehenden Beamten-Rätegesetz in dem Sinne wirken, daß dieses dem zurzeit bestehenden Betriebsrätegesetz angepaßt wird, insbesondere bezüglich der Schlichtungsstellen.

Chemnitz. Der Parteitag wolle dafür sorgen, daß die Genossen im Reichsparlament und in den Parlamenten der Länder mit allen Mitteln verhindern, daß der Entwurf der Regierung zum Beamten-Rätegesetz Gesetz wird. Nicht nur Mitwirkung, sondern klare Mitbestimmung verlangen wir. Vor allen Dingen in persönlichen Fragen, sowie Schlichtungsstellen.

Stuttgart. Unsere Reichstagsfraktion und unsere Parteigenossen in der Reichsregierung werden beauftragt, mit allem Nachdruck auf die alsbaldige gesetzliche Regelung der Beamtenräte und eines neuen freibehaltenden Beamten- und Disziplinarrechtes hinzuwirken.

Breslau-Land, Neumarkt. Die Partei wolle in den Parlamenten dafür eintreten, daß die Ortsklasseneinteilung, wie sie die Beamtenbesoldungsgesetze vorsehen, beseitigt werde, also es nur eine Ortsklasse gibt. Nur der Wohnortswert ist nach den tatsächlich bestehenden Verhältnissen durch einen Ortszuschlag zu berücksichtigen. Das wenigste, was zu fordern ist, ist der Wegfall der Klassen D und E.

Eine Umkehrung der Ortsklasseneinteilung durch besondere Zuschläge ist unzulässig.

Siepp. Der 1. Mai ist als gesetzlicher Feiertag zu erklären.

Bezirksverband Hessen. Der Parteitag wolle beschließen, bei der Reichstagsfraktion dahin zu wirken, damit diese im Reichstag einen Antrag einbringen möge, daß der 1. Mai als gesetzlicher Feiertag festgesetzt wird.

Waldenburg. Der 1. Mai und der 9. November sind als gesetzliche Feiertage einzuleiten.

Unterbezirkparteitag des Münsterlandes. Der Parteitag wolle beschließen, den Parteivorstand zu beauftragen, zum 9. November eine klare Parole herauszugeben, insbesondere darüber, ob derselbe als Feiertag gelten soll oder nicht.

Hannover. Als Tag der deutschen Revolutionsfeier wird der 9. November bestimmt. Der Parteitag überläßt es den Ortsvereinen, zu bestimmen, in welcher Form der Tag würdig begangen wird.

Berlin. Der Parteitag möge beschließen: In Anbetracht der Bedeutung, die der 1. Mai und der 9. November als Gedenktage der deutschen sozialistischen Arbeiterschaft haben, ist in allen Parlamenten immer wieder der Antrag zu stellen, diese Tage als gesetzliche Feiertage zu erklären.

Steinheid, S.-M. Die Reichstagsfraktion soll bei der Regierung dahin wirken, daß alle christlichen Feiertage, die in die Woche fallen, von den Arbeitgebern bezahlt werden müssen.

Berlin. Für die gesamte Arbeiterschaft ist eine gesetzliche jährliche Mindestbeholdungszeit festzusetzen, mit Weiterzahlung des Gehaltes oder Lohnes.

Dresden. Der Parteitag wolle beschließen: Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Interpellationsantrag im Reichstag einzubringen, welcher besagt, daß jedem Arbeitnehmer ein gesetzlicher Anspruch auf Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes oder Gehaltes eingeräumt wird. Der Wechsel der Arbeitsstellen darf keinen Einfluß auf die Dauer des Urlaubs ausüben.

Ludwigshafen. In Erwägung, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft von einem Genuß des Urlaubs in den Betrieben, der deren körperliche und hygienische Gesundheit fördert, noch nichts verspürt hat, wolle der Parteitag in Görlich beschließen (wenn auch unter schwierigen Verhältnissen), die Reichstagsfraktion zu beauftragen, dahin zu wirken, durch ein Gesetz endlich mal die Urlaubsfrage zu lösen.

Halle a. d. S. Der Parteivorstand und die Fraktionen des Reichs- und Landtages und anderer Kammern sind verpflichtet, bei allen sozialen Gesetzen mit den Verbänden der Arbeiter, Angestellten und vor allem auch der Kriegsbeschädigtenorganisationen Rücksprache zu nehmen, deren Vorschlagswesen zu den Gesetzen zu prüfen, mit den Verbänden in Fühlung mündlich sowohl als schriftlich zu bleiben und die Gesetze danach auszugestalten, damit möglichst großen Teilen des Volkes Rechnung getragen wird.

Siepp. Die Sozialdemokratische Fraktion ist zu ersuchen, darauf zu dringen, daß der gesetzliche achtstündige Arbeitstag überall innegehalten wird und daß Ausnahmen nur in den dringenden, in der Art des Betriebes liegenden Fällen genehmigt werden. Mißbräuche sind gegen Zuwächse vorzugehen.

Erwit. Die Fraktion hat zu versuchen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Durchbrechung des Achtstundentages zu verhindern. Nicht Verlängerung des Achtstundentages, sondern ein planmäßiger wirtschaftlicher Aufbau kann uns nur vorwärts bringen.

Brück l. M. Der Parteitag möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, für strikte Durchführung des Achtstundentages einzutreten, da dieser oft angetastet wird von den Unternehmern, und in diesem Falle dem Unternehmer eine schwere Strafe auferlegt wird.

Siepp. Der Parteitag möge dahin wirken, daß gesetzliche Bestimmungen gegen die Kinderarbeit erlassen werden. Zumal in den landwirtschaftlichen Betrieben verheiratete Arbeiter auf die Straße gesetzt und Kinder beschäftigt werden.

Schmölln (S.-M.). Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Verordnung vom 16. März 1919 (Beseitigung des Arbeitermangels in der Landwirtschaft) sofort aufgehoben wird, um allen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Freizügigkeit wiederzugeben.

Bezirksparteitag der Pfalz. Der Deutsche Parteitag in Görlich wolle beschließen: Unsere Fraktion im Reichstag ist zu beauftragen, dafür einzutreten, daß der Technischen Rat, da sie eine Streikbrecherorganisation darstellt, keine Reichsmittel mehr zur Verfügung gestellt werden.

Siepp. Die Sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, nachdrücklich dafür einzutreten, daß bestmögliche die Herausgabe der neuen Landgemeinderordnung und die Neuwahl der städtischen Schulverbände erfolgen.

Halle a. d. S. Bei dem heute mehrmals wechselnden Ministerium und Ministern kann es unmöglich zurecht kommen, daß, wie es normalerweise und leicht der Fall sein soll, den dreierlei Jahre im Falle als Reichsminister einen Abgeordneten Ehrenkodex eine Rente von 45 000 M. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unmöglich, da der Mann keinerlei Verdienste erlitten hat und seinem früheren Beruf nachsehen kann, die Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht leisten können.

6. bad. Landtagswahlkreis. Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag macht es den sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen zur Pflicht, die Bewilligung von Ministerpensionen aus prinzipiellen Gründen abzulehnen und nur für Bewilligung von Parteigebern einzutreten.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

Anträge zum Parteitag in Görlitz.

(Fortsetzung.)

Bad Berka. Der Parteitag wolle beschließen: Alle in Parlamenten und Regierungen tätigen Genossen sind aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden weiterhin nicht angetastet und eingeschränkt wird.

Unterbezirksparteitag des Münsterlandes. Der Parteitag wolle beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß ein Gesetz alsbald auch den Provinziallandtags-, Kreisabgeordneten und Stadtratsordneten (Gemeindevorstellern) mehr Schutz in Form einer gewissen Immunität sichert.

Königsberg (Ostpreußen). Die Genossen in den Parlamenten haben darauf ihr Augenmerk zu richten, daß in den kommenden Verwaltungsverfahren die Zahlung von Tage- und Reisegebern für die Mitglieder der Verwaltungskörperschaften gesetzlich festgesetzt werden.

Frankenberg a. d. Oder. Es sind von Parteiseite aus alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß unentgeltliche Amtsblätter für die Kreise eingeführt werden, die die amtlichen Bekanntmachungen der Bevölkerung übermitteln.

Frankfurt a. M. Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vergütung von Aufträgen für Sachleistungen für die Reparationen von kaufmännischen Geschäftspunkten aus geleistet wird. Die Vergütung an Speditoren muß vermieden werden, da Kalkulation und Preisstellung sonst ganz in deren Macht liegen. Für alle Aufträge sind Kalkulationen einzureichen, welche von den Betriebs- und Angestelltenräten gegengezeichnet werden müssen. Es sollen bestimmte Verdienst- und Kostenaufquoten für diese Kalkulationen bestimmt werden, welche je nach Betriebsgröße abzustufen sind. Bei dem Wiederbauministerium sind diese Kalkulationen zu prüfen. Alle Aufträge sollen unter persönlicher Verantwortung der Kommission vergeben werden.

Frankfurt a. M. Der Parteitag wird ersucht, darauf zu dringen, daß eine Devisenzentrale errichtet wird, welche die Spekulationskäufe in Devisen verhindert und den Banken zur Pflicht macht, Devisen nur gegen Vorlage der Faktura zu verkaufen.

Jülich. Der Parteivorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Beratung des Reichsmittelgesetzes die Sozialdemokratische Fraktion, als die gegebene Vertreterin der Mieter, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für den Entwurf des Mieterbundes (Sitz Dresden) eintritt, um demselben zum Siege zu verhelfen.

V. Das Parteiprogramm.

Veränderter Programmentwurf bereits veröffentlicht in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 25. August 1921.

Koblenz. Zu Punkt V der Tagesordnung: Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission übergeben. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

Eberfeld. Der Programmentwurf sowie sämtliche dazu gestellten Anträge sind der Programmkommission als Material zu überreichen. Ein neuer Programmentwurf nebst Kommentar ist im Einverständnis mit dem Parteivorstand mindestens 4 Monate vor Statistiken des nächsten Parteitages zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen.

Göppingen. Die Wohlfahrtskonferenz des 12. württembergischen Landtagswahlkreises Göppingen-Geislingen anerkennt die in dem vorliegenden Entwurf zum neuen Parteiprogramm geleistete Arbeit. Sie hält den Entwurf aber in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht für geeignet. Der Parteitag möge daher beschließen: Der Entwurf hat als Grundlage für die weitere Beratung bis zum nächsten Parteitag zu dienen. Der Parteitag erklärt, daß das neue Programm ein klares Bekenntnis der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln, enthalten muß.

Dresden. Der von der Programmkommission ausgearbeitete Entwurf zum neuen Parteiprogramm ist, trotz der vielen mühevollen Arbeit, die in ihm enthalten ist, infolge seiner inneren Widersprüche und Halbheiten vom Parteitag abzulehnen. Der Parteitag möge eine neue Programmkommission ernennen, die vor allen Dingen in der Frage der Sozialisierung und in den Fragen der Kulturarbeit unserer Partei, genaue Richtlinien gibt. Aufgabe des Parteitages muß es zunächst sein, so bald als möglich ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches der Partei ermöglicht, klare Marschlinien zu befolgen.

Wilmersdorf. Der vorliegende Entwurf ist abzulehnen; das alte Programm in seinen wesentlichen Teilen ist beizubehalten. Erforderlich ist dagegen ein Aktionsprogramm, zu welchem einzelne Teile des Entwurfs benutzt werden können.

Preuß. Eine bessere und klarere Fassung des Programmentwurfs. Vor allen Dingen muß der Klassenkampf scharfer hervorgehoben werden.

Köln und Koblenz. Der dem Parteitag vorliegende Programmentwurf stellt wertvolles Material für ein neues Parteiprogramm dar. Er wird der vom Parteitag zu bildenden Programmkommission übergeben. Die Kommission und der Parteivorstand haben frühzeitig den hiernach ausgearbeiteten Entwurf in der Parteipresse zur Diskussion zu stellen.

Stuttgart. Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Parteiprogramm in Görlitz nach nicht endgültig festzusetzen, jedoch die nötigen Vorarbeiten für ein neues Programm zu treffen. 2. Ein wirtschaftspolitisches Aktionsprogramm für die kommenden Aufgaben und Kämpfe auszuarbeiten.

Lüneburg. Die am 31. Juli in Lüneburg tagende Unterbezirkskonferenz (Bezirk Hannover) kann in dem vorliegenden Entwurf eines neuen Parteiprogramms eine wenig geeignete Grundlage für ein neues Parteiprogramm erblicken, da sie in dem Entwurf eine grundsätzliche Klarheit und Herausarbeitung sozialistischer Grundgedanken vermisst. Die Unterbezirkskonferenz erwartet vom Parteitag in Görlitz, daß er den Entwurf an die Programmkommission zurückverweist, und damit die Schaffung eines neuen Programms überhaupt nach zurückstellt.

Satzungen. Die am 23. Juli 1921 tagende Versammlung des Bezirksvereins Satzungen befaßt sich eingehend mit dem zur Debatte stehenden Entwurf eines sozialdemokratischen Parteiprogramms. Sie legt in ihrer überwiegenden Mehrheit das Vertrauen in die Beratungen des Parteitages, daß eventuelle Mängel in diesem Entwurf nach gründlicher Beratung beseitigt werden.

Die anwesenden Genossen und Genossinnen bringen zum Ausdruck, daß in dem grundsätzlichen Teil des Entwurfs in markanten Worten die Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat geschildert werden. Es wird aber der Weg, auf welchem der Sieg des Proletariats erreicht und die im Entwurf festgelegten Forderungen durchgeführt werden können, vermisst.

Um Mißverständnissen über den Charakter unserer Partei und allzu philanthropischen Auslegungen des Programms vorzubeugen, beantragt die Versammlung, daß nach folgendes den grundsätzlichen Forderungen hinzugefügt werden möge:

Der Kampf des Proletariats gegen seine Ausbeuter führt notwendigerweise zur schärfsten Auseinandersetzung. Die Bourgeoisie ist Verleugner des Privatigentums und somit für die Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die Befreiung der proletarischen Klasse nur ihr eigen Werk ohne Hilfe anderer Klassen.

Darum soll der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm erscheint sowohl in seinem grundsätzlichen wie auch praktischen Teil nicht geeignet, als brauchbare Grundlage für ein zukünftiges

sozialdemokratisches Programm zu dienen. Aus diesem Grunde nimmt der Parteitag davon Abstand, schon in diesem Jahre ein endgültiges Programm zu beschließen.

Um aber den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen, ist es notwendig, ein Aktionsprogramm zu schaffen, welches in der nächsten Zeit der Partei als Richtschnur und Wegweiser dienen kann. Zur Ausarbeitung eines diesbezüglichen Entwurfs wird bei Beginn des Parteitages eine Kommission gebildet, welche nach Erledigung der ersten vier Tagesordnungspunkte ihre Arbeit dem Parteitag zur Diskussion und Beschlußfassung zu unterbreiten hat. Die endgültige Programmrevision wird auf mindestens ein Jahr zurückgestellt.

Königsberg i. Pr. Der Sozialdemokratische Verein Königsberg ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Zeitpunkt denkbar ungeeignet zur Schaffung eines Programms ist. Die ungelösten politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestatten nicht, schon heute theoretische Richtlinien für die Zukunft aufzustellen. Der Verein erwartet daher vom Parteitag, daß in Görlitz nur neue Richtlinien für den Tageskampf aufgestellt werden, die Formulierung der theoretischen Forderungen aber einer ruhigeren Zukunft vorbehalten bleibt.

Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen. Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat des Bezirksverbandes Groß-Thüringen ist der Auffassung, daß der vom Parteivorstand veröffentlichte Entwurf zu einem Parteiprogramm auf den Parteitag in Görlitz nicht angenommen werden kann. Der bekanntgegebene Entwurf ist vollständig unferlig, unklar und in keiner Beziehung überfichtlich und entspricht auch nicht voll und ganz den sozialdemokratischen Grundsätzen und der sozialistischen Auffassung, von denen die Arbeiter und Angestellten durchdrungen sind.

Der Bezirksvorstand und Bezirksbeirat fordern, daß der Programmentwurf nochmals an die Programmkommission zurückgegeben, dieselbe eventuell anders zusammengesetzt, damit bei neuen Beratungen den Auffassungen der Massen mehr Rechnung getragen wird.

Jassersburg. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist in seiner gegenwärtigen Form zur Annahme nicht geeignet. Wir fordern, daß das neue Programm insbesondere enthalten muß: 1. Bekenntnis zum Klassenkampf; 2. klares Bekenntnis zur Sozialisierung; 3. klares Bekenntnis zur sozialistischen Republik; 4. ein eingehendes klares Agrarprogramm; 5. klare Stellungnahme zum Heerbann.

Aue i. Ergab. (Entschließung.) Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Aue i. Ergab. vom 3. August 1921 kann sich mit dem Entwurf zum Parteiprogramm nicht einverstanden erklären und verlangt: 1. im Entwurf eine schärfere Betonung der Notwendigkeit des Klassenkampfes; 2. terliche Abklärung des Entwurfs und volle Klarheit der Sätze; 3. den so abgeänderten Entwurf einer gemeinsamen Vorstandsbesetzung der SPD. und USPD. vorzulegen, um die Wiedervereinigung beider Parteien auf dieser Grundlage vorzubereiten.

Hamburg. Die Einleitung des Parteiprogramms ist unter Beachtung auf einen allgemeinen theoretischen Teil wie folgt zusammenzufassen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des arbeitenden Volkes. Sie erstrebt die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems durch eine die Wohlfahrt aller Gesellschaftsmitglieder sichernde sozialistische Gemeinwirtschaft und damit zugleich die allgemeine höchste Steigerung der geistigen und sittlichen Kultur des Volkes.

Die kapitalistische Gesellschaft hat sich zur Lösung dieser wirtschafts- und kulturpolitischen Aufgabe als unfähig erwiesen. In der kapitalistischen Welt herrscht, noch verschärft durch die unheilvollen Auswirkungen des Weltkrieges, die Tendenz, die wirtschaftliche Ungleichheit und damit die Klassengegensätze immer tiefer zu steigern. Einer kleinen Minderheit im Ueberfluß lebender Kapitalisten stehen große mit Not und Elend kämpfende proletarische Schichten gegenüber. Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die kapitalistischen Produktionsmittel in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt und zugleich alle im Volke vorhandenen Kräfte in planmäßiger Aus- und Aufbau der Produktion zu höchster technischer Vollkommenheit und lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden. Daher fordert die Sozialdemokratie:

Im Anschluß an diese Einleitung sind in knappster Formulierung die Forderungen der Partei aufzustellen, und zwar in folgenden Gruppen:

1. Wirtschaftspolitische Forderungen, worunter die Förderung des gemeinnützigen Genossenschaftswesens und der Schutz aller Erfinderrechte durch den Staat kräftig hervorzuheben sind.
2. Agrarfragen, wo an die Spitze der folgende Satz gestellt werden müßte: „Das Privateigentum des Kleinbauern an Land und Arbeitsmitteln bleibt unangetastet.“
3. Finanzen, wo nicht auf den Verfall der Vertrag Bezug zu nehmen, sondern nur kurz zu sagen ist: „Für die Finanzpolitik des Reiches, der Länder und der Gemeinden fordert die Sozialdemokratie . . .“ und wo die Forderungen „Schonung des niedrigen Lebensinkommens“ an die Spitze zu stellen und eine entschiedene Ablehnung von indirekten Steuern auf unentbehrliche Lebensmittel aufzunehmen ist.
4. Verfassung und Verwaltung, worunter kurz zusammengefaßt die kommunalpolitischen Forderungen mit aufzunehmen sind.
5. Bevölkerung- und Sozialpolitik, worunter zuerst die Forderungen für eine gezielte, dem sozialistischen Aufbau sich anpassende planmäßige Bevölkerungspolitik mit dem Ziel einer körperlichen und geistigen Erhöhung des einzelnen wie der Gesamtheit aufzuführen und anschließend die veröffentlichten Forderungen des Entwurfs über Sozialpolitik, zu denen noch die Forderung „Ausgleichende Fürsorge für kinderreiche Familien“ aufzunehmen ist.
6. Beamtenrecht, worunter die im Entwurf aufgeführten Forderungen für die Beamten mit Ergänzungen, die sich aus Anträgen ergeben werden, aufzunehmen wären.
7. Gesundheitspflege, wie Entwurf.
8. Wohnungswesen, wo die zweifache Forderung der Volksgesundheit, die im grundsätzlichen Teil schon ausgesprochen ist, weglassen müßte.
9. Rechtspflege, wo der Fassung des Entwurfs im Absatz „Zivilprozess“ hinter „menschlischer und wirtschaftlicher Zwangssozialisierung“ die Worte „Vollziehung des Griminalminimums bei jeder Lohnbeschlagnahme“ und im Absatz „Strafrecht“ noch die „Straflosigkeit der Schwangerschaftsunterbrechung in sozial und gesundheitlich begründeten Fällen“ als Forderung eingefügt werden müßten.
10. Kulturpolitik, worunter ganz neu ein Hauptabschnitt „Schule“ aufzunehmen wäre mit folgender Einleitung:

Um allen im Volke keimenden und aufstrebenden Kräften und Fähigkeiten freie und gleiche Entwicklungsmöglichkeiten zu gewährleisten, fordert die Sozialdemokratie den einheitlichen Aufbau des gesamten Schulwesens nach dem Grundsatz: daß jedem Kinde der unentgeltliche gleiche Bildungsgang offen steht vom Kindergarten bis zur Universtität. Im einzelnen fordert die Sozialdemokratie: . . .

Hierunter müßten die Forderungen gebracht werden, die von der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer in Hamburg aufgestellt und dem Parteitag als Sonderantrag zum Programm eingereicht sind. Besonders betont werden müßte die Forderung „Unbefristete Hilfe des Staates für die Kinder armer Eltern, um jede Behinderung im Aufstieg eines Kindes aus sozialen Gründen auszuschließen“.

11. Weltpolitik, Völkerrecht und Internationale. Unter diesem Schlußabschnitt müßte der leitende Gedanke der Außenpolitik der Sozialdemokratie wie folgt an die Spitze gestellt werden:

Die Herbeiführung und Erhaltung eines dauernden, von allen Völkern freiwillig anerkannten und geachteten Weltfriedens ist das oberste Ziel der Sozialdemokratie. Sie fordert aus diesem Grunde: 1. Ersetzung des Vertrages von Versailles durch einen wirklichen Friedensvertrag, der ohne Kränkung, ohne Willkürbestimmungen

und ohne Beschränkung der Arbeit der besiegten Völker ist. 2. Gleichberechtigung aller Völker auf allen Meeren der Welt und allen Wasserstraßen, die die Meere verschiedener Länder untereinander verbinden. Offene Märkte für den Handel aller Völker in den Ländern und Kolonien der ganzen Welt.

Hier anschließend könnten die im Entwurf veröffentlichten Forderungen Gesetz werden, unter Streichung der „Internationalisierung der Wasserstraßen und Durchführung des Bundesgesetzes der offenen Tür“ in Ziffern 5 und 6 des veröffentlichten Entwurfs, da diese Forderungen in der beantragten Neufassung der Absätze 1 und 2 enthalten sind.

19. Schulforderungen.

ausgearbeitet von der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer Hamburgs.

Schule und Erziehung.

Das Leben der Gesellschaft bewegt und gestaltet sich mit der Formenentwicklung ihrer Wirtschaft. Die materielle und geistige Produktion entfaltet in mannigfaltiger Wechselwirkung die Gesamtkräfte ihrer Glieder. Dies Gesetz gilt auch für die Schule. Sie ist für die Jugend die Form der Arbeit im Dienste der Gemeinschaft, die des infantilsten, schöpferischen, verantwortungsbewußten Menschen bedarf.

Die Schule wird damit zu einem aufbauenden Gliede der sozialistischen Gesellschaft; sie ist nicht mehr Fremdkörper, sondern Wesensanteil der Gesellschaft. Sie ist Lebensstätte der Jugend; sie unterbricht nicht die natürliche Entwicklung, sondern fördert sie; ihr oberstes Gesetz ist die Unversehrtheit des Kindes. Sie ist nicht Werkzeug kirchlicher und politischer Parteien, dient nicht Dogmen und Programmen, ist nicht abhängig von Klassen und Ständen. In einheitlichem Aufbau vom Kindergarten bis einschließlich zur Hochschule dient sie der Gesamtheit des Volkes.

Nächste Forderungen.

Innere Schulgestaltung.

Entwicklung der Schule aus einer Unterrichtsanstalt zu einer erzieherischen Arbeitergemeinschaft.

Bildung der Persönlichkeit durch die Gemeinschaft für die Gemeinschaft auf dem Wege produktiver, körperlicher und geistiger Arbeit.

Ausbau der Schule zu einem Haushalt mit eigener wirtschaftlicher und geistiger Bedürfnisbefriedigung.

Die Schule, einschließlich der Hochschule, als Arbeits-, Lehr- und Kulturstätte der Jugend mit ihren Lehrern und anderen zur Erziehung Berufenen (Handarbeitern, Künstlern) als Führern.

Erziehung zur Selbstregierung, Selbsttätigkeit der Begabungen durch vielfältige Arbeit auf dem Gebiete des Erkennens, Gestaltens und Handelns.

Aufbau und Verzweigung des Schulwesens nach der Richtung, daß keine Begabung eine Schranke findet.

Ausbildung der besonderen Anlagen in freien, wissenschaftlichen, künstlerischen, technischen Arbeitergemeinschaften.

Beseitigung des Prüfungs- und Berechtigungswesens.

Verbindung der Kinderhilfe jeglicher Art mit der Schule.

Umgestaltung der Horte, Jugendheime, Waisenhäuser, Erziehungsanstalten (auch Gefängnisse) in Stätten helfender, fürsorgender und rettender Gemeinschaften.

Einheitschule.

Offentliche Kindergärten für das vierte bis sechste Lebensjahr, deren Besuch auf Anordnung der Jugendämter zur Pflicht gemacht werden kann.

Mindestens sechsjährige Grundschule.

Anschließend eine mindestens zweijährige Pflichtschule als Übergang zur Berufs- und Fortbildungsschule bis zum achtzehnten Lebensjahre.

Sechsjährige Oberschule im Anschluß an die Grundschule. Mögliche Überleitungen von einer Schulart zur anderen.

Hochschulen als Berufsschulen für besondere Begabungen und als wissenschaftliche Forschungsstätten.

Volthochschulen als freie Arbeitergemeinschaften zur Weiterbildung ohne Rücksicht auf Vorbildung zum Aufbau einer lebendigen Volkshochschule.

Besondere Einrichtungen für körperlich, geistig oder sittlich abnorme Kinder.

Beseitigung des Schulgeldes, Unentgeltlichkeit der Lehrmittel, Erziehungsbefreiungen, Freifahrten bei notwendigen Schulwegen und Schülerwanderungen, Verbot des Lohnabzugs für den Fortbildungsschulbesuch.

Weltliche (bekenntnisfreie) Schule.

Keine Trennung nach Glaubensbekenntnissen für Kinder und Lehrer, kein Religionsunterricht.

Schulverwaltung.

Einheitliche Schulverwaltung für alle Schulgattungen nach dem Grundsatz der Selbstverwaltung. Verantwortlichkeit des Lebenskörpers für die Arbeit jeder einzelnen Schule. Teilnahme jeder einzelnen Schule durch Lehrkörper und Elternrat. Wahl der Elternräte durch die Elternschaft der Schule. Wahl des ehrenamtlichen Schulleiters durch den Lehrkörper und durch den Elternrat auf Zeit.

Bei Fach- und Berufsschulen Fachbeiräte, die von den entsprechenden Berufen gewählt werden. Wahl derselben durch die Berufsgenossenschaften. Mitwirkung der Schüler durch Schülerräte. Mitwirkung der Lehrer und Eltern auf allen Stufen der Schulverwaltung durch eine für alle Schulgattungen gemeinsame Eltern- und Lehrerkammer sowie durch gewählte Eltern und Lehrer bis zur Reichsschulbehörde und Reichsschulkammer hin.

Schulaufsicht im Auftrage des Staates durch Schulinspektoren. Berufung derselben durch staatliche Behörden unter Mitwirkung von Eltern- und Lehrerkammer.

Lehrerbildung.

Ausbildung aller Lehrer auf der Hochschule. Abschaffung besonderer Lehrerbildungsanstalten.

Der Parteitag wolle beschließen, in das Parteiprogramm einzufügen: „Wir fordern Sozialisierung des Buchgewerbes und der Presse, insbesondere Trennung des Inseratenwesens von der Presse, Heranzugabe besonderer Annoncenblätter im Staatsmonopol.“

Der § 5 des Erfurter Programms, der da heißt: „Abschaffung aller Gesetze, die die Frau in öffentlicher und privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen,“ ist in das neue Programm mit hinüberzunehmen.

Um das internationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken und internationale Kongresse wirksamer zu gestalten, sowie große Ersparnisse an Zeit und Kosten für Uebersetzungen zu machen, ist im Parteiprogramm die Einführung einer internationalen Hilfssprache zu fordern.

Unter Völkerbeziehungen ist nach „Nationaler Selbstbestimmung usw.“ aufzunehmen: „Revision aller unriten und aller seit 1918 durch Machtspruch geregelten Staatsgrenzen durch Volksabstimmung nach Gemeinden, frei von jedem militärischen Druck und unter ausschließlicher neutraler Leitung und Kontrolle. Wo die Bewirkung des Abstimmungsergebnisses der einzelnen Gemeinden zur Bildung eingeschlossener fremdstaatlicher Gebiete (Enklaven) führen oder auf unvernünftige Weise große verkehrstrategische Hindernisse stößen würde und die beteiligten Staaten sich nicht anderweitig einigen, Ziehung der Grenze nach dem Grundsatz, daß die nationalen Opfer zu beiden Seiten im ganzen gleich groß sind. Völkerrechtlicher Schutz aller verbleibenden nationalen Minderheiten nach dem Grundsatz vollkommener Gegenseitigkeit und im Sinne freier Selbstregierung und Selbstverwaltung. Parteifähigkeit aller demgemäß organisierten größeren nationalen Minderheiten vor dem internationalen Schiedsgericht.“

Breslau-Stadt. Der Parteitag möge als Aktionsprogramm beschließen:

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die politische Organisation, in der die deutsche Arbeiterschaft der ganzen Welt ihre geschichtliche Erhebung erfüllen und die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaftsform erkämpfen will. Die SPD. bekämpft sich zu der Überzeugung, daß bei dem in den großen Industriezentren erreichten Stand der wirtschaftlichen Produktion der weitere gesellschaftlich notwendige technische Fortschritt und die Beteiligung jedes einzelnen am Arbeitsertrag der ganzen menschlichen Gesellschaft nur bei fortschreitender Ver gesellschaftlichung der Produktionsmittel und bei völliger Demokratisierung aller staatlichen Einrichtungen erreicht werden kann. Die SPD. wird durch den Glauben geeint, daß nur in der sozialistischen Gesellschaftsordnung Freiheit jedes Einzelnen von wirtschaftlicher Ausbeutung und gesellschaftlichem Zwang und Verwirklichung der höchsten Kulturwerte gesichert werden kann. Sie ist sich bewußt, daß die Mittel zur Erreichung ihres Zieles immer wieder nachgeprüft und den Zeitumständen angepaßt werden müssen.

Angefaßt der gegenwärtigen, durch den Weltkrieg und seine Nachwirkungen entscheidend beeinflussten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Zeitlage erstrebt die SPD. zunächst die Erfüllung folgender Forderungen:

Wirtschaftspolitische Forderungen.

1. Sozialisierung derjenigen Wirtschaftszweige, deren Konzentration genaugen forschreitenden ist (Kohle, Eisen, Stahl, Elektrizität, chemische Industrie, interlokale Verkehrsmittel). Hierfür Schaffung sich selbst verwaltender Körperschaften mit dem Zwecke der Steigerung der Produktion, unter Sicherung des Allgemeininteresses und bei wachsender Gewinnteilnahme der Volksgemeinschaft.
2. Uebernahme derjenigen Wirtschaftszweige, die ortsmonopolistischen Charakter tragen, durch die Kommunen, stärkere Mitwirkung der Verbrauchergemeinschaften bei der Verteilung der von den Kommunen zu beschaffenden Bedarfsgegenstände.
3. Durchföhrung des Kaffee- und Agrarprogramms.
4. Verschärfte Ein- und Ausfuhrkontrolle.

Sozialpolitische Forderungen.

1. Einheitsliches Arbeitsrecht! Sicherung des verfassungsmäßig gewährleisteten Koalitionsrechtes in der weiteren Ausgestaltung der sozialen Gesetzgebung.
2. Schnelle Durchführung des das wirtschaftliche Räteystem betreffenden Artikels der Reichsverfassung.
3. Vereinheitlichung der Arbeitsverhältnisse. Maßgebende Mitwirkung der Arbeiterschaft an der Verwaltung.
4. Allgemeine Arbeitslosenversicherung.
5. Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung durch allgemeine Krankenversicherung, Mutterschaftsversicherung, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge.
6. Verbot der Erwerbsarbeit für Kinder unter 14 Jahren. Verbot der Erwerbsarbeit nach und Jugendliche unter 18 Jahren in solchen Industriezweigen, in denen die Arbeit besonders gesundheitschädlich ist. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren.
7. Reichsgesetzliche Regelung des Wohnungs- und Siedungswesens. Bekämpfung des Wohnungsnotstands durch Befreiung ungenutzter Wohnstätten, Reichsgesetzliche Regelung der Obdachlosigkeit. Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von neuen Wohnungen mit Hilfe von Krediten des Reiches, der Länder und Gemeinden unter Bewilligung der Herstellung durch Betriebsleitung der Baugewerkschaften.

Finanzpolitische Forderungen.

1. Progressive Gewinnbeteiligung der öffentlichen Gewalten an den für die Sozialisierung nach nicht reifen Erwerbsunternehmungen.
2. Besondere Besteuerung derjenigen Werte, die von der allgemeinen Wertentwicklung wenig oder gar nicht betroffen werden.
3. Weiterer Ausbau der Kapitalsteuer, der Nachschuß- und der Erbschaftsteuer. Umwandlung des Reichsnotopfers in eine jährliche Vermögensabgabe auf Grund des jeweiligen Vermögensstandes.
4. Abbau der indirekten Steuern auf lebenswichtige Gegenstände, sobald es die deutsche Finanzlage gestattet.
5. Allmählicher stufenweiser Abbau des Einkommens der Reichs-, Staats- und Gemeindeanteile mit dem Ziele ihrer völligen Annullierung unter Schonung des arbeitsunfähigen Kleinrentnerturns.
6. Fortschreitende Erfassung der Steuern an der Quelle.

Innenpolitische Forderungen.

1. Eine einheitliche und unteilbare demokratische Republik mit voller Selbstverwaltung in Ländern, Landkreisen und Gemeinden in solchen Angelegenheiten, die nur regionale oder lokale Bedeutung haben.
2. Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken.
3. Abschaffung aller Gesetze, welche die Frau in öffentlich oder privatrechtlicher Beziehung gegenüber dem Manne benachteiligen.
4. Abschaffung der Reichsverweh, sobald durch eine internationale Rechtsordnung der Schutz der Landesgrenzen gewährleistet ist. Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit allein durch die Polizeikräfte.
5. Durchführung der Unterstellung aller Verwaltungsorgane unter die gewählten Volksvertretungen. Aufhebung der Bevormundung der Juristen bei der Befolgung der höheren Verwaltungsposten. Auswahl der höheren Beamten auf Grund des Nachweises ihrer sozialwissenschaftlichen Kenntnisse und ihrer beruflichen Erfahrung. Erhebung aller Beamten, die ihre Stellung zur Schädigung der Republik missbrauchen, durch zuverlässige Republikaner.
6. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege und des Rechtsbestandes in Strafsachen. Rechtsprechung in Strafsachen unter Mitwirkung vom Volke erwählter Richter in allen Instanzen. Berufung in Strafsachen. Abschaffung der Todesstrafe. Neuordnung des Miet- und Wohnungsrechts. Bereinigung des Erbrechts. Regelung der Rechtsvertretung ohne Beschränkung auf Anwälte unter besonderer Berücksichtigung der Arbeiterkategorie im Zivilprozeß. Bessere Sicherstellung des Klagerechts der Armen.

Völkerbeziehungen und Internationalität.

1. Internationaler Zusammenschluß der Arbeiterklasse auf demokratischer Grundlage als beste Bürgschaft des Friedens und der Verwirklichung eines internationalen Völkerrechts.
2. Unterbindung aller Bestrebungen, die bereits unter den gegenwärtigen Staats- und Wirtschaftsformen den Gedanken der übernationalen Völkergemeinschaft vorzubereiten geeignet sind. Eintreten für einen Völkerverbund, der kein die Völkerverbindungen anerkennendes Volk ausschließt.
3. Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerverbundes.
4. Ausbau des Völkerrechts. Schlichtung aller internationalen Streitigkeiten auf schiedsgerichtlichem Wege. Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes. Internationalisierung aller Wasserstraßen, welche Meere und von verschiedenen Staaten umschlossene Seen untereinander und mit dem Meere verbinden.
5. Unterbindung aller Kolonial- und Schutzgebiete unter die Oberhoheit des Völkerverbundes und Durchführung des Grundgesetzes der offenen Tür für diese Gebiete.
6. Im Rahmen des für alle gleichmäßig geltenden internationalen Rechts nationale Selbstbestimmung der Völker.
7. Demokratisierung und Vereinfachung der diplomatischen Beziehungen der Staaten.
8. Entscheidung der Volksvertretungen über den Abschluß aller Verträge mit fremden Staaten, unter Ausschluß aller Geheimverträge.
9. Eine Handels- und Verkehrspolitik, die sich das Ziel der Wiedereinbeziehung der deutschen Volkswirtschaft in einen freien weltwirtschaftlichen Güterausgleich setzt.

Kulturpolitische Forderungen.

A. Für die Jugendberziehung.

1. Einheitslicher Aufbau des Bildungswesens vom obligatorischen Kindergarten bis zur Hochschule. Sechsjährige Grundschule. Scheidung nach Begabungstypen. Kernunterricht und wahlfreie Kurse auf der Oberstufe.
2. Weiterzige Förderung aller Bestrebungen auf Erneuerung und leibliche Vertiefung der Schule.
3. Weisheit der staatlichen Schule.
4. Gemeinsame Erziehung beider Geschlechter durch beide Geschlechter.
5. Abschaffung der Schul- und Hochschulabschlußprüfungen. Statt dessen Zeugnisse über Charakter, Befähigung und Kenntnisse auf Grund des von den Lehrern in der gemeinsamen Arbeit mit den Schülern gewonnenen Gesamteindrucks.
6. Ausbau der Selbstverwaltung zur Schulgemeinde der Lehrer, Schüler und Eltern.
7. Körperliche Ausbildung der Jugend unter Ausschaltung aller militärischen Zwecke. Ausbau der gesundheitlichen Fürsorge für die Schulkinder.
8. Unentgeltlichkeit des Unterrichts, der Lehr- und Lernmittel und der Verpflegung an den staatlichen Schulen. Heranziehung aller Staatsbürger zu den Schulaufgaben durch eine progressive Schulssteuer.
9. Einheitslichkeit in Ausbildung und Befolgung der Lehrer an Volks-, Mittel- und höheren Schulen.

B.

Ausbau der Volkshochschulen zu Arbeitsgemeinschaften, in denen der schulentwachsenen Bevölkerung Methoden und Ergebnisse der Wissenschaft volkstümlich vermittelt werden.

C.

Religion ist Sache innerer Ueberzeugung, nicht Staatsangelegenheit, nicht Parteisache. Trennung von Staat und Kirche.

Zwickau. Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist keine geeignete Grundlage zur Schaffung eines neuen Parteiprogramms.

Die Notwendigkeit gründlicher, einsehender Erörterungen und Diskussionen darüber auf den nächsten Parteitag zu verlagern.

Dehnenmaßstab muß der Göttinger Parteitag zur Befruchtung der abschließenden Programmarbeit die Programmfrage umfassend diskutieren und beschließen, daß unter neues Parteiprogramm enthalten muß:

1. Die Feststellung, daß uns der Sozialismus mehr ist, als eine nur ökonomische Anwesenheit, daß wir unter ihm die Gestalt unseres gesamten sozialen Daseins verstehen, zu dessen Erreichung uns die sozialistische Gütererzeugung und -verteilung nur Voraussetzung, nicht Endzweck ist.
2. Das Bekenntnis zu der Notwendigkeit, im gleichen Maße für die Umstellung der ökonomischen Verhältnisse zu kämpfen und an der Erziehung des sozialistischen Bewusstseins zu arbeiten.
3. Die Festlegung, daß jetzt die Verwirklichung des Sozialismus an Stelle der nunmehr verwirklichten politischen Demokratie zum ersten Antrittspunkt in den Vordergrund treten und die Demokratie nur noch Verteidigungsmittel geworden ist.
4. Eine genaue Umschreibung des Weges, auf dem wir die Verwirklichung des Sozialismus erreichen wollen; dabei vor allem eindeutige Stellungnahme für die Sozialisierung und zu dem die der Sozialisierung.
5. Eine sachliche Beurteilung des Sozialismus.
6. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.
7. Ein klares Bekenntnis zum Klassenkampf.

Zwickau. Für den Fall, daß der Göttinger Parteitag die Beschlüsse über das neue Parteiprogramm verlagert, fordern wir, daß er der Partei ein durchsichtiges kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe klar und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

Breslau-Stadt. Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.
 2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.
 3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.
- Dresden. Der 5. Unterbezirk Dresden-Alttadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als nämlich undisutabel ab. Er ist unklar, unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherzigen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammenlegung der Programmkommission ändert, indem er verschiedene Vertreter der entscheidenden Sozialisierungsgebunden in diese einbezieht.

Dresden. Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

Dresden. Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undisutabel abzulehnen. Das endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmaßnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusetzen. Dem Parteitag ist anheimzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordern wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

Köln. 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die 11 Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einschluß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen; Arbeiterfragen, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationalität. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Bergesellschaftung des Grund und Bodens, sofern er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Abg. 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programm-entwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatangelegenheit, Sache innerer Ueberzeugung, nicht Parteisache, nicht Staatsangelegenheit. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weisheit der Staatschule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede überkommene oder werdende Ueberzeugung.

Unterbezirk Unterweiser. Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 25 Jahre Alters- und Invaliditätsmarken geliebt haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Antragstellern ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente sozialer Zuschuß aus einer dieser Versicherungsstellen zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

Marburg a. d. Odn. Die am 17. Juli in Marburg a. d. Odn. zusammengekommenen Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der SPD. (Bezirksverband Heffen-Nassau) richten an den Parteitag in Götting die dringende Ersuchen, auf eine unwägende Reform der Hochschulen in Volksummersitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

Halle a. d. S. Der Ortsverein Halle der SPD. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmentwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.
 2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.
 3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.
- In dieses Programm sind aus dem Erfurter die Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder im-erfüllt sind.

Oching. Der Parteitag möge beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

Königsberg i. Pr. In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Verbot alles Privatunterrichts.

Satzungen. Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privatbesitzes in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

Elberfeld. Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Ermittlung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Gewährleistung des Existenzminimums. Der Punkt 7 ist zu streichen.

Weimar. Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationalität“ erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerverbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerverbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkswahren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts und zum Schutz der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Hass- und Rachegeistes.

Elberfeld. Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung“ ab ist zu streichen und an dessen Stelle die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet.“

Gemülich. Der Parteitag möge beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

Elberfeld. Zum Programmentwurf ist unter „Völkerbeziehungen und Internationalität“ folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundgesetz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft.“

Kachen. Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

Unterbezirk Göttingen. Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

Kachen. Der Parteitag bestimmt eine Kommission, welche ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

VI. Jugend und Bildung.

Berlin. Der Parteivorstand wird ersucht, die Parteipresse zur Schaffung von Jugendbeilagen anzuhalten.

Dresden. Staatschulverwaltungen und Gemeinden erhöhen immer mehr das Schulgeld in mittleren, höheren und Hochschulen. Der Erwerb höherer Bildung wird dadurch immer mehr ein Reservatrecht der Besitzenden. Aber auch den Kindern des wertvollen Volkes muß die bestmögliche Ausbildung gesichert sein. Die Arbeiterschaft hat ein ganz besonderes Interesse daran, daß die guten Köpfe des Nachwuchses so geschult werden, daß sie höhere Stellen in Reich, Staat und Gemeinde, in Wirtschaft und Verkehr einnehmen können. Legten Endes steht und fällt damit die ganze zukünftige sozialistisch-demokratische Arbeit im Staate. Das Ziel wäre nämlich Verzicht auf jedes Schulgeld, das gegen alle wirtschaftlichen, bevölkerungs- und bildungspolitischen Grundsätze verstößt. Da aber dieses Ziel unter der gegenwärtigen Finanzlage kaum zu erreichen ist, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Macht dafür einzusetzen, daß durch Schulgeldlosh in mittleren und Hochschulen und durch Gewährung von Beihilfen für Beförderung und Befreiung in ausreichender Weise die Ausbildung der Begabten aus den Kreisen des wertvollen Volkes sichergestellt wird.

Hamburg. In der Erkenntnis, daß nur eine tatkräftige Hebung der Bildung und Kultur des ganzen Volkes uns aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch wieder erheben kann, fordert der Parteitag alle Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihren Einfluß überall dahingehend geltend zu machen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in Gemeinden, Ländern und im Reich nicht nur für die notwendige Verwaltung und den Schutz von Person und Eigentum, sondern in steigendem Maße für kulturpolitische Zwecke verwendet werden (Schul- und Bildungswesen, Wissenschaft, Kunstpflege, Jugendbewegung). Zahlreiche kulturpolitische Maßnahmen, auch solche, die von der Reichsverfassung gewährleistet sind, werden ungenügend oder gar nicht durchgeführt (Lehrerbildung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Fortbildungsschule, Jugendwohlfahrt) unter Hinweis auf den Mangel an Mitteln. Damit versuchen besonders die Vertreter reaktionärer Parteien die ihnen verhasste und sie gefährdende Kulturpolitik zu verhindern und ihre Kreise vor scharfer Besteuerung zu bewahren. Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen auf, gegen solche Maßnahmen die Augen offen zu halten.

Berlin. Der Parteivorstand ist aufzufordern, die Parteischule wieder einzurichten.

Unterbezirkpartei des Münsterlandes. Der Parteitag möge beschließen, den Zentralbildungsausschuß durch den Parteivorstand zu beauftragen, baldmöglichst wieder Parteischulen zu errichten und fernhin für die Ausbildung und Durchschulung unserer jüngeren Parteimitglieder beiderlei Geschlechts mehr Sorge zu tragen.

Halle a. d. Saale. Die Ortsgruppe erwartet vom Parteitag, daß er den Zentralbildungsausschuß beauftragt, baldmöglichst Schritte zu unternehmen, Parteibildungsschulen zu errichten. Es sollte darin Funktionäre der Partei eine gründliche Ausbildung in allen Fächern der Arbeiterbewegung und in der Wissenschaft vom Sozialismus erhalten.

Breslau (Stadt). Der Parteitag verpflichtet die größeren Ortsgruppen Bildungskurse einzurichten, die zweckmäßig zusammengefaßt und zu Parteischulen ausgestaltet werden. Als Lehrgebiet kommen in erster Linie Volkswirtschaftslehre (unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Theoretiker) und neuere Geschichte (unter be-

sonderer Berücksichtigung der Parteigeschichte) in Frage. Für die Parteigenossen der Reichstädte und des flachen Landes richten die Bezirke ähnliche Kurse ein. Wenn es die finanzielle Lage der Partei irgend erlaubt, geben Parteivorstand und Zentralbildungsausschuss an die Kreisrichtung der Parteischule, die als Parteihochschule auszubauen ist.

Halle a. d. Saale. Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge eine Kommission zur Ausarbeitung eines Hochschulprogramms einsetzen.

Bad Berka. Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Bezirksvorstand, Regierung, Reichstags- und Landtagsfraktionen, Ortsgruppen und auch Gewerkschaften wollen allen Fleiß und alle Mittel anwenden zur Schaffung von Volkshochschulen in den die Gefahren und Schwächen der Volkshochschulen umgehen und dem Proletariat die Möglichkeit geben, einige Monate sich abseits der ständigen Alltagsrouten der geistigen Vertiefung zu widmen. Die Mittel bringt der Schüler, die Gewerkschaft und der Unternehmer gemeinsam auf nach zu vereinbarenden Gesichtspunkten.

Blankenese. Für eine friedliche Verständigung der Völker, insbesondere ihrer proletarischen Schichten, ist eine Weltgespräche unbedingt Voraussetzung. Der Parteivorstand und alle anderen Instanzen werden deshalb aufgefordert, dem Beispiel der Parteioptionen anderer Länder folgend, die Weltgespräche „Esperanto“ überall einzuführen und mit allen Mitteln zu fördern.

VII. Sonstige Anträge.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen, jedem Parteigenossen zu empfehlen, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten, um dadurch den genossenschaftlichen Sozialismus zu fördern.

Hamburg. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinen und der Großeinkaufs-Gesellschaft in Verbindung zu treten zwecks Gründung einer Genossenschaft zur Herstellung des von den Zeitungsbetriebern der Partei, der Gewerkschaften, sowie des von den Bureaus der Arbeiterbewegung benötigten Papiers.

Konstanz-Münsingen. Der Parteivorstand wolle der Papierfabrikation irgendeine Beile, sei es durch Schaffung oder Erwerbung einer Papierfabrik, oder auf genossenschaftlichem Wege mit den Konsumvereinen, näherereten.

Der Antrag wurde mit der unerhörten Verteuerung des Papiers begründet, worunter besonders die Arbeiterpresse schwer zu leiden hat.

Hamburg. Der Parteitag wolle beschließen: „Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, mehr als bisher die Frauen zu allen Arbeiten heranzuziehen, in öffentlichen Komiteen, Körperschaften und Funktionen.“

Hamburg. Antrag zur Verfassung und Verwaltung: Bekämpfung jeglichen bürokratischen Geistes in der Verwaltung, insbesondere durch zweckentsprechende Besetzung der Beamtenstellen. Mit einem öffentlichen Amt darf nur besetzt werden, wer durch schöpferische Leistungen und soziale Betätigung seine Reife dargelegt hat. Die herkömmlichen Examen kommen erst in zweiter Linie in Frage.

Unterbezirk Offhewelland-Ruppin. Der Parteitag in Görtzig wolle beschließen: In allen größeren Orten sind von den kommunalen Behörden gemeinsam mit den politischen Parteien und Vertretern der Verbraucher und Erzeugerorganisation Teuerungsprüfungskommissionen einzusetzen.

Halle a. d. Saale. Der Parteitag wolle mit aller Entschiedenheit auf die Mitglieder der Preussischen Landtagsfraktion einwirken, daß dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Anstellung der Schutzpolizeibeamten hinwirken, daß ihnen dieselben Rechte wie allen anderen Staatsbeamten eingeräumt werden. In Besonderheit ist darauf hinzuwirken: 1. daß den Polizeibeamten das Koalitionsrecht nicht eingeschränkt wird; 2. daß die Anstellungsbedingungen für Beamte im Offiziersrang und Beamte im Unteroffiziersrang gleichmäßig sind, um dadurch ein Aufrücken der Unterbeamten leichter zu ermöglichen und der Demokratisierung der Verwaltungen nachzuwirken.

Groß-Hamborn. Der Parteitag wolle beschließen, den Kreis-Prezisionsmissionen größere Rechte als bisher einzuräumen.

Berlin. Der Parteitag 1922 möge in Berlin stattfinden.

Hannover. Der nächste Parteitag findet in Hannover statt.

Frankfurt am Main. Der nächste Parteitag findet in Frankfurt am Main statt.

München. Der Parteitag in Görtzig wolle beschließen, den nächsten Parteitag in München abzuhalten.

Schwerin in Mecklenburg. Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Schwerin in Mecklenburg abzuhalten.

Fertige Bettwäsche

Kissenbezüge aus Renforce, gestreift Satin, Damas, Halbleinen oder Leinen. Stück 31 M. bis 122 M.

Deckbettbezüge aus Renforce, gestr. Satin, Damast, Halbl. od. Leinen. St. 121.50 bis 462 M.

Betttücher aus Kretonne, Halbleinen oder Leinen Stück 70 M. bis 325 M.

Kissenbezüge m. Stück., Durchbruch od. Bogen verziert 58.50 bis 349 M.

Fußbettbezüge mit Stickerei od. Durchbruch verziert oder aus besticktem Batist, Stück 101 M. bis 471 M.

Ueberschlaglaken mit Fältchen, Stickerei, Durchbruch oder Bogen verziert.

Stück M. 124.50 bis 333 M.

Rudolph Hertzog

Berlin C. 2

Damen-Leibwäsche

Stickerei-Unterkleider . . . Stück von 57 M. an
 Spitzen-Unterkleider Stück von 160 M. an
 Miederröcke Stickerei und Spitzen-Verzierung Stück von 94.50 an
 Weiße Anstandsröcke Madapolam und Barchend Stück von 58.50 an
 Miederschützer Vorder- bzw. Rückenschluß Stück von 28 M. an
 Weiße Nachtjacken Madapolam u. Barchend, Stück von 50.50 an
 Beinkleider offen u. geschlossen, Stück von 31.50 an
 Nachthemden halstrel und hoch geschlossen . . . Stück von 71.50 an
 Taghemden Achselanschluß, St. v. 33.75 an

Rockbeinkleider, Miederrockbeinkleider, Frisiermäntel und Morgenjacken in reichhaltiger Auswahl

Jeden Montag Auslage von Resten und Abschnitten in Wolle, Baumwolle, Seide und Samt, für Blusen, Röcke, Mäntel, Damen- und Kinderkleider geeignet ganz besonders billig

Möbel

M. Schlewinsky & Co.
 Berlin, Dirksenstr. 31

Ecke Königsgraben am Bahnhof Alexanderplatz Markthallen-Ausgang

Speisezimmer „Eiche“ Büfett, Kredenz, Ausziehtisch und 6 Lederstühle
 Büfett . . . 180 cm br. 160 cm br. 180 cm br.
 4250 Mk. 5250 Mk. 6250 Mk.

Herrenzimmer „Eiche“ Bibliothek, Schreibtisch, Tisch, 2 Lederstühle, 1 Schreibstisch
 Bibliothek 120 cm br. 150 cm br. 180 cm br.
 3500 Mk. 4500 Mk. 5500 Mk.

Schlafzimmer „Eiche“ Schrank mit Spiegel, Auflegematratzen, Waschtisch mit Spiegel und Marmor, 2 Nachtschränke etc.
 Schrank 125 cm br. 180 cm br. 180 cm br.
 3350 Mk. 4350 Mk. 6200 Mk.

Größte Auswahl in besseren Zimmerreinrichtungen in allen Preislagen und bester Verarbeitung / Klubsessel und Garnituren in Leder, Cord, Gobelin usw. / Einzel-Möbel, Beleuchtungsgegenstände usw.

Besichtigung lohnend und erwünscht!
 Verkauf zu kulantesten Bedingungen!

Veröffentlichungen des Verlages der Kommunistischen Internationale

Schriften von G. Sinowjew:

Die russische Revolution und das internationale Proletariat	M. 0.70	Die Tagesfragen der internationalen Arbeiterbewegung	M. 5.50	Was die Kommunistische Internationale bisher war und was sie nun werden muß	M. 1.—
Die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution	M. 2.30	Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den Zweiten Weltkongreß der Kommunistischen Internationale	M. 2.—	Vom Werdegang unserer Partei	M. 1.20
Die Weltrevolution und die Kommunistische Internationale	M. 1.50	Der Zweite Kongreß der Kommunistischen Internationale	M. 1.—	Zwölf Tage in Deutschland	M. 2.—
				Die Sowjetmacht und der Offiziersstand	M. 1.—
				Der Aufbau der Volkswirtschaft und die Sowjetmacht	M. 2.—

Zu beziehen durch die Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

Julius Krause Kastanienallee 40

MÖBEL in bekannter Güte Auf Wunsch Zahlungserleichterung

Soeben erschien Nr. 53/54 der Kleinen Bibliothek der Russ. Korrespondenz

Mich. Pawlowitsch

Die ökonomische Entwicklung und die Agrarfrage in Persien im XX. Jahrhundert

Inhalt: Die ökonomische Hegemonie Rußlands in Nordpersien. Das Handelskapital und die Geistlichkeit in der Bewegung / Die Agrarfrage in Persien

62 Seiten

Preis M 1.—

Zu beziehen durch Frankes Verlag G. m. b. H., Leipzig

Ankauf Verkauf

Perlen Juwelen

Sehr großes Silberlager

Margraf & Co.

Kanonierstrasse 9
 Tauentzienstrasse 15 a.

Eigene Ankaufs-Abteilung

Zähne von 5 M. an
 Erstkl. Ausführung, 5 Jahre Garantie, Umarbeitung alt. Gebisse, Reparaturen sofort, Goldkronen, Brücken, Teilzahl. 4-7, Sonnt. 9-1, nahe Schönhauser Tor.

Hempel, Dentist, Liniestr. 220,

Haut-Gehechts-+

Unterleibschmerzen, Gicht, frische und veraltete, bei Männern u. Frauen; ohne Berufsunfähigkeit, Heilungsfähigkeit über 30 Jahre bewährt durch Hunderte Geheilte. — Sprech- u. Behandlungszeit: 9-1, 4-7, Sonntag: 9-1. — Heilungsmittel f. elektrolyt. und physiotherap. und Naturheilverfahren. Berlin SO 10, Reichstraße 10b (Hof, Sannastraße).

Prof. Dr. med. P. Mistelsky, Arzt, approb. im Auslande, v. d. deutsch. Regierung anerkt.

30jährige Praxis

GROSSER Handschuh-Verkauf



Damen-Lederhandschuhe

Damen-Lederhandschuhe ...	19 ⁷⁵
Damen-Glacé 2 Druckknöpfe	29 ⁷⁵
Damen-Glacé Ziegen- und Lammleder, 2 Druckknöpfe	39 ⁷⁵
Damen-Schweden mit Druckknopf ..	39 ⁷⁵
Damen-Glacé Ziegenleder, gesteppt ..	49 ⁷⁵
Damen-Schweden ganz gesteppt ..	49 ⁷⁵
Damen-Nappa durchgefärbt	49 ⁷⁵
Damen-Glacé Ziegenleder, mit eleganter Aufsicht ..	59 ⁷⁵
Damen-Moda-Chair moderne Strassenfarben etwa 12 Knopf Länge	69 ⁷⁵
Lange weisse Glacé	79 ⁷⁵

Damen-Stoffhandschuhe

Damen-Trikot mit zwei Druckknöpfen ..	5 ⁵⁰
Damen-Trikot mit angerautem Füller ..	6 ⁹⁰
Damen-Trikot mit farbigem Halbfüller ..	7 ⁹⁰
Damen-rundgestrickt feine Qualität ..	9 ⁷⁵
Damen-Schweden-Ersatz 2 Druckknöpfe, halbe Qualität ..	12 ⁷⁵
Damen-Moda-Ersatz 2 Druckknöpfe ..	14 ⁷⁵
Damen-Trikot mit kunstseidenem Halbfüller ..	19 ⁷⁵
Damen-Moda-Ersatz farbig mit Schokolade ..	26 ⁷⁵
Lange weisse Handschuhe Leinenersatz ..	19 ⁷⁵
Lange weisse Handschuhe Seide, m. v. v. stark. Spitzen ..	39 ⁷⁵

Herren-Leder- u. Stoffhandschuhe

Herren-Trikot mit angerautem Füller ..	7 ⁹⁰
Herren-Schweden-Ers. Druckverdrill. halbe. Qualit. ..	14 ⁷⁵
Herren-Moda-Ersatz mit Druckkn. ..	19 ⁷⁵
Herren-Trikot mit weissem Einfaß und Perleutterknöpfen ..	26 ⁷⁵
Herren-Leder-Handschuhe Druckverdrill. ..	19 ⁷⁵
Herren-Waschleder m. Druckverdrill. gesteppt, mit Druckknopf ..	39 ⁷⁵
Herren-Schweden gesteppt, mit Druckknopf ..	49 ⁷⁵
Herren-Nappa mit Druckverdrill. gesteppt ..	49 ⁷⁵
Herren-Schweden gesteppt, besonders haltbare Qualität ..	69 ⁷⁵
Herren-Nappa gefärbt, durchgefärbt ..	69 ⁷⁵

Preiswertes Wäsche-Angebot

Damen-Wäsche

Damen-Hemd prima Stoff	23 ⁵⁰
Damen-Beinkleid Knieform, mit Miederersatz ..	23 ⁵⁰
Damen-Nadthemd guter Stoff, mit Mieder ..	49 ⁵⁰
Rodbeinkleid mit breitem Miederersatz ..	65 ⁵⁰
Hemd hose vorzüglicher Stoff, mit schöner Saum ..	85 ⁵⁰
Prinzessrock mit feinen Spitzen oder Stickereien reich garniert aus gutem Stoff, mit schöner Spitze ..	95 ⁵⁰
Untertaille ..	19 ⁵⁰
Garnitur in Stoff, m. Hohlraum u. Bandgarnitur, Hemd u. Beinkleid ..	75 ⁰⁰
Nadthemd dazu passend	65 ⁰⁰

Wäschestoffe

Wäscheluch 80-82 cm breit, gute Qualität ..	9 ⁵⁰
Renforcé 80-82 cm breit, feinfädig ..	11 ⁵⁰
Hemdenluch 80-82 cm breit, vorzügliche Qualität ..	12 ⁵⁰
Wäschebatist 80-82 cm breit, für feine Damenwäsche ..	13 ⁵⁰
Louisianaluch 80-82 cm breit, für Bett- und Leinwand ..	11 ⁵⁰
Lakenstoff en 150 cm breit, kräftige Qualität ..	29 ⁵⁰
Bettsatin gestreift, Kissensbreite ..	25 ⁰⁰
Bett damast neue Muster, Kissensbreite ..	29 ⁰⁰
Bettzudehen viele Muster, Kissensbreite ..	14 ⁵⁰
Köperinlett gedieg. Qualität, Kissensbreite ..	26 ⁰⁰

Hauswäsche

Küchen-Handtücher grau Dreif. Stück ..	12 ⁷⁵
Stuben-Handtücher weiss Dreif. Stück ..	14 ⁷⁵
Wischtücher weisse karoli.Stück ..	9 ⁰⁰
Tischtücher Dreifachgewebe, Größe 120x130 Stück ..	49 ⁵⁰
Kopfkissen Größe 80x80, mit Longuette ..	26 ⁵⁰
Beillaken mit Hohlraum, prima Qualität, Größe 150x225 ..	89 ⁵⁰
Deckbettbezüge Größe 130x200 prima Louisianaend. Stück ..	117 ⁵⁰
Bademantel guter Knäuelstoff, mit buntem Besatz ..	165 ⁰⁰
Bademantel Getahtorn, versch. Farben, farb. Besatz ..	225 ⁰⁰

Damen-Glacé u. Schweden mit Schnalle, eleganter Strassenhandschuh 79⁵⁰
Lange weisse Glacéhandschuhe in Qualität, etwa 8 Knopf Länge 69⁷⁵

Leipziger Strasse
Alexanderplatz
Frankfurter Allee

HERMANN TIETZ

Ortskrankenkasse für d. Gewerbe d. Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.
 Den Mitgliedern teilen wir mit, daß unser langjähriges Vorstandsmitglied Herr **Gustav Lischke** am 26. August im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Obes seinen Hinterbliebenen!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, 30. August, nachmittags 3 Uhr, in Sühneland am Friedhof der Pflanzgartenstr. statt.
 Der Vorstand 84 und die Angestellten.

Deutscher Metallarbeiterverband
 Verwaltungsstelle Berlin X. Pl. 54, Linienstr. 83-85
 Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr
 Telefon: Amt Rothen 185, 1330, 1987, 9714
Dienstag, den 30. August 1921, abends 7 Uhr:
Branchen-Versammlung der Wälder, Isolierer, Kollektorbauer, Imprägnierer, Batterie- u. Elementarbeiter in der Schulaula, Grünhalden Str. 5.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung.
 2. Diskussion.
 3. Branchenanforderungen und Beschlüsse.
 Für die Wälder der Kleinbetriebe findet die Branchenversammlung bereits um 6 Uhr in derselben Schulaula statt.
 Die Ortsverwaltung.

Am 27. August, morgens 6.30, verließ im St.-Oebwige-Krankenhaus nach längerem schweren Leiden mein liebgewordener Mann **Bernhard Ebersbach** im 51. Lebensjahre.
 Dieses zeigt tiefbetrübt an **Frau Wwe. Real Ebersbach** Berlin, Krauzstr. 2.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 31. August, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofs Wilmersberg aus statt.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband
 Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.
Achtung! **Achtung!**
Herren- und Damenkonfektion, Schneider und Näherinnen, Zuschneider und Zuschneiderinnen.
Mitglieder-Versammlung am Dienstag, den 30. August, abends 7 Uhr, in den Sophienjulen, Sophienstraße 17/18.
 Tagesordnung:
 1. Bericht von den zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeber über die neuen Löhne.
 2. Bericht eines Hilfsbranchenleiters.
 3. Bericht über die Meldestatistischer Verhandlungen.
 Wir bitten, zahlreich zu erscheinen und für guten Besuch zu sorgen. — Mitgliederbuch oder Karte legitimiert; ohne dies aber mit mehr als 6 reichenden Bodenbelägen kein Zutritt.
 Die Branchen-Kommission.

Von der Reise zurück
Dr. Wilhelm Klein
 Seestr. 39 30/9a
Spezialarzt
Dr. med. Feidmann behandelt schnell, gründlich, mögl. schmerzlos u. ohne Betriebsstörung Syphilis, Harnleiden, Frauenleiden, Schwäche, Erprob. Method. Harn- und Blutuntersuch. Bahnhof Königsstr. 84-86, Alexanderpl. Sprechst. 10-1, 5-8, Sonntag 10-1

Zurück
Frau Agnes Leonhardi Käte Otto
 Dentistin
 Berlin S. Graefestr. 5
 Sprechst. 9-1 u. 3-6



Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teilzahlung, Ehe-, Alimenten-, Strassachen, Steuern, Gnadengesuche. Landgericht Dr. v. Kirchbach, Gesellschaft m. b. H., Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet. Tel.: Köniest. 3598

Unvergleichbare Preise für **Brillanten Gold-, Platin- und Silber-** Zahngelasse, alte Hülsen, Double zählt nur die führende Firma **H. Wiese** Artilleriestr. 30 SMln. v. Bahnh. Friedrichstr. Tel.: Norden 1030

Schöne gestreifte **Sonntagshose** gute Qualität M. 110,-
 Feldgrüne Hosen Ia M. 80,-
 Arbeitshosen M. 52,-
 sind zu haben in der **Hosenfabrik Laufer & Co., Berlin** Prenzlauer Str. 1-2.
 Tel.: Alexander 437.
 Statt Karten. Als Selbsthersteller liefere ich in Qualität und Preis einzig dastehend:
Trauringe
 1 Ring Dukateng. v. 75.- an
 1 1/2-Dukat.-Trauring 260.-
 1 Ring 585 gest. v. 65.- b. 180.-
 1 Ring 333 gest. v. 25.- b. 100.-
 Garantierte in f. gesetzl. Goldinh.
 Empfang: Täglich 9-7 Uhr
 P.S. Da ich nur Qualitätsware führe, also keine Hohlringe, und meiner Preiskalkulation auch ein normales Fingerring zugrunde liegt, so liefere ich keinen Dukatering unter 15 Mark

Ich wasch' bei Euch im Haus nur dann Wenn ich Persil bekommen kann!

Kein Waschbrei, kein Reiben und Bürsten; schnelles und leichtes Waschen bei größter Schonung des Gewebes.

PERSIL das beste selbsttätige Waschmittel von größter Waschwirkung. Überall erhältlich nur in Original-Packung, niemals lose.

Preis des Pakets M. 4,-
 Alleinige Hersteller: HENKEL & CIE., DÜSSELDORF.

Kriegsanleihe wird zu 84% in Zahlung genommen.

4 **Sonderangebote nur 2 Tage**

Plüschmäntel ..	750	1100
Pelzmäntel	2800	3400
Uister	265	417
Astrachanmäntel	300	480

Jetzt: Sommermäntel u. Kostüme sehr sehr billig!!!

Impr. Mäntel	140	Impr. Seldenmäntel	240
Covercoatmäntel	176	Kostüme	298
Gummimäntel f. Damen	298	Gummimäntel f. Herren	372
Mantelkleider	330	Röcke	68
Baumwollene Sportjacken	40	in blau	
Wollene u. kunstseidene Sportjacken	in allen Farben	140	

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstraße 37a
 2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Achtung! Brantenteile! Ausschneiden!
 Von weit und breit kommen die Paare zu Richard Bonneck, um sich zu verloben.

Deutschlands größtes Spezialgeschäft für Trauringe. Gegründet 1892.

1 Ring Dukat. 0,900 gest. von M. 75 an	
1 " " 0,900 " 3 Gramm M. 150	
1 " 1 " 0,900 " 3,5 " " 175	
1 " 1 1/2 " 0,900 " 5 " " 250	
1 " 2 " 0,900 " 7 " " 350	
1 Ring 0,585 gest. v. M. 60 bis M. 100	
1 Ring 0,333 gest. v. M. 30 bis M. 100	

Sämtliche Ringe 2 1/2-7 mm breit am Lager.

Alles fix und fertig zum Mitnehmen.

Diese Ringe Ornament „Rose“ und „Myrte“ sowie mit Inschrift „Du bist mein“, „Mit Willen Dein eigen“ (in 0,585 Gold) von M. 200.- an. Alle Weiten vorrätig.

Katalog gratis! Versand nach außerhalb.
 Riesenauswahl aller in der Uhren- und Juwelenbranche vorkommenden Waren.
 Stets Gelegenheitskäufe in Brillanten.

RICHARD BONNECK
 Hauptgeschäft: Berlin N, Schönhauser Allee 45 (Hochhaus: Danziger Straße, Tel.: Humb. 1344, Filiale: Landsberger Allee 41.
 Telegramm-Adresse: Goldonkel, Berlin.
 Ankauf v. Gold u. Juwelen. Fahrz. v. vergütet.

Reichsbank-Giro-Konto

Gartenstadt Neusegefeld
 (Vorort Berlin-Rauen)
 Heutige Partellei. beher. Boden für Obst und Gemüse. Bietet auch die **Deutsche Anstaltungsbank**, Berlin W 50, Kurfürstendamm 17. Fernsprecher Gering 4776. (Bestandteile am Bahnh. Segefeld. Nach Sonntags geöffnet.)
Vormärtsstrebende und Gründer
 Gute Baubedingungen! Mäßige und unregelmäßige Bezahlungen: Ein neuer Welt? findet gratis **F. Gemann & Co.**, Berlin, Röniggraber Str. 71.

Möbel zu niedrigsten Preisen direkt an Private. Telefonanwahl.
 Schloß, 1686-16765 Str.
 Spieß, 1710-18670 Str.
 Gerson, 1755-17845 Str.
 Wobus, 875-3800 Str.
 Rüben, 445-2885 Str.
 Lieferung frei, Lagerung tollent. 10/10hr. Garantie.
Möbel-Haus Jewecke Berlin, Bobbe, 60

Werbungskosten 25-50% Korbgeschenk
Damen sparen Geld!
 Für die Reise!
Winterulster 95 160 250 u.
Schlüpfer, Kostüme, Strickjacken 95, 145, 225 u.
Tuchmäntel, Seldenmäntel, Alpakamäntel 165 225 350 u.
M. Noszczyk, Landsberger Straße 59, 1. Trepp. Berlin!
 Sonnabends und Sonntags geschlossen.

Admirals-Bad im Admirals-Palast am Bahnhof Friedrichstraße n. Kurabteilung unter Leitung von Dr. med. Kleffel (früher Dr. Lahmanns Sanatorium „Weißer Hirsch“)
 Gesamtes Wasserheilverfahren, Kohlensäure-, Sauerstoff-, Radium-, Moorlauge-, Sole-, Schwefel-, Lohantän-, Kiefernadel- usw.-Bäder, Fango-Packungen, Heißluft-, Dampf-, Gliblisch-, Kastenbäder, Höhen-sonne, Diathermie, Franklination, Vaccellen- und Wechselstr.-Bad, Dr. Lahmann-Kur. (Stoffwechselkur).
 Annahme 3-3 Uhr. Sonntags geschlossen.

Groß-Berlin

Die 1-Uhr-Polizeistunde.

Die Regelung für Berlin.

Auf Grund der ministeriellen Verfügung über die Neuordnung der Polizeistunde hat der Berliner Polizeipräsident für den Polizeibezirk Berlin jetzt folgende Regelung getroffen:

Für Vergnügungssparten (sogenannte Kummelplätze) wird die Polizeistunde in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September auf 10 Uhr, in der Zeit vom 10. September bis 30. April auf 8 Uhr abends festgesetzt. Für einzelne dieser Unternehmungen kann durch Verfügung des Polizeipräsidenten die Polizeistunde bis 10 1/2 Uhr abends verlängert werden.

Für Theateraufführungen und alle Darbietungen, welche bei gewerbemäßiger Ausübung einer Erlaubnis aus § 332 der Reichsgewerbeordnung bedürfen sowie für alle Lichtspielvorstellungen wird die Polizeistunde auf 11 1/2 Uhr festgesetzt.

Für Gast-, Speise- und Schankwirtschaften sowie für Cafés wird die Polizeistunde auf 1 Uhr festgesetzt. Betriebe der vorbenannten Art dürfen nicht vor 6 Uhr morgens für das Publikum geöffnet werden. Ausnahmen hieron können bei dringendem Bedürfnis durch Verfügung des Polizeipräsidenten unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bewilligt werden.

Erweist sich der Unternehmer eines der in den Paragraphen 1 bis 3 bezeichneten Betriebe in der Ausübung seines Gewerbes als unzuverlässig oder erweben sich aus seiner Geschäftsführung Unzuträglichkeiten für die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung, so kann die Polizeistunde für seinen Betrieb durch Verfügung der Polizeibehörde bis auf 10 Uhr abends herabgesetzt werden.

In einzelnen besonders gearteten Ausnahmefällen, insbesondere bei Wohltätigkeitsveranstaltungen, kann die Polizeistunde über den in § 1-3 bezeichneten Rahmen, jedoch nicht über 2 Uhr nachts hinaus verlängert werden. Handelt es sich um Wohltätigkeitsveranstaltungen, so ist die Verlängerung von der auf Grund der Bundesratsverordnung betreffend die Kriegswohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 vorher eingeholten Genehmigung abhängig.

Die Verordnung tritt mit dem 1. September 1921 in Kraft.

Der Spätverkehr auf der Stadtbahn.

Die Maßnahmen der Eisenbahn aus Anlaß der verlängerten Polizeistunde liegen nunmehr fest. Danach werden im ganzen zwei neue Zugpaare gefahren, und zwar das eine auf der Stadtbahn, und zwar zwischen Charlottenburg und Spandau, ab Charlottenburg 11.57 Uhr abends, an Spandau West 12.20 Uhr nachts, und die der Gegenrichtung ab Spandau West 12.40 Uhr nachts, an Charlottenburg 1.03 Uhr nachts. Das andere neue Zugpaar wird auf der elektrischen Vorortstrecke Groß-Lichterfelde-Ost-Potsdamer Bahnhof gefahren: ab Potsdamer Ringbahnhof 1.15 Uhr nachts, an Lichterfelde-Ost 1.32 Uhr, ab Lichterfelde 1.35 Uhr, an Potsdamer Bahnhof 1.52 Uhr nachts. Auf der Ringbahn, Wannseebahn, Stadtbahn und auf der Strecke Berlin-Oranienburg treten ab 1. September insofern Änderungen ein, als die bisher verkehrenden letzten Züge ausfallen und durch entsprechend später verkehrende Züge ersetzt werden. Auf der Strecke Potsdamer Bahnhof-Jossen, Görtzener Bahnhof-Königsfurterhausen, Potsdam-Stadtbahn-Erker, Stadtbahn-Strausberg, Steintiner Bahnhof-Velten, Lehnitz Bahnhof-Spandau-Rauen bzw. Buxtehde werden Änderungen im Spätverkehr vorläufig nicht eintreten.

Zur Verzeiwung getrieben.

Tragödie im evangelischen Frauenseminar.

Im Elisabethkrankenhaus liegt ein totes Mädchen, Armda Langner, eine Selbstmörderin, die noch nicht beerdigt werden kann, weil die Formalitäten zur Freigabe der Leiche noch zu erfüllen sind. Als Hüchling war die nun Verstorbene aus der oberhessischen Grenzgegend vor einigen Monaten nach Berlin gekommen und fand hier eine Dienststelle im evangelischen Frauenseminar, Potsdamer Str. 73a. Außer ihr wurden dort noch zwei Mädchen beschäftigt. Die drei eigneten sich von der ihnen zugewiesenen Bettwäsche soviel an, daß sie sich je zwei Hemden davon machen konnten. Das wurde ruckbar und die Leiterinnen des Seminars teilten den Fall dem Pfarrer Thiele mit. Dieser erklärte, daß er die Sünde nicht zur Anzeige bringen wolle, aber das Mädchen müsse fort. Das Mädchen wußte nicht,

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

Nabezu zehn Jahre waren Lucie und Reiser miteinander verbunden, und nun war die Stunde gekommen, da sie miteinander abrechneten, das Ergebnis ihrer Ehe zogen. Es war eine bittere Stunde, nicht nur für Reiser, auch für Lucie, die beide erkannten, daß etwas zerbrach, das nie ganz gewesen war.

„Ich gehe, weil ich dich liebe,“ sagte Reiser. „Um deine und um des Kindes willen gehe ich.“

„Du lügst,“ antwortete sie ihm haßerfüllt. „Nicht um meine und um des Kindes willen gehst du, sondern um deinetwillen, weil dich das Gefängnis schreckt, weil du feig bist!“

Ihre Verachtung erbitterte ihn. „Sage mir: würde es dadurch besser, wenn ich das Gefängnis vorzöge? Wovon solltet ihr leben?“

„Vom Geld eines Menschen, an den du uns verrätst?“ Er sank auf einen Stuhl und bedeckte das Gesicht mit beiden Händen. „Du hast recht,“ stöhnte er, „du hast recht... Aber kann ich es denn verhindern? Ich kann es nicht. Mir fehlt die Kraft. Ich fürchte mich. Ich fürchte mich vor dem Gefängnis... Noch einmal —? ... Nein, ich kann nicht! Mich schüttelt die Angst!“

„So warst du schon immer,“ sagte sie kalt, „feig, grausam und undankbar. Du blähest dich auf und warst doch nur ein Popanz, der jetzt zerplatzt.“

„Das sagst du mir?“

„Ja, ich.“

„War ich feig, grausam, undankbar gegen dich?“

„Du glühst so lange für mich, als du mich wolltest. Als du mich hastest, wurdest du gleichgültig und kalt und gingst andere Wege... Meinst du, daß ich deine Wege nicht gekannt habe?“

„Und du hast mir das nie... nie — gezeigt?“ flüsterte er fassungslos.

„Nein,“ sagte sie hart, „ich habe es dir nie gezeigt: das war meine Rache.“

„Und du liebst mich gehen, alle Wege, die ich wollte...“

wohin es sich wenden sollte, und da es auch mehr Ehrgefühl besaß als viele von den „reinen“ Christen besitzen, trank es in der Verzweiflung Lysol. Der herbeigerufene Arzt konnte nicht mehr helfen. Sie verstarb nach stundenlanger Qual im Krankenhaus, wohin sie durch die Polizei gebracht wurde. Von den beiden anderen Mädchen soll eine bereits entlassen, die zweite aber noch dort sein.

Angesichts der Tatsache, daß ein junges Menschenleben einer Lappalie wegen vernichtet ist, müssen wir doch die Frage aufwerfen, ob es nicht viel richtiger gewesen wäre, vom christlichen Standpunkt aus die weitestgehende Barmherzigkeit zu üben und das Mädchen nicht eher zu entlassen, bis es eine andere Unterkunft gefunden? So und nicht anders hätte unserer Meinung nach der Herr Pastor als Prediger der Nächstenliebe handeln sollen, um ein junges Menschenleben vor völliger Verzweiflung zu schützen.

Klingelfahrer.

Eine ganze Familie auf der Anklagebank.

Sechs zu einer Familie gehörige Personen waren gestern im Anklageraum der Ferienkammer des Landgerichts I vereinigt. Die mehrfach erheblich vorbestraften Brüder Klempner Johannes Schreiber und Walter Oswald Schreiber, sowie ein dritter, nur einmal vorbestrafter Bruder, der Kohrleger Oswald Schreiber, ferner drei mit ihnen als Frau, Ehefrau und Mutter verwandtschaftlich verbundene Pflegen.

Die drei Brüder pflegten durch die Strafen zu stolzen und die Gelegenheit zu Einbruchsdiebstählen zu erspähen. Wenn sie an den herabgelassenenalousen vermuteten, daß die Wohnungsinhaber verreist wären, wurde Oswald Schreiber als „Klingelfahrer“ vorgeschickt und dann nach dessen Befehd

Bezirksverband Berlin der SPD.

Die Mitglieder des Bezirksvorstandes treffen sich Montag, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, im Bezirkssekretariat, Lindenstraße 3, um Stellung zu nehmen zu der durch die Ermordung Erzbergers geschaffenen politischen Lage.

zum Einbruch mittels Dietrich und Brechstange vorgegangen. Gestern standen zunächst zwei solcher Wohnungseinbrüche zur Anklage; bei dem einen waren Wäsche und andere Wertgegenstände im Werte von 8000—10000 M. (Friedenspreise) gestohlen; im zweiten Falle solche im Werte von 50000 M. Die beiden ersten Angeklagten führten bei Ausübung der Verbrechen auch geladene Revolver bei sich, die sie bei ihrer Verfolgung zur Abwehr auf ihre Verfolger richteten. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Oswald Schreiber 6 Jahre Zuchthaus, gegen Johannes Schreiber 4 Jahre Zuchthaus, gegen Oswald Schreiber 3 Jahre Zuchthaus und gegen die weiblichen Angeklagten je mehrere Monate Gefängnis wegen Begünstigung. — Das Gericht verurteilte Oswald und Johannes Schreiber zu je 6 Jahren Zuchthaus und zu 10 Jahren Ehrverlust, Oswald Schreiber zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, die drei Frauen zu je sechs Monaten Gefängnis.

Die Untersuchung gegen Großmann.

Von den Mädchen, die bei dem Mord als Wirtschaftserinnen sich einige Tage aufgehalten hatten, sind drei ermittelt worden. Sie wurden gestern verhört und dem Verhafteten gegenübergestellt. Eins dieser Mädchen gibt an, daß ihr Großmann einmal die Finger in den Hals gesteckt hätte und sie sich nur dadurch habe retten können, daß sie den sonst ziemlich schwachen Menschen von sich gestoßen habe. Auch diese Mädchen hatte er wie die ermittelte Rittiche alle gefesselt. Bei der Gegenüberstellung kam es zu erregten Auseinandersetzungen, da Großmann den Aussagen der Mädchen sänftig widersprach, endlich aber, als er sah, daß seine Aussagen ungläubig waren, erklärte er dann, dann müsse es schon so stimmen, wie die Mädchen ausgaben. Für alle Beschuldigungen hat er aber sofort Erklärungen zur Hand, die aber stets frei erfunden sind. So will er dem Mädchen die Finger auf deren Verlangen in den Mund gesteckt haben, weil diese Brechstahl gehabt habe. Das Mädchen leidet heute noch an den Verletzungen, die es dabei erlitten hatte. Obwohl eine Vorführung des Verbrechens an den Tatort zur weiteren Aufklärung seiner Angaben von Vorteil wäre, so hat man bisher jedoch davon abgesehen.

Wanzenbekämpfung in Adlershof.

Im Adlershofer Barackenlager, dessen von den Bewohnern bitter beklagter Zustand auch in der letzten Bezirksverordnetenversammlung des Verwaltungsbezirks 15 (Trepom) scharf gerügt wurde, hat eine sehr notwendige Besserungsaktion begonnen. Zu den sofort auszuführenden Maßnahmen gehört der nachdrückliche Kampf gegen die widerwärtige Wanzenplage — und der ist seit der vorigen Woche im Gange. Damit völlige Beseitigung des Ungeziefers erreicht wird, müssen sämtliche Wohnungen mit ihrem ganzen Inhalt durch giftige Gase desinfiziert werden. Die Barackenbewohner werden es wie eine Erlösung empfinden, daß sie von der Wanzenplage, dieser hinterlistigen Plage aus der Kriegszeit, in der die damals errichteten Baracken mit Militär besetzt wurden, nun endlich befreit werden sollen.

Leider hat man aber nicht hinreichend Vorsorge getroffen, den Bewohnern der zu desinfizierenden Baracken vorübergehende Unterkunft an anderer Stelle zu beschaffen. In den Wohnungen, die zur Zusammenhaltung der Ostteile möglichst luftdicht verfaßt werden müssen, kann und darf selbstverständlich kein Mensch bleiben. Abgesperrt wird sogar die ganze Umgebung jeder einzelnen von den Desinfektoren in Arbeit genommenen Baracken, und an hemmenden Drähten warnen Plakate: „Eintritt verboten! Lebensgefahr! Giftige Gase!“ Wer nun von dem sogenannten Mieterblock des Barackenlagers erwartet hatte, daß durch ihn die zuständige Behörde veranlaßt werden würde, irgendwelche Notquartiere zu beschaffen, der sah sich enttäuscht. Die ausquartierten Barackenbewohner waren genötigt, für ein paar Tage und Nächte in den ohnedies nur kleinen und nicht starkbeheizten Wohnungen anderer Baracken einen Unterschlupf zu suchen. Um das zu ermöglichen, wird die Desinfektion so ausgeführt, daß in bestimmten Zeitabständen eine Baracke nach der anderen herankommt. Aber bei Familien von sechs bis acht Köpfen ist es nicht leicht, Platz und Aufnahme in anderen Familien zu beschaffen, zumal da auch die Betten in den zu desinfizierenden Wohnungen zurückgelassen werden müssen. Einzelne Familien zogen es vor, im Freien zu übernachten, was bei der doch schon recht sühbaren Kälte auch wieder nicht ganz unbedenklich ist. Bisher sind auf dem Nordgelände von zehn Baracken erst vier in Desinfektion genommen worden, und schon haben diese Schwierigkeiten sich gezeigt. Auch das kam vor, daß ein Wohnungsinhaber, vor den Desinfektoren flüchtend, in die Nachbarbaracke übersiedelte und dann auch aus ihr durch die Desinfektoren vertrieben wurde, ehe seine desinfizierte Wohnung wieder beziehbar geworden war.

Für den weiteren Fortgang der Desinfektionsarbeit ist dringend zu wünschen, daß die Frage der Notquartiere besser erwogen und befriedigend gelöst wird. Die Beforgnis mancher Bewohner des Barackenlagers, daß in den Wohnungen noch Nachwirkungen der giftigen Gase entstehen könnten, ist hoffentlich unbegründet. Sehr gründliche Lüftung ist allerdings nötig, damit auch aus Betten, Kleidung und Wäsche die letzten Reste der eingedrungenen Gase sich verflüchtigen.

Der Weg der Gemeinschaftsschule.

Ueber die Arbeitsgemeinschaftsschule sprach am letzten Freitag Frau Dr. Wegscheider in einer öffentlichen Versammlung im Riederhöfenhaus, die von dem Aktionsausschuß zur Errichtung einer Gemeinschaftsschule im 19. Verwaltungsbezirk einberufen war. Die Referentin führte u. a. folgendes aus:

Wir können nicht von der Gemeinschaftsschule sprechen, wenn wir uns nicht zuvor darüber klar geworden sind, daß die bisherige Schule ein politisches Instrument war. (Lebhaftes Zustimmung.) In den höheren Schulen wurden die Schüler auf die Berechtigung der gottgewollten Abhängigkeit hingewiesen, und in den Volksschulen zu der Ansicht erzogen, daß es auch Knecchte geben müsse, Gemeinschaftsgeist ist nicht gepflegt worden. Die ganze Einrichtung ist auf Haß und Kampf eingestellt gewesen und so ist der Grund gelegt worden zu den politischen Rorden, die wir jetzt zu bekämpfen haben, so ist der Boden bereitet worden zu der Berechtigung der Waffe, von der diejenigen so oft erfüllt sind, die durch eine höhere Schule gegangen sind. (Beifall.) Wir brauchen eine Gemeinschaftsschule, weil wir die Gemeinschaft bitter nötig haben. Wenn wir uns heute umsehen, so finden wir das Bewußtsein einer Gemeinschaft, die weit über Raum und Zeit hinausgeht, und die Sehnsucht dieser Gemeinschaft ist besonders stark in sozialistischen Kreisen. Ein Mensch ohne Gemeinschaft verdorrt. Rednerin ging dann auf die Mängel des heutigen Schulsystems ein und zeigte, wie durch ein ganzes Netz von Vorschriften die „Disziplin“ der Kinder aufrechterhalten wird, wie das Kind lernt, nicht das zu antworten, was es denkt, sondern was der Lehrer gerne zu hören wünscht. Der Arbeitsunterricht, der von allen modernen Pädagogen gefordert wird, kann erst in einer Gemeinschaftsschule Segen wirken. Unter dem Scheinleben der heutigen Schule leiden sowohl Kinder

Du!“ Er trat zornfunkelnd vor sie hin und packte sie im Handgelenk. „Du!“ schrie er noch einmal und haßte sie mit einem Schmerz, für den es keine Vinderung gab.

Sie lachte ihm ins Gesicht. „Tut dir das weh?“ Er ließ sie fahren. „Ja, das tut weh. Ich habe nicht geglaubt, daß du mir so weh tun könntest.“

„Und daß du mir weh tun könntest, das hast du auch nicht geglaubt, — wie?“ Sie wandte sich von ihm ab. „Ich war für dich nicht mehr als eine Magd, die ihr Kind zu behüten hatte, — ich hatte einen Platz, meinen Platz, während du hundert Plätze hattest, von denen du nur nach Hause zurückkehrtest, wenn du müde und ruhebedürftig warst.“

„Warum hast du nicht ein Wort gesprochen,“ fragte er sie mit leiser, tastender Stimme an, „ein Wort, ein einziges? ... Weißt du denn, wie sehr ich darauf gewartet habe, auf dieses eine Wort? ... Dieses ungesprochene Wort war es, das zwischen uns stand. Ich konnte es nicht sprechen, denn ich war zu tief in deiner Schuld. Aber du! Du mußt es sprechen! Und du hast es nie getan. Nie... Und ich bin über diesem ungesprochenen Wort alt geworden, enttäuscht und gleichmütig... Warum spricht sie es nicht zu mir?“ fragte ich mich immer wieder. Weil sie mich nicht lieb hat! antwortete es in mir... Das Kind war dir alles. Ich war dir nichts. Deshalb trieb es mich auch fort. Weil ich vergessen wollte... trieb es mich fort, denn es gab ja soviel, das ich vergessen wollte... Und doch: du hättest mich retten können, mit einem Wort, mit einem einzigen guten Wort! Und du hast es nicht getan!“

„Ich habe es nicht getan, weil ich gar nicht wollte, daß du gerettet würdest. Ich sah deinen Untergang, wie ihn andere sahen, nur deutlicher und sicherer, weil ich wußte, daß er kommen mußte. Und ich habe mich gefreut.“

„Du hast dich gefreut...“

„Ja,“ sagte sie aufatmend, „und nun ist er da.“

„Nun ist er da... Und gibst mir den letzten Fußtritt.“

„Den letzten Fußtritt,“ rief sie, „ja!“

Seine Stimme brach mitten entzwei. „Hastest du mich so sehr?“ fragte er.

Sie schüttelte den Kopf. „Ja wollte, ich könnte dich...“

„Lucie!“ rief er aus.

„Ja,“ beharrte sie und stampfte mit dem Fuß. Er versuchte einen angestollen Blick nach ihr hin. „Gibst es gar nichts, Lucie,“ flüsterte er, „gar nichts, das — — — könnte ich es — nie wieder... gutmachen?“

„Nein...“

„Es muß etwas geben... Bedenke doch, daß du — auch mein Kind ist!“

„Es ist mein Kind!“

„Du hast es mir genommen...“

„Du hast es nie bejessen,“ sagte sie mit kalter Genugtuung. „Gott sei Dank!“

„Und es gibt nichts, nichts, nichts...“ murmelte er.

Sie sah ihn höhnisch und lauernd an, wie eine Katze, die mit ihrem Opfer spielt. „Vielleicht doch, — vielleicht doch...“

Er zitterte vor langer Erwartung. „Du,“ bat er heiß, „sage es mir, — sage es!“

Sie moß ihn in einer Weise, als schähe sie ihn ab. „Geh, — geh... ins Gefängnis!“ sagte sie langsam und scharf.

Er taumelte. „Du, — du — wußst...?“

„Ja!“

Er schleppte sich in einen Winkel, fiel auf einen Stuhl nieder und vergrub den Kopf in den Armen. So verharrte er lange. Alles in ihm war tot und leer.

Er hatte das Wort gehört und war doch nicht von dem berührt worden, was sich damit verband: er dachte nicht an die Strafe, die ihn erwartete, an die jahrelange Haft, an das furchtbare Alleinsein, das tief zu Boden drückte und unfähig elend machte, an alle die Stunden einer hoffnungslosen Qual, die er kannte.

Er dachte nur eines: Sie will es! Sie wünscht mir es! Es freut sie, es macht sie glücklich! Ihr Haß und ihre Verachtung sind so groß, daß sie sich an meinem Schmerz weiden! Ich bin ihr nichts, zu einer Stunde, wo sie weiß, daß sie mir alles ist! Ich bin allein, Rettungslos allein. Und ich habe auch kein Kind, denn sie hat es mir weggenommen. Und dessen freut sie sich am meisten...“

Er stöhnte leis auf.

Das Uebermaß an Schmerz war die Stütze, an der er sich festhielt. Sie umklammerte er. So konnte er nicht mehr fallen. Und er wollte es auch nicht. (Fortf. folgt.)

als Lehrer. Die Kinder sollen zur verantwortlichen Anteilnahme an den Arbeiten der Schule erzogen werden. Der Tag, an dem Eltern den Entschluß fassen, eine Gemeinschaftsschule einzurichten, ist ein hoher Festtag, der noch in späteren Jahren gefeiert wird. In der Diskussion sprachen die Herren Lefèvre und Kieckhefer gegen die Gemeinschaftsschule, und besonders der letztere, der eine Rektorstelle in Niederschönhausen bekleidet, ging im „Rühroverstehen“ der Referentin weit über das erträgliche Maß hinaus. Lehrer Zieher erläuterte die Einrichtung der neuen Schule im einzelnen. Schindler und Henke kennzeichneten in treffender Weise die „Erfolge“ des bisherigen Schulsystems, während der Studienrat Dörla in sehr sachlicher Weise zu diesem Problem Stellung nahm. Im Schlusswort fertigte die Referentin in sehr geistvoller und feiner Weise die von den Gegnern der Gemeinschaftsschule gemachten Einwendungen ab. Bemerkenswert war, daß der in der Versammlung anwesende Schulrat Düring sich nicht zum Wort gemeldet hatte. Die ganze Versammlung, in der sich zahlreiche Eltern in die bereitliegenden Listen einschrieben, kann als voller Erfolg der Einheitschulbewegung bezeichnet werden.

Heute Elternratswahlen in Brich. Alle wohlberechtigten Eltern wählen die Liste I der sozialistischen Parteien. In der 1. Schule beginnt die Liste mit dem Namen Martha Balzer, an der 2. Schule (Bürgerstraße) mit dem Namen Franz Tenschert, an der 3. Schule (Hannemannstraße) mit dem Namen Albert Friedrich. Alle Genossen, die noch nicht zur Wahlarbeit eingeteilt sind, werden gebeten, sich im Lokal von Schröder, Chauffeestraße 58, zu melden.

Bezirksbildungsprüfung Groß-Berlin. Heute nachmittags 2 1/2 Uhr im Deutschen Opernhaus die Oper „Tiefland“. Beginn der Vorlesung 1 1/2 Uhr. Wir bitten, pünktlich zu erscheinen, da Zutrittskassen erst nach der Vorlesung Einlass erhalten. Wir bitten, die Karten und Marken für die Festongerte unverzüglich einzulösen. — Zur Erlangung einer wichtigen Angelegenheit findet am Montag, den 29., abends 6 1/2 Uhr, eine Sitzung der Mitglieder des engeren Bezirksbildungsausschusses statt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, Montag, den 29. August:

- 18. Kreis Weisensee. 8 Uhr im „Friedensgarten“, Rottke, Ede Viktorienstraße, außerordentliche Sitzung des Kreisbildungsausschusses.
- 19. Kreis Prenzlau. 7 1/2 Uhr Sitzung sämtlicher Mitglieder der Bildungsausschüsse aller Abteilungen im Jugendheim in Prenzlau, Breite Str. 25 (Eingang hinter dem Finanzamt).
- 20. Kreis. 6 Uhr im Rathaus Wilmersdorf, Kreisvorstandssitzung. Jede Abteilung muß durch zwei Genossen resp. Genossinnen vertreten sein. Außerdem nehmen an der Sitzung teil: die Stadt- und Bezirksverordneten, sowie die

- neuzugewählten Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenversammlung. — Elternräte und deren Bezirksverordnete müssen am Montag, 7 1/2 Uhr, zur Versammlung im Besprechungszimmer der 4. Gemeindefrauenhaus, Hausstr. 13 (Rheineckebau) erscheinen.
- 40. Abt. 7 Uhr in der 1. Klasse der Schule Torke Str. 44. Sämtliche Funktionäre müssen unentgeltlich erscheinen wegen wichtiger Mitteilungen.
- 41. Abt. 7 Uhr bei Mutter, Capellestr. 8. Funktionäre von sämtlichen Funktionären, Betriebsvertrauensleute, Bezirksführer, Elternräte und Kreisverordneten. Es wird auf den gefassten Beschlüssen hingewiesen.
- 42. Abt. 7 Uhr Sitzung der Bezirksführer, Betriebsvertrauensleute und Kreisverordneten bei Schumann, Stendaler Str. 18. Wichtige Tagesordnung.
- 43. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung bei Sasin, Dollauer Str. 35. Erziehen aller Genossen und Genossinnen ist bringend erforderlich, da zuhört wichtige Beschlüsse gefaßt werden.
- 44. Abt. Mariendorf. 7 1/2 Uhr Versammlung aller Funktionäre einschließlich der Kreisverordneten bei Hoch, Chausseestr. 44. Wichtiges und vollständiges Erscheinen ist Pflicht.
- 45. Abt. 8 Uhr Funktionäre bei Baracke, Rantkestr. 1. Die Vorstandsmitglieder treffen sich dort schon um 7 Uhr. — 46. und 48. Abt. 7 Uhr Sitzung sämtlicher Funktionäre beider Abteilungen bei Zimmer, Regalstr. 36, Ede Rindfleischstr. Tagesordnung: Stellungnahme zu den Kandidatenverordnungen. Bericht des Kreisverordneten. — 47. Abt. 7 Uhr im Lokal Schulrat, Emier Str. 102. Funktionäre mit sämtlichen Kreisverordneten. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen unbedingt erforderlich.
- 48. Abt. Oberbaumfeld. 7 1/2 Uhr im Lokal von Neumann, Siemensstraße, Funktionäre. Alle müssen erscheinen.
- 49. Abt. Jungfernheide. 7 Uhr Arbeitssitzung im Saal der Juristischen Gesellschaft, Lindenstr. 2.

Frauenversammlungen am Montag, den 29. August:

- 18. Abt. 7 1/2 Uhr bei Burmeister, Cobiner Str. 21. Referent Dr. Krosch: „Frau und soziale Hygiene“.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schreier, Viebigstr. 24. Referent Krosch: „Die Frau ist mein Kind (erzählt)“.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr in der Mädchenschule Schöner Str. 54. Thema: „Bebels Frau“.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schulze, Schöner Str. 166a. Referentin Martha Hopp: „Die Stadtschneidmahlzeiten und die Frauen“.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr bei Grohn, Miltach 5. Referent Dr. Walter Jellin: „Das Frauenleben in Spanien“.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Schmidt, Pariser Str. 24. Sehr wichtige Besprechung.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr bei Behrens, Regalstr. 22. Referent Dr. Max Schäfer: „Friedensarbeit“.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr bei Radjan, Rühlstr. 43. Referentin Gertrud Hanna: „Die Stadtschneidmahlzeiten“.
- 27. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Krüsi, Rantkestr. 11. Referent Arthur Häcker: „Die Stadtschneidmahlzeiten und die Frauen“.
- 28. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr bei Pieper, Holsteinische Ede Hofmeier Straße. Referent Pieper: „Kantonsentwürfen und Wahlen“.
- 29. Abt. Steglitz. 8 Uhr bei Thien, Oberstr. Ede Ringstraße. Referent Heinrich Oberländer: „Meine Erlösung im Orient“.
- 30. Abt. Tempelhof. 7 1/2 Uhr bei Jödel, Bouchestr. 83, Ede Rindfleischstr. Referent Dr. Frick Lorenz: „Religion und Sozialismus“.
- 31. Abt. Baumgarten. 7 1/2 Uhr bei Hoch, Baumgartenstr. 72. Referent Jödel: „Frauenwahlrecht und Wahlrecht“.

Ueberrnorgen, Dienstag, den 30. August:

- 29. Abt. 7 Uhr öffentliche Versammlung in der Schulaula Senefelderstr. 6. Referent Heinrich Strödel: „Die neuen Steuerordnungen“. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

- 2. Kreis Tiergarten. Elternräte und Kreisverordnete des Kreises 7 Uhr Treffensitzung bei Trümper, Tiergartenstr. 8. Lehrer sind hierzu eingeladen. Zeitliche für Elternräte.
- 3. Kreis Wedding. 7 Uhr in der Casula Bank, Ede Wiesenstraße. Kreisverordnetenversammlung. Tagesordnung: Auffreten der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl.
- 11. Kreis Schöneberg-Neukölln. 7 1/2 Uhr Kreisverordnetenversammlung in der Volkshalle, Schöneberg, Feurigstr. 27.
- 14. Kreis Neukölln-Nei-Budow-Ruhow. 7 Uhr Kreisverordnetenversammlung in der Aula des Realgymnasiums, Kaiser-Friedrich-Str. 20. Aufführung der Kandidaten zur Stadt- und Bezirksverordnetenwahl. Die Kandidaten sind die 27. Abt.
- 15. Kreis. 7 Uhr Kreisverordnetenversammlung in Johannisthal im Restaurant „Zum Einlebler“. Bericht der Kreisverordnetenaktion (Genosse Wittenbaum). Aufführung der Kandidaten.
- 20. Abt. Wilmersdorf. 7 1/2 Uhr Abends bei Pieper, Holsteinische Str. 40. Tagesordnung: Bericht vom Bezirksfest und die kommenden Stadtverordnetenwahlen. Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.
- 23. Abt. Tempelhof. 8 Uhr in der Schule Herderstraße. Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Berichtsetzung von der Kreisverordnetenversammlung.
- 30. Abt. Reinickendorf-Ost. 7 1/2 Uhr Funktionäre bei Knackstedt, Reichenstraße 121. Wichtige Tagesordnung.

14. Kreis Neukölln. Sonntag, den 11. September d. J. vormittags 10 Uhr. findet unter sachkundiger Führung ein Besuch des Botanischen Gartens statt. Anmeldungen hierzu sind bis spätestens 30. August bei gleichzeitiger Hinterlegung der Führergebühren von 1.50 M. im Sekretariat, Jägerstr. 66, zu erledigen.

Übungsstunde der SPD-Chöre:

Angefragte sind zu richten an A. Schulz, Charlottenburg, Rindkestr. 23.
 Montag, 7 1/2 Uhr: Arbeiterchorverein „Einigkeit“ Buchholz bei Damm, Pöschelstr. 16. — SPD-Männerchor Kreis Friedrichshagen im „Andreas-Kaffee“, Andreasstraße 3. — Frauenchor „Friedrichshagen“ im „Andreas-Kaffee“, Andreasstraße 3. — Dienstag, 7 1/2 Uhr: Sozialdemokratischer Männerchor „Volkliche Töne“ in der Aula der 11. Realschule, Bouchestr. 83. — „Harmonie“, Wilkenzie (8 Uhr), Viktorstr., Ede Wiesenstraße. — Sängerchor der SPD, Pankow (7 1/2-10 Uhr) im „Türkischen Bell“, Breite Straße. — Donnerstag, 8 Uhr, Männerchor Berlin-Ritte (7 1/2 Uhr) im „Bürgerheim“, Ede Schöner Str. 22. — Freier Männerchor Reinickendorf (7 1/2-10 Uhr) bei Lindstedt, Reichenstr. 120. Ede Grüner Weg. — Sozialdemokratischer Männerchor Reinickendorf (8-10 Uhr) bei Riendorf, Chausseestr. 18. — Freier Männerchor „Harmonie“ Charlottenburg (7 1/2-10 Uhr), Aula der Siemens-Oberrealschule, Schöner Str. 27. — „Liederkreis“ - Dorfstraße. — Wilmersdorf bei Schade, Reibstr., Ede Berliner Straße. — Sozialdemokratischer Männerchor (8 Uhr), Böhm-Drucker, Freigauer Allee.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Der Friedensbund der Kriegsteilnehmer (Friedensbund Berlin) hält am Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, im Rest. Wilhelmshof, Anhalterstr. 12, eine öffentliche Versammlung mit dem Thema „Kriegsverbrecher und internationaler Militarismus“ ab. Gültig willkommen. Eintritt frei. — Bund der Kriegsveteranen, Kriem und Waisen der Kaiserlichen Republik, Ortsgruppe Groß-Berlin. Nächste Versammlung Sonnabend, den 3. September, abends 10 Uhr, im Restaurant Brückentopf, Berlin S., Rantkestr. 12. Referent Bundessekretär Kamerad Lepina aus Reichensdorf.



Mantel aus reinwollenem Velours, wie obige Abbild. 775.-
 Damen-Filzhüte 25.- 32.- 44.-

Wollwaren

Damenkleidung

- a. gestreift
- Bluse Flanell, halbfrei oder geschlossen 35.50
- Mantel grau od. braun meliert 290.-
- Mantel aus vorzügl. Flauschstoff 350.-
- Kleid aus reinwoll. Trikot, mit Tresse garniert 395.-
- Jackenkleid aus reinwollenem Cheviot mit Tresse, Jacke halb a. Futter 560.-
- Morgenrock aus vorzüglichem warmen Trikotstoff 179.-

Korsette

- aus weißem festen Stoff 29.-
- aus grauem m. 1 Paar Haltern 48.-
- a. grauem Dreil. m. 1 Paar Haltern 55.-
- Hüfthalter a. weißem fest. Stoff, mit wechsb. Einlage und 1 Paar Haltern 55.-
- Korsett halbhohes Form, aus toas Dreil., mit 1 Paar Haltern 75.-
- Büstenhalter a. festem weißen Stoff 8.75

Kleiderstoffe

- Reinwoll. Kammgarn dunkel meliert, schwere Kostümware, 130cm, Mtr. 48.-
- Reinw. Kammgarn-Foulé blau-grün kariert, 105cm breit 58.-
- Kammgarn-Twill Reinwolle, marine und braun, 130 cm br., Mtr. 65.-
- Mantel- und Ulsterstoffe in Flausch und Velours 130cm, Mtr. 85.- bis 120.-

Seide u. Samt

- Paillette-Seide in vielen Farben 28.75
- Kleiderseide schottisch kariert, 85 cm br., Mtr. 59.-
- Chinakrepp in vielen Farben etwa 100 cm breit Mtr. 98.-
- Körper-Velvet schwarz und farbig 53.-
- Hut-Samt schwarz und farbig 63.-
- Mantel-Samt (Velours du Nord) 74 cm breit, Mtr. 98.-

Wirkwaren

- Schweiß-Socken grau-meliert 6.25
- Herrn-Socken Baumwolle ledfarbig mit Längsstreifen 11.50
- Herrn-Beinkleider echt Mako Blaukatze Mittelgröße 60.75
- Herrn-Hemden echt Mako Blaukatze Mittelgröße 82.75
- Damen-Strümpfe mit Doppelsehle, echt Mako-Baumw., schwarz 12.75

Fransen u. Volants

- Von der Mode bevorzugt Franse aus schwarz. Lacetband Breite 10 15 30 40 cm Mtr. 12.50 28.- 39.- 58.-
- Franse aus Cordonné-Seide Br. 10 15 20 25 45 cm 17.50 24.50 29.- 39.- 75.-
- Tüll-Volants weiß bestickt 100 cm breit... Mtr. 39.50
- Schwarze Tüll-Volants mit Metallstickerei 65 cm 40 cm Mtr. 70.- Mtr. 49.-
- Seidentüll bestickt schwarz, 100 cm br., Mtr. 43.-

Bettstellen

- Bettstelle weiß lackiert 80x190 cm 175.-
- Bettstelle schwarz oder weiß 90x190 cm, mit Patentmatratze u. Messingverzierung 325.-
- Diwanbett mit Moltonbezug Wergpolst. a. Roll. mit Federfüllung 325.-
- Kopfkissen 80x80 cm 72.-
- Deckbett mit Federfüllung 225.-
- Bettfedern und Daunenn in großer Auswahl
- Matratzen aus Seegras, Indialaser und Roßhaar in bewährten Qualitäten

Gardinen

- Halbvorhang aus geweb. Tüll 49.50
- Halbvorhang aus Etamin mit Figuren-Fries breit gewebtem 89.-
- Künstler-Garnitur elfenbeinfarbig aus gewebtem Tüll, dreiteilig 82.-
- Künstler-Garnitur aus Etamin mit gewebtem Fries, dreiteilig für 2 Betten, Bändchenarb. 143.-
- Tüllbettdecke mit oder ohne Volant 175.-
- Madrasstoffe in neuen Farbenzusammenstellungen... Mtr. 50.-

Teppiche

- Bouclé-Teppiche vorzügliche Qualität 170x 725.- 200x 1050.- 240x 300cm 1200.- 250x 300cm 2100.- 350cm 1575.- 400cm 2400.-
- Arminster-Teppiche gute Qualität 170x 800.- 200x 1200.- 240x 300cm 1800.- 300x 2400.- 350cm 1800.- 400cm 2400.-
- Bettvorleger Velours 55x114 98.- 65x 90x 350.- 130cm 150.- 160cm 350.-

* BERLIN C * KÖNIGSTRASSE * SPANDAUERSTRASSE *

Die sparsame Hausfrau verwendet im Haushalt nur die täglich frisch hergestellte und gelieferte erstklassige

Bolle-Margarine

da dieselbe vorzüglich im Geschmack und sehr ergiebig ist. Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften und in unseren Verkaufsstellen.

Meierei C. Bolle
 Mt. Noabit 98/103

Die KPD. auf neuen Wegen?

Auf dem Jenaer Parteitag der KPD. sagte eine Rednerin, die sich für eine wahrscheinlich verfehlende Denationalisierung aus...

Wahr gesprochen! Und nur verschwiegen und in dieser Versammlung auch nicht durch einen Zwischenruf die Frage aufgeworfen...

Nun, das heilige Moskauer selbst hat sich gründlich wandeln müssen. Will man Geschäfte mit dem Westkapital machen...

Auch sonst bemühte man sich, dem Putschgeist nicht allzu stark abzuschwächen. Die Bemühungen der Gewerkschaftsgruppen...

Nun soll die neue Propaganda an die Steuer-, Leiharbeiter- und Kurzarbeiterarbeit angeknüpft werden und die anderen...

Um die Vertretung der Arbeiterinteressen durch die „Menschenwisten“ und durch die Gewerkschaften, deren Eroberung...

die Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien die Hilfsaktion der Deutschen in eine Intervention zur Wiederherstellung...

Wenn die KPD. ihre neue „gereinigte“ Existenz und das Zusammenarbeiten mit den sozialdemokratischen Parteien...

Im übrigen dürfte gerade diese äußere Situation der Arbeiterklasse auch die KPD. trotz dem Bestehen genügender Gegenkräfte...

Richard Bernstein.

Die Schlussfugung.

Jena, 26. August. (Wegen Raummangel verspätet.)

Friesland als Referent und seine Resolution zur russischen Hilfsaktion stellen die Behauptung auf, daß die sozialdemokratischen...

Dann wurden die Anträge zur Arbeit gegen die Amsterdamer Richtung in den Gewerkschaften angenommen...

Ein Bericht der Zentrale, den Arbeitslosenbeitrag nachträglich auf 25 Pf. herabzusetzen, scheiterte.

Die Steuer- und Wirtschaftsresolution enthält auch einige von den Forderungen des ADGB. für die Erwerbslosen...

Um den nichtkommunistischen Epigenorganisationen eine Ablehnung gemeinsamen Vorgehens und Konferierens...

Auf Antrag Börners wurde die Forderung der Kontrolle der Steuerablieferung durch die Betriebsräte gestrichelt...

Wahl der Parteizentrale

erhalten Plek und Reger die höchste Stimmenzahl, Clara Zeilin und Rosa Wolfstein kommen weit dahinter...

Das dreifache Hoch auf die KPD. und auf die 3. Internationale erbrütet und wiederum wie beim Beginn des Parteitags...

Die Konferenzen der kommunistischen Gewerkschaftler in den folgenden Tagen sind nicht öffentlich.

Da unsere telephonischen Berichte zum Teil ganz entstellte waren, mögen die Leser die obenstehenden Ausfugungen als kritisches...

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend, Sekretariat: 68, Lindenstr. 3, 2. Hof links, 2 Treppen rechts. Telefon: 121 06-10.

Heute, Sonntag, den 28. August:

Ein Waldlauf findet vom 14. Kreis (Mühlhau) um 2 Uhr in der Rüstgärde (Friedensplatz) statt.

Morgen, Montag, den 29. August, abends 1/8 Uhr:

Seminar: Jugendheim Roonstraße (Turnhalle), Mühlberg-Vereinigung. - Zentraler Vorkurs: Jugendheim Schulgasse 2, Vortrag: „Gewinnung des Eisens im Pechstein“.

Wetterbericht bis Montag mittag: Nimmlich 100, veränderlich, nordwestlich mäßig, im Rüstengebiet ziemlich zahlreiche, im Binnenlande mehr vereinzelte, meist leichte Regenschauer...

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Einsegnungs-Stiefel. Für junge Herren Für junge Damen. Prima Rindbox-Schnürstiefel, 119,-. Prima R.-Chevreau-Schnürstiefel, 125,-. Leisner.

14 Karat Gold-Armband-Uhr 980 M. Riesenauswahl. Gold, Oongidi 9, 1000 Mark. Kari Wutke, Juvallidenstr. 16. Gegründet 1900.

Gartenlandparzellen zur Bewirtschaftung, Kapitalanlage und Bebauung. Möbel jeder Art bei kleiner Anzahlung. Spezial-Institut für Heilmagnetismus.

Silberfuchse 300 M. Bohlig-Kets sehr begehrt wegen vorzüglicher Qualität! K. Bohlig, Erste Thüringer Kets-Fabrik.

Arbeitskleidung Hosen von 45,- bis 225,- M. Hemden, Unterhosen, Socken. Gerh. Kohnen.

Zähne 8 M. Gurkofix feinsten Gurkensalat Ueberall erhältlich! Carl Timmer.

Kreuzfuchse 200 M., Skunka, Maifer, Weidfuchse, Luchs, Wölfe, Zobel, Sportpelze 600 M., Pelzwaren 1500 M. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Gold-Lotterie 300 000 75 000 40 000. A. Christian Kopp.

Schreibmaschinen Schäfer & Clauss. Abschriften übernimmt Adler.

Die Katzen. Diese Fragen sind alle anderen über die Lebensgewohnheiten und Eigenschaften. Gansler-Drehm.

- Taghemd mit Languelle..... M. 19⁵⁰
- Taghemd mit Stickerelansatz .. M. 25⁵⁰
- Taghemd im Rumpf gestickt .. M. 39-
- Taghemd mit Einsatz u. Blende M. 49-
- Beinkleid mit Languelle..... M. 19⁵⁰
- Beinkleid mit Stickerelansatz .. M. 25⁵⁰
- Beinkleid offene u. geschlossene Form M. 39-
- Beinkleid mit Stickerelansatz und Ansatz M. 49-
- Untertaille M. 29-
- mit Band und Hohlsaum M. 29-
- Prinzessrock M. 98-
- aus Opal mit Handhohlsaum..... M.

Taschentücher

- Damentuch mit Hohlsaum... M. 4-
- Damentuch mit Buchstaben... M. 57⁵⁰
- Herrentuch mit Hohlsaum... M. 6-
- Herrentuch gestümt M. 6⁵⁰
- Herrenoberhemd Perkal m. 1 Krg. M. 110-
- Herrenoberhemd Zephir m. 1 Krg. M. 125-

Wäsche

zu ausserordentlich billigen Preisen

- | | |
|--|--|
| Damen-Nachthemd Kimonoform mit Hohlsaum u. Stickerel M. 49- | Wäschegarnitur zweifellig, moderne Trägerform mit Stickerel.. M. 78- |
| Damen-Nachthemd mit Hohlsaum garniert und Band abgebunden M. 69- | Wäschegarnitur zweifellig, mit Blende und Einsatz .. M. 128- |
| Damen-Nachthemd mit Stickerel-Einsatz und Blende M. 79- | Wäschegarnitur zweifellig, mit Hohlsaum und Spitzen M. 148- |
| Damen-Nachthemd im Rumpf gestickt..... M. 89- | Wäschegarnitur mit Handstickerei u. Spitzen, elegant verarbeitet M. 168- |

Elegante Wäschegarnitur 98-

Hemd und Beinkleid mit Rumpfstickerei, Spitzengarnierung oder moderne Trägerform M.

Gestickte Spitzendecken

in Madeira- und Richelieu-Art

runde Form.....	60 cm	40-	70 cm	50-	90 cm	75-
ovale Form.....	60 cm	46-	70 cm	65-	90 cm	55-

- Wischtuch 55x55 cm, gestümt M. 87⁵⁰
- Gläserluch Reinleinen, gestümt M. 97⁵⁰
- Handtuchstoff 48 cm brt., Mtr. M. 7⁵⁰
- Küchenhandluch 48x100 cm, gestümt M. 13⁷⁵
- Tellertuch 48x115 cm, gestümt M. 16⁵⁰
- Stubenhandtuch reinleinen Gierstenkorn, 48x110 cm, gestümt .. M. 18-
- Jacquardhandtuch geblickt, 50x115 cm, gestümt M. 24-
- Tischtücher Reinleinen, 125 cm M. 7⁵⁰
- Servietten Jacquard, 55 cm. M. 13⁵⁰

Bettwäsche

- Dekbettbezug aus Louisiana M. 85-
- Dekbettbezug ohne Naht M. 125-
- Kissenbezug a. Louisiana M. 28⁵⁰
- Bettlaken aus Dowles, 160x230 M. 95-
- Reinleinenelaken 160x245 180-
- Oberlaken aus Linon mit Durchbruch und Stickerel M. 170-
- Kopfkissen passend M. 66-
- Hemdentuch 80 cm brt., Mtr. M. 10⁵⁰

HERRMANN GERSON

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Rosenkavalier
6 Uhr

Schauspielhaus
Goethes Geburtstag
Torquato Tasso
7 Uhr

Deutsches Theater
7 Uhr: Kean
Montag 7 Uhr: Kean

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Potasch u. Perimutter
Mo. 7 1/2: Potasch u. Perimutter

Gr. Schauspielhaus
(Karistraße)
7 Uhr: Kaufmann von Venedig
(Außer Abonnement)
Mo. 8: Die Weber (S. Abt. 6 A.)

Königsplatz Str.
Heute
7.30 Uhr: **Notruf**

Montag: Notruf
Dienstag: Notruf
Mittwoch: Notruf
Donnerstag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
Freitag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
Sonntag: Satans Maske
Mit dem Feuer spielen
Montag: Notruf

Komödienhaus
7.30 Uhr: Der blonde Engel

Berliner Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
DAS MILLIARDEN SOUPÉ

Rose-Theater
8 Uhr:

Jugend
Theater a. Kottbuser Tor
Tel.: Moritzpl. 16077
Täglich 7 1/2 Uhr

Elite-Sänger
10 Herren!
Witz! Komik!
Urkom. Typen!
Größer Lacherfolg!
Vvk. 11-12 u. 4-6 Uhr

APOLLON THEATER
M. 1122 1111

7 1/2
Internationales August-Programm
Optim Träume
Hilfslagerung: Nicht mit 22. August
sow. 10. September

Volksbühne
Theater am Bölowplatz
3 Uhr: Die Pledermaus
7 1/2 Uhr: Der Opornball

Lessing-Theater
Heute bis Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die Ballerina des Königs
(Leopoldine Konstantin)
Donnerstag bis Montag 7 1/2:
Ein idealer Gatte
(Thia Durieux)

Deutsches Künstler-Theater
Heute bis Mittwoch 8 Uhr:
Wem gehört Heine?
Valeri, Waldmann, Herrmann
Donnerstag bis Montag 7 1/2:
Die Ballerina des Königs
Leopoldine Konstantin

Central-Theater
6 Uhr: **Jionka**

Deutsch. Opernhaus
7 Uhr: **Troubadour**
Friedr. Wilhelmst. Ph.
7 1/2 Uhr: **Die Kleine aus der Hölle**
Kl. Schauspielhaus
11 1/2 Uhr: **Reigen**

Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die blaue Mazur**
Neues Operntheater
7 1/2 Uhr: **American-Girl**
Neues Theat. a. Zoo
11 1/2 Uhr: **Die kleine Lecassot**
Schiller-Theat. Charl.
3 Uhr: Wilhelm Tell
7 1/2 Uhr: **Alt-Heidelberg**
Schloßpark-Th. Steglitz
7 1/2 Uhr: **Liane des Verliebten**
Die Mitschuldigen
Thalia-Theater
11 1/2 Uhr: **Mascottchen**
Th. am Nollendorfplatz
3 1/2 Uhr: Wenn Liebe erwacht
8 Uhr: **Der Vetter aus Dingsda**
Th. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: **Die Dielehexe**
Theater des Westens
2 Uhr: Der Revisor v. Gogol
7 1/2 Uhr: **Die Braut d. Loculus**
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: **Nixchen**
Walhalla-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Scheidungsreise**
Volksoperette
Walhalla-Theater
Eröffnung 1. September
Die schöne Helena

Reichshafen-Theater
STETTNER SÄNGER
Nacht. 3 und
amends 7 1/2 U.
Nim. halbe Pr.
Varieté
Dankhoff-Brecht

Berliner Prater
Kastanien-Alice 7-9
Internationale
Ringkampf-Konkurrenz
Varieté

TÄGLICH 7 1/2 UHR

Die kleine Lecassot

EIN SPIEL IN 3 AKTEN VON RUDOLF EGGER

LEITER DES SPIELS: H. MANN FISCHER

KASSEN-ERÖFFNUNG 6 1/2 UHR
KARTENVERKAUF AN DER TAGESKASSE 11-1 1/2 UHR
BEI A. WERTHEIM, IM INVALIDENDANK U.
GRAPHISCHES KABINETT
KURFÜRSTENDAMM 232

DIREKTION GUSTAV CHARLÉ
AM LANDWEHRKASINO
UNTERGRUND-UND STADTBARNHOF
ZOO
AMT STREINPLATZ 6554

WINTERGARTEN
Haas-Meyer-Ballett
sowie der große
-Varieté-Spielplan-
Rauchen gestattet!

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe
Morgen 7 1/2: Die rot. Schuhe
Dienstag 7 1/2 zum 500. Male:
Abrakadabra



Metropol
Böhenstraße 24
7 1/2 Uhr:
Das sensationelle
Saison-Eröffnungs-
Programm

„Schäm' Dich - Lotte!“

betitelt sich die neue Operette der „Mascottchen“-Autoren Okonkowski und Steinberg, zu welcher wieder Walter Bromme die Musik geschrieben hat. — Wo sonst lustiges Schiffsleben sich entfaltet und die Weisen „Es gibt im Leben manchmal Momente“ und „Bist du glücklich, Schatz“ ertönen, wird sich jetzt das pikante Milieu eines Bühnenerstellers dem Zuschauer zeigen, und Modellzauber wird seine Wirkung tun. Die männliche Hauptrolle des Stückes wird von Eduard Lichtenstein (der „Viigeliebte“) gleich sieghaft als Tenor wie als Charmeur verkörpert. Else Müller, von der Komischen Oper rühmlichst bekannt, die quecksilbrige Dora Krach, Asta Hiller, der beliebte Komiker Fritz Beckmann, der fesche Rolf Brunner und Max Tobien (ein Oberbayer aus Berlin) bilden ein vorzügliches Ensemble. Die musikalische Einstudierung liegt in den Händen des feinfühligsten Dr. Grys; die Choreographie hat Egon Mangelsdorff besorgt; Bühnenbilder: Ernst Diederich; Ausstattung: H. Baruch & Co.

„Schäm' Dich - Lotte!“

erlebt Ihre Uraufführung
am Freitag, den 2. September
präzise 7 Uhr im

Thalia-Theater

NB. Der Vorverkauf beginnt
ab heute 10-12 und ab 6 Uhr

Teppich-Engros-Haus

Ganz besonders preiswertes Angebot!
keine Ware!
keine Ware!

Deutsche Perser doppeltellig ca. 165/230 280.- ca. 200/300 425.- ca. 250/350 675.-	Vorwerk-Teppiche, Qualitäten, Gürteln, Prima Tournay Kesselar	Prima Qualität mit Franze, Pers. Muster ca. 200/300 1000.- ca. 250/350 1800.- ca. 300/400 2400.-
Prima Bouclé ca. 160/235 500.- ca. 200/300 750.- ca. 250/350 1100.-	Ersetzen, Verbindungsstücke in allen Größen	Prima Tournay mit Franze ca. 200/300 1950.- ca. 250/350 3000.- ca. 300/400 3750.-

Diwanddecken, Tischdecken zu allen Preisen
Läuferstoffe in grosser Auswahl, auch in 11/16
10% auf Gardinen Rabatt, Halbstores, Tülldecken,
Etamines, Madras- und Leinen-Dekorationen

Gladtke & Königsfeld, Potsdamer Str. 97, 1

2. Haus vom Hochbahnhof Bölowstr.

Elegante Speisezimmer

Ganz rumb-gearbeitet,
Rohr ca. 2 m. Höhe
Reizvoll, runder Aus-
stattung, feine hohe
Eiche, komplett aus
7200 Mark.

Unvergleichlich
günstiges Angebot!

Berliner Möbelhaus
North Oichsowit,
nur Südosten
25 Skallitzer Str. 25
Hochbahn-Kottbuser Tor

UFA

Spielplan v. 26. 8. - 1. 9.

Maxim-Film der Ufa
Seefahrt ist not
nach d. Roman von Goeth Fock,
bearbeitet von Thomas Hall mit
Lucie Höflich - Hans Marr
Regie: Rudolf Biebrach

Ausserdem I. Grätz - Grotzke
Tippelpaule
mit Paul Grätz
Regie: Paul Ludwig Stein

Gloria-Monumentalfilm der Ufa
Die Nacht ohne Morgen
Regie: Karl Grune
Darsteller:
Hans Mierendorff
Grit Heyses - Hanni Weisse - Alb.
Steinrück - Fritz Klopfer - Edgar
Kiltsch - Veri. Pauli - Rosenhayn

Damra-Film in 3 Akten
Der Schrecken der weissen Hölle

Das böse Gewissen
B. B. Lustspiel mit Leo Peukert

Rez-Film der Ufa
Grausige Nächte
von Carl Mayer
Hauptrolle: Edith Posca
A. Abel, A. Korff, A. Sandrock
Regie: Lupa Pick

Nächtlicher Besuch
B. B. Lustspiel mit Arnold Rick

Die Erbin von Tordis
Lichtspiel in 6 Akten
mit Jca v. Lenkeffy, Lucie
Höflich, Paul Hartmann
Ilka Grünig, Arnold Korff
Ernst Hoffmann, Paul Otto
Regie: Robert Driessen

Vom 26. bis 28. August
Die Perle des Orients
Knopphen ist Hacenbrotel
B. B. Lustspiel mit Knopphen

Vom 30. Aug. bis 1. Sept.
Sturmflut des Lebens
mit Gunnar Tolnass
Regie: Paul Ludwig Stein

Vom 26. bis 29. August
Goliath Armstrong
V. Teil: Den Tod im Wacken
VI. Teil: Entlarvt

Vom 30. Aug. bis 1. Sept.
VI. Teil: Entlarvt

Wochentags ab 7 Uhr / Letzte Vor-
führung 7 1/2 Uhr / Sonnt. Beginn
4 Uhr / Letzte Vorführung 8 Uhr

Billige Seide



Serge, gute Futterware, 47 cm breit Mark **18 50**
 Duchesse Messaline, großes, modernes Farbsortiment, doppeltbreit Mark **69 00**
STRÜMPFE (Löwenmarke) **KRAWATTEN**
 Tramaseidener Damenstrumpf, gute Qualität in vielen Farben Mark **69 00**
 Taffet-Chiffon, gestreift, elegante Kleiderware in modernen Farbstellungen doppeltbreit, Mark **98 00**
 Satin-Grenadine, schwarz, elegante Ware, 98/100 cm breit Mark **119 00**
 Reinseidener Herren-Selbstbinder, elegante Streifen Mark **48 00**

Berlin SW 19

Leipziger Straße 43-44

Kleines Theater
 Heute 4 Uhr kleine Preise:
 Casanova's Sohn
 Täglich 8 Uhr
Hans Arnstadt in
Der Dieb (Le voleur)
Trianon-Theater
 Heute 4 Uhr kleine Preise:
 Die große Leidenschaft
 Täglich 8 Uhr
Ida Wüst in
Die große Leidenschaft
Residenz-Theater
 Heute 4 Uhr kleine Preise:
 Lady Windermere's Fächer
 Täglich 7 1/2 Uhr
Totentanz
 Paul Wegener
 Irene Triltsch
 Paul Hensfeldt

ADMIRALS-PALAST
 Dienstag, den 30. August
 zum 500. Male
„ABRAKADABRA“
 Hauptrollen:
 Dora Erlisen / Hans Witte / Alex Nordheimer / Gerda Plaumann
 Gertrud Link / Hans Gangowski
 Am Dirigentenpult der Komponist Julius Einödsholer

Sportpalast
 Das größte Kino der Welt
 Potsdamer Str. 72 • Hochbahn Bölowstr.
 Uraufführung des Reizfilms der Ufa:
Grausige Nächte
 Hauptrolle: Edith Posca
 Arnold Korff, Alfred Abel, Adèle Sandrock
 Regie: Lupa Pick
Tippel-Paule
 Lustspiel mit Paul Grätz

Central-Theater
 Alte Jakobstrasse 30-32 • Telefon Moritzplatz 4047
Donnerstag, 1. Sept., Beginn der Winterspielzeit
8 Uhr Der große Operettenerfolg 8 Uhr
Die Postmeisterin
 von August Neidhardt, Musik von Leon Jessel
 mit
Molly Wessely.
Ausscheiden! Sondervergünstigung Ausscheiden!
 nur gültig vom 1. bis 15. Sept.
 Mittelbalkon statt 12.- 8.- | Balkonsessel statt 22.- 14.-
 Parkett statt 14.- 10.- | Parkettsessel statt 25.- 16.-
 Rangloge statt 20.- 12.- | Orchestersessl. statt 30.- 20.-
Sonnabends 1 Mark mehr, Sonntags 2 Mark mehr!
 Gültig für 1 bis 6 Personen

Devorgute Caffitäten Berlins
Tonndorf-Betriebe
 Ob. Hans Tonndorf
Linden-Restaurant, Unter den Linden 44
 ab 10 Uhr morgens geöffnet
Tonndorf „Extra“, Mittelstraße 60 u.
 Linden-Restaurant
Tonndorf-Diele - Konditorei
 Unter den Linden 94
 meistens geöffnete
 Kasse und Kellner

„NEUE WELT“
 (Hasenheide)
 Sonnabend, den 3. September
 abends 7 1/2 Uhr
**Konzert des Berliner
 Lehrer-Gesangvereins**
 (Chormeister: Prof. Hugo Rädcl)
 Solist: E. Krangemann (Bariton)
 Am Klavier: Julius Dahlke ::
 Kartent: 5 u. 8 Mk. bei Bote & Sock; A. Wertheim;
 Lehrervereinshaus, Alexanderplatz; Bading, Neukölln,
 Bergstr. 43; Kriegerl., Badstr. 40; Neue Welt.

heute
 letzter Tag!
2 Vorstellungen 2
 4 Uhr 1 1/2 Uhr
4 Uhr Halb Preise!
Wilhelm Hartlein
 sowie der weitere
 Varieté-Spielplan
 Varieté 11 bis 12 Uhr
Morgen
 Beginn der
Film-Saison
Die Geliebte
Reswolskys

Hermann Engel
 Landsberger Str. 85, 86, 87.
 Montag, Dienstag, Mittwoch u. Donnerstag
**Hervorragendste Einkaufsgelegenheiten in
 Herbst- und Winter-Konfektion**
zu fabelhaft billigen Preisen!
 Allerfeinste Noppen-Wintermäntel, neueste Fässon, 398-298. Reich mit Applikationen und Sädeereien verzierte reinvollene schwere Costimo- u. Eudmäntel in Frauengröße 398 M. x Blaue, reinvollene Cheviot-Kostüme auf Seide gefüttert, 378 M. x Entzückende Sportkostüme mit Bridges u. Wägen aus feinsten Stoffen, neueste Formen, 398 M. x Reinvollene, dunkelblaue u. modern-farbige Kleider, mit Sädeereien verziert, 345, 286, 218, 198 M. x Seiden-trifot-Kleider 275 M. x Reizende reinvollene Theater- u. Gesellschaftskleider 398 M. x Reinvollene, marie-eblane, solide Kleider, 112,50. x Karierter, reinvollene Sportröcke, allerneueste Formen, 139-98 M. x Ledernartige Kleider, 69-49 M. x Schwarze Kleider, 74-69 M. x Reinvollene, gestricke Sportjaden 375, 325, 275, 225 M. x Eleg. Seidenblusen 225, 175, 125, 75 M. x Wachs- u. Sportblusen 45, 39,50, 26, 17,50 M. 140 cm br. Kostüm- u. Wäntel-Stoffe Met. 39,50 M. 130 cm breiten Wäntelstoff in neuem Farben Meter 98,50 M.
 130 cm breite reinvoll. u. seid. Gardinen in großer Farbensamml. Meter 115,50 M.
Wunderbare Lindener Kleider-Devisen in beliebigen Farben.
 80 cm breite Kleider- u. Damen-Blaselle Meter 22,50, 16,50 M.
 Reinvollene Kammgarn-Cheviots, schwarz u. farbig Meter 54,50, 37,50, 21,50 M.
 Geft. Hemden u. Blusen-Bezüge Stück 12,50 M.
Brautpaare und sparsame Hausfrauen, hier kommt Ihre Gelegenheit für Aussteuern.
 Prima Linon-Bettbezüge, Oberbett 120. Klassen 33,75 M., Bettdecken aus schwerem Dowlat 57 M., Damenhemden mit Languette, Hohlsaumgarnierung u. Stickerien 37,50, 29,50 M. Damen-Kniebeinkleider mit Stickerien, Hohlsaumgarnierung 37,50 M. Untertail'en mit Klöppel-spitze und Einsätzen 23,75 M. Polierfächer 2,50 M. Hemdentuch, prima Qualität, Meter 18,50, 17,50, 16,75 M. Vorzügliches Louisiana-tuch, Bezugsbreite, Meter 31,50, 27,50, 26. - M. Kissenbreite Meter 21. - 18,50 M. Gerstekorn-Handtücher mit weißer und roter Karle, Meter 12,75, 11,50, 9,75 M. Reineleinsene Wischtücher, rotkarle, Stück 11,75, 9,75 M. Prima Drell-Tischtücher, schwere Qual. 125x130 cm, Stück 58,50 M. 125x260 cm, Stück 117,00 M. Batist-Taschentücher mit Hohlnaht, gestickter Ecke, gepunktem Rand, Stück 4,90, 3,45, 3,25 M. Mako-Herren-Hemden und Unterhosen, Stück 32,50 M. Damenstrümpfe, braun und schwarz, Paar 5,90 M. Prima Mako-Damenstrümpfe, in allen Farben, Paar 10,75, 7,75 M., in Flor 13,50, 12,75 M., in Seide und Floransatz 27,50 M.
 Daß Sie blindlings kaufen sollen, nur deshalb, weil ich Ihnen von hervor-ragendsten Einkaufsgelegenheiten erzähle, wünsche ich nicht, aber verwenden Sie Ihre Warenkenntnis und prüfen Sie mit Sorgfalt meine Angebote, dann bin ich sicher, daß Sie mein treuester Kunde werden; ich lade Sie hiermit freundlich ohne jeden Kaufzwang ein; aber bitte kommen Sie!

50 000 Meter
 Klöppelspitzen und Klöppelinsätze, Schweizer und Plauerer Wäsche, Stickereien, hand-geklöppelte Wäsche-Motive, Tablettdecken, Tischdecken, Klöppelbesätze **außergewöhnlich billig.**

Deutsche Perle-Teppiche
 ohne jede Unterlegung
 120x190 cm 290 M. | 185x285 cm 490 M.
 150x220 cm 340 M. | 240x340 cm 698 M.
 Bestvorliegen 50x115 cm 64 M.
Ränntergardinen mit Querbehang 155, 110, 65 M.
 Halbflures aus gezeichnetem Tüll, Gestirn und Flamin 125, 69, 54 M.
 Nadrasgardinen, 2 Schals, 1 Querbehang, in herr-lichen Farbenstellungen 125, 165, 125 M.

Folies Caprice
 Lindenstr. 132 am Oranienbg. T.
 Täglich 8 Uhr
D. Geliebte a. Teilung
Fiebertaumel
Deutschen-Reseritz
 mit Ferd. Grönecker
Va. Stridwoile.
 genannt reine Wolle, in Samers u. gran. u. 3/4. u. 1/2. u. 1/4. u. 1/8. u. 1/16. u. 1/32. u. 1/64. u. 1/128. u. 1/256. u. 1/512. u. 1/1024. u. 1/2048. u. 1/4096. u. 1/8192. u. 1/16384. u. 1/32768. u. 1/65536. u. 1/131072. u. 1/262144. u. 1/524288. u. 1/1048576. u. 1/2097152. u. 1/4194304. u. 1/8388608. u. 1/16777216. u. 1/33554432. u. 1/67108864. u. 1/134217728. u. 1/268435456. u. 1/536870912. u. 1/1073741824. u. 1/2147483648. u. 1/4294967296. u. 1/8589934592. u. 1/17179869184. u. 1/34359738368. u. 1/68719476736. u. 1/137438953472. u. 1/274877906944. u. 1/549755813888. u. 1/1099511627776. u. 1/2199023255552. u. 1/4398046511104. u. 1/8796093022208. u. 1/17592186044416. u. 1/35184372088832. u. 1/70368744177664. u. 1/140737488355328. u. 1/281474976710656. u. 1/562949953421312. u. 1/1125899906842624. u. 1/2251799813685248. u. 1/4503599627370496. u. 1/9007199254740992. u. 1/18014398509481984. u. 1/36028797018963968. u. 1/72057594037927936. u. 1/144115188075855872. u. 1/288230376151711744. u. 1/576460752303423488. u. 1/1152921504606846976. u. 1/2305843009213693952. u. 1/4611686018427387904. u. 1/9223372036854775808. u. 1/18446744073709551616. u. 1/36893488147419103232. u. 1/73786976294838206464. u. 1/147573952589676412928. u. 1/295147905179352825856. u. 1/590295810358705651712. u. 1/1180591620717411303424. u. 1/2361183241434822606848. u. 1/4722366482869645213696. u. 1/9444732965739290427392. u. 1/18889465931478580854784. u. 1/37778931862957161709568. u. 1/75557863725914323419136. u. 1/151115727451828646838272. u. 1/30223145490365729376544. u. 1/60446290980731458753088. u. 1/120892581961462917506176. u. 1/241785163922925835012352. u. 1/483570327845851670024704. u. 1/967140655691703340049408. u. 1/1934281311383406680098816. u. 1/3868562622766813360197632. u. 1/7737125245533626720395264. u. 1/15474250491067253440790528. u. 1/30948500982134506881581056. u. 1/61897001964269013763162112. u. 1/123794003928538027526324224. u. 1/247588007857076055052648448. u. 1/495176015714152110105296896. u. 1/990352031428304220210593792. u. 1/1980704062856608440421187584. u. 1/3961408125713216880842375168. u. 1/7922816251426433761684750336. u. 1/15845632502852867523369500672. u. 1/31691265005705735046739001344. u. 1/63382530011411470093478002688. u. 1/126765060022822940186956005376. u. 1/253530120045645880373912010752. u. 1/507060240091291760747824021504. u. 1/1014120480182583521495648043008. u. 1/2028240960365167042991296086016. u. 1/4056481920730334085982592172032. u. 1/8112963841460668171965184344064. u. 1/16225927682921336343930368680128. u. 1/32451855365842672687860737280256. u. 1/64903710731685345375721464540512. u. 1/12980742146337071075144329088101024. u. 1/25961484292674142150288658176202048. u. 1/519229685853482843005773163404096. u. 1/10384593717069656860114632668080192. u. 1/20769187434139313720229265336160384. u. 1/41538374868278627440458530672320768. u. 1/8307674973655725488091706134461536. u. 1/16615349947311450976184012268922672. u. 1/33230699894622901952368024537845344. u. 1/66461399789245803904736049075690688. u. 1/132922799578491607808144098151381376. u. 1/265845599156983215616288196302762752. u. 1/531691198313966431232576392605525504. u. 1/106338239662793286246515278521105008. u. 1/21267647932558657249303055704220016. u. 1/425352958651173144986061114084440032. u. 1/85070591730234628997212222816880064. u. 1/170141183460469257994424445633760128. u. 1/340282366920938515988848891275520256. u. 1/680564733841877031977697782551040512. u. 1/13611294676837540639553955651020801024. u. 1/27222589353675081279107111302041602048. u. 1/54445178707350162558214222604083204096. u. 1/108890357414700325116428445208166408192. u. 1/217780714829400650232856894416332816384. u. 1/435561429658801300465713788832665632768. u. 1/87112285931760260093142757766533155552. u. 1/174224571835520520186285515533071111104. u. 1/348449143671041040372571031066142222016. u. 1/696898287342082080745142062132284444032. u. 1/1393796574684164161490284124264568888064. u. 1/27875931493683283229805682485291377776. u. 1/55751862987366566459611364970582755552. u. 1/111503725974733132919222729941165111104. u. 1/223007451949466265838445459882330222208. u. 1/446014903898932531676890919766660444416. u. 1/89202980779786506335378183953332088896. u. 1/178405961559573012670756379106664177792. u. 1/356811923119146025340151278213328355584. u. 1/713623846238292050680302556426656711168. u. 1/1427247692476584101360605112853333222336. u. 1/2854495384953168202721210225706664444672. u. 1/5708990769906336405442420451413328889344. u. 1/1141798153981267281088484090282665777888. u. 1/2283596307962534562176968180565331555776. u. 1/45671926159250691243539363611306631111552. u. 1/913438523185013824870787272226132222201024. u. 1/182687704637002747354175444452254444402048. u. 1/36537540927400549470835088890450888804096. u. 1/73075081854801098941670177780901777716192. u. 1/14615016370960219788334035556180355542336. u. 1/292300327419204395766680711123667111184672. u. 1/584600654838408791533361422247334222337344. u. 1/11692013096768174306667228448464444644688. u. 1/23384026193536348613334456897288888977776. u. 1/4676805238707269722666911379457777755552. u. 1/9353610477414539445333822758915555511104. u. 1/18707220954829078886667645517831111110208. u. 1/37414441909658157773335291035662222220416. u. 1/74828883819316315546670582071332444440832. u. 1/14965776768632631109334114142664888816656. u. 1/2993155353726526218666822828532977733312. u. 1/598631070745305243733364565706595466624. u. 1/1197262141490610475466729114118119333248. u. 1/2394524282981220950933458228223623666496. u. 1/478904856596244190186691656456473338912. u. 1/9578097131924883803733833129114667823824. u. 1/19156194263849767607467666258229336466464. u. 1/3831238852769953521493533351645688929328. u. 1/766247770553990704298706670329177785856. u. 1/1532495441107981408597413406583555717112. u. 1/3064990882215962817194827013167111142224. u. 1/612998176443192563438965402633422228448. u. 1/1225996352886385126877910852666444468896. u. 1/2451992705772770253755820505332888937792. u. 1/4903985411545540507511641010665777875552. u. 1/9807970823091081015023282021331555751104. u. 1/19615941646181620300465640426631111502208. u. 1/392318832923632406009312808532222204416. u. 1/784637665847264812018625617064444408832. u. 1/1569275331694529624037312341308888176656. u. 1/313855066338905924807462682661777753312. u. 1/6277101326778118496149336553334466666664. u. 1/12554202653556236992986710706669333328. u. 1/25108405307112473985973421413338666656. u. 1/50216810614224947971946842826673333112. u. 1/10043362122444994954389368553346666224. u. 1/2008672424488998990877873710669333448. u. 1/4017344848977997981755747421338666896. u. 1/803468969795599596351149484267733792. u. 1/160693793959119919270229896853466784. u. 1/3213875879182398385404597937069376. u. 1/6427751758364796770809195874138752. u. 1/1285550351672959354161839174827504. u. 1/2571100703345918708323678489655008. u. 1/514220140669183741664735697930016. u. 1/1028440281338367483329471395860032. u. 1/205688056267673496665894291740064. u. 1/411376112535346993331788583480128. u. 1/822752225070693986663577166960256. u. 1/1645504450141387973327554333920512. u. 1/3291008900282775946655110667841024. u. 1/6582017800565551893310213335682048. u. 1/13164035601131103786620426671364096. u. 1/2632807120226220757324085334272192. u. 1/5265614240452441514648170668544384. u. 1/10531228480904883029296341337088. u. 1/21062456961809766058592682674176. u. 1/42124913923619532117118165348352. u. 1/84249827847239064234236330696704. u. 1/16849965769447812846847266139408. u. 1/33699931538895625693694532278816. u. 1/67399863077791251387389064557632. u. 1/134799726155582502774780129115264. u. 1/269599452311165005548960258231296. u. 1/539198904622330011097920516462592. u. 1/1078397809244660022155840103125184. u. 1/21567956184893200443116802062516672. u. 1/4313591236978640088623360412513344. u. 1/8627182473957280177246720825026688. u. 1/1725436494791456035449441650013376. u. 1/3450872989582912070898883300026752. u. 1/6901745979165824141797766600053456. u. 1/13803491958331648283595533000106912. u. 1/27606983916663296567191066000213824. u. 1/55213967833326593134382133000427488. u. 1/110427935666653182668764266000854976. u. 1/220855871333306365337528533001709952. u. 1/441711742666612730675057066003419904. u. 1/883423485333225461350114133006839808. u. 1/1766846970666450922700228266013679616. u. 1/353369394133290184540045653302735332. u. 1/706738788266580369080091306605470664. u. 1/1413477576531160738160182613310913328. u. 1/2826955153062321476320365226621826656. u. 1/565391030612464295264073045334365312. u. 1/1130782061224928590528146090668706624. u. 1/2261564122449457181056292181337413248. u. 1/45231282448989436211125836266748688. u. 1/90462564897978872422251672533537776. u. 1/180925129795957744844513354667155552. u. 1/361850259591915489689026709333111104. u. 1/72370051918383097

Filmschau.

„Seefahrt tut not“. Ein weit über den Durchschnitt hinausragender Film wird im U. L. Auerfährndamm gezeigt. Es ist der Film „Seefahrt tut not“ nach dem bekannten Roman von Horv. K. o. E. für den Film bearbeitet von Theodor Hall. Das Motto ist keine Zensurhandlung, schlicht-ergreifende Menschenheitsfale werden wunderbar, allerdings etwas zu rührend vor Augen geführt. Die Darstellung mit Lucie Höllich in der tragenden Rolle der Fischerfrau stand auf bedeutender Höhe, Hans Marr als bedrückter Seemann war ihr ein ebenbürtiger Partner. Aber auch dem kleinen Werner Paulmann gebührt ein gut Teil an dem guten Ge-

lingen des Films. Rudolf Dieckhoff ausgeteilter Meile ist es zu danken, daß er um alle Klippen, die die Darstellung des, sicher herumschiffte und alle Geschicklichkeiten vermied. Darstellung und Silder fügten sich dem Rahmen der Handlung ein und so war von Anfang an der Boden für eine sich von Akt zu Akt steigende Stimmung geschaffen. Die schwimmende Wasserleiche und die vielen Jahre später hätte man sich jedoch aus Gründen der geschlossenen Wirkung gut schenken können. Dielem Film voran ging eine Grotte, „Tippeltiere“ mit Paul Wegy mit lustigen Gesellen. „Wraufige Wächter“ rollen im Sportpalast und U. L. Auerfährndamm, ab, aber es ist kein verführer Vol oder C. E. A. Hofmann, wie man nach dem Titel vermuten könnte, sondern nur die Geschichte eines ansehenden 7jährigen Kindes, das so tief ins innere Kart verdrbt ist, daß es unter

dem Einfluß eines verbrecherischen Menschen seinen Pflegevater auf die raffinierteste Weise bettelt und hintergeht. Und es ist gar nicht „genauig“, weil es viel zu unabweisbar ist. Schließlich ist dies Kind, wie es erlappert wird, auch noch dem Pflegevater über den Dauen und legt die Mutter zu würgen, wird aber doch mit seinem Selbstverleugert erbeut, nur vor Gericht stellt es sich heraus, daß es kein Kind, sondern ein 18-jähriger Missetäter ist, der zu verbrecherischen Taten untergeleitet war. Aber das richtige Kind findet sich auch noch am Schluß und alles wird wieder gut. Leider waren auch die Bilder matt und undeutlich, so daß man auch davon keine Freude haben konnte. Die Rolle des angeblichen Kindes spielte Hans Wallder und die immer geländete, immergenetische Mutter, die sich so hinter die Fühler legt, Edit Jofra.

**Wunder
billige
Angebote**

- Kinder-Spangenschuhe**
gran Segeltuch, mit Lederkappe u. stark. Leder-
sohle und Fleckabsatz. 31-35 18.50, 35-39
- Kinder-Sandalen** schwarz und braun
gemarbtet Rindled. In Quali. stark Ledersohle.
Gr. 31-35 62.40, Gr. 37-39 52.80, Gr. 23-26
- Kinder-Halbschuhe** weiss Leinen,
zum Schnüren u. mit Spange. Hervorragend
billig. 31-35 68.50, 37-39 58.50, 25-26
- Kinder-Spangenschuhe** Rindbox
u. Chromk. Preisw. Gr. 31-35 78.00, Gr. 27-30

- Damen-Leinenschuhe**
weiss, mit Spange u. kräftiger
Ledersohle. Extra billig 38⁰⁰
- Damen-Leinenschuhe**
weiss, z. Schnür, od. in Spange,
m. w. überzog. Abs. Sehr preisw. 72⁵⁰
- Damen-Spangenschuhe**
in Boxkalf u. anderen Leder-
sorten, mit Dreiviertelabsatz.
Auss. erg. wöhl. billig 88⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
Boxkalf u. and. Lederarten,
mit Spange, zum Teil zum
Schnüren. Extra billig 98⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
braun u. schwarz, z. Schnür,
od. in Spange, z. T. echt Chevz.
Auss. gewöhnlich preiswert 128⁵⁰
- Damen-Halbschuhe**
echt braun Chevreaux, Oxford,
mod. Laschen u. Stegspangenschuhe,
Goodyear-Weit-Ausführ. 135⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
R-Chevz., zum Schnüren od.
mit Spange, moderne Form,
gut. Fabrikat. Extra billig 135⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel**
echt Boxkalf u. Rindbox mit u.
ohne Lackkappe. Extra billig 135⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
R-Chevz., z. Schnüren od. mit
Spange, kurze moderne Form
148⁵⁰
- Damen-Halbschuhe**
braun Kallleder-Pumps, ver-
z. gl. Quali. rahmengegl. mit
hoch. amerik. Abs. 175⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
braun, echt Chevreaux u. Box-
kalf, z. Schnüren, pr. Quali. gut.
best. Fabrikat. Goodyear-Weit 175⁰⁰
- Damen-Lackschuhe**
zum Schnüren oder mit
Spange, moderne kurze For-
men, mit elegantem Absatz 195⁰⁰
- Damen-Halbschuhe**
braun und schwarz, echt
Chevreaux und Boxkalf, zum
Schnüren, echt rahmengegl. 195⁰⁰
- Damen-Schnürstiefel**
in Boxkalf, kurze moderne
Form, Derbyschnitt, Original
Goodyear-Weit-Ausführung 195⁰⁰
- Knaben-Schnürstiefel**
Rindh. u. R-Chevz., be. Purr.
eleganter Rahmungsstiefel 148⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel**
R-Chevreaux mit Lackkappe,
Besatz und Derbyschnitt, in
Qualität. Aussergew. billig 175⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel**
schwarz u. T. be. Rindh., Besatz
od. Derbyschnitt. Extra billig 195⁰⁰
- Herren-Halbschuhe**
schwarz u. braun, echt Chevz.
u. Rindbox, moderne Formen,
Goodyear-Weit-Ausführung 195⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel**
braun Boxkalf u. Rindbox,
mod. Form, Derbyschnitt,
prima Quali. Extra billig 245⁰⁰
- Herren-Schnürstiefel**
in Boxkalf, altern. neueste
Form, erstklassiges Fabri-
kat. Besonders preiswert 245⁰⁰
- Herren-Halbschuhe**
braun Boxkalf, Derbyschnitt,
neue spitze amerik. Form,
echt rahmengegl. Extra billig 275⁰⁰

Stiller

Berlin C. **GARDINENHAUS BERNHARD SCHWARTZ** Wallstr. 13
Gardinen
Untergrundbahn Spittelmarkt Ausgang Grünstr.
Teppiche

GOLD-
Silber-Platin-Bruch
Kant Silber-Zentrale
Gotzkowskystr. 13

*Das Größte,
auch Leistungsfähigste
Spezialgeschäft für Bettenrichtungen*

Unübertroffen in der
30 Pfennig
Preisklasse ist die neue
Manoli
„Silim“
Zigarette.

Sie erfüllt alle Wün-
sche des anspruchsvoll-
sten Raubers, da die
hervorragende Mi-
schung reiner, orienta-
licher Tabake diesem
Qualitätszeugnis
ein mildes und wir-
ziges Aroma verleiht.
Manoli „Silim“
ist auch hier und wird
zu haben.

Bettfedern
Rupffedern von 9.- M. per
Pfd. an
Schleißfedern 32.- M. per
Pfd. an
Daunen.... von 59.- M. per
Pfd. an

Fertige Betten
Oberbett von neu- 225 M.
retem
Unterbett laiert mit 205 M.
Eisen-
Kissen federn 82 M.

Bettwäsche
Oberbett Hem- 79.- M.
den-
Kissen tuch 22.- M.
Oberbett guter 105.- M.
Kissen Linon 32.- M.
Bettlaken Wäsche- 69.- M.
stoff
Bettlaken Daulas 75.- M.
Ueberlaken mit 125.- M.
Hohlraum
Kissen dazu passd. 39⁵⁰ M.

Steppdecken
guter Satin mit Tribot- 185.- M.
Ruchseide
Seideglanz-sein, dop- 265.- M.
pelteilig in viel Farben

Bett-Inlette
Oberbett 96.- 165.- M.
Unterbett 85.- 145.- M.
Kissen... 29.- 52.- M.

Handtücher
Gerstenkorn... 975 M.
Gerstenkorn halb- 1375 M.
leinen
Jacquard... 18⁵⁰ M.

Metall-Bettstellen



Messing-Bettstellen
© L. 500 105x200 cm mit 950.- M.
Gegendruckmatratze
Chaiselongue mit rotem Moltonbezug 320.- M.

Daunendecken
In Seiden-lans- 860.- M.
daunensatinüberscite
bunt mit einfarbiger 895.- M.
Kante
reine Seide doppel- 2900.- M.
seitig

Anerkannt gute Bettenfüllung:
Monopoldaunen
echt dän. ges. gesch. 59.- M.

**Schlaf-
zimmer**

weisslad., mit grossem
125 cm breiten Schrank
2950.- M.
Eiche furniert
4200.- M.

Mahagoni, Birke,
Rüstern poliert,
entsprechend billig!

Bettfedern: Lustig
Fabrik
Gustav Lustig
Berlin S. * Prinzenstr. 46
Eingang nur unter Glaskuppel!



Sehr beachtenswert!

Dar in allen Abteilungen meines Hauses vorgenommen

große Preisabbau

Beispielsweise: Deutsche Teppiche

moderne Muster reine Ware
 Größe 130/200 M. 167⁵⁰
 ca. 140/230 „ 207⁵⁰
 „ 195/300 „ 325⁰⁰
 in buntpersischen Mustern
 Größe 160/235 M. 287⁵⁰
 ca. 190/300 „ 435⁰⁰
 „ 240/340 „ 675⁰⁰

Eine große Anzahl mit Teppiche Fehlern! Möbelstoffe, Gardinen, Läuferstoffe, Tisch- und Diwandeck, Tüllbettdeck, Steppdeck, Treppenläufer

Teppich-Spezialhaus

Emil Lefèvre
 Berlin-Süd. Seit 1882

Oranienstr. 158.
 Keine Filialen!!!

Krätzburgan

befreit schnell Bettstücken o. Berufstät. 1000000fach beheizt. Dep.: Drg. Hans, N. Rolan, III. 15, Nord-Drog., Gottschalkstraße 10, Drg. Krueger, O. Schiller Weg 50, Neuk. Centr.-Drg., Bobbin 61, Drog. Gaul, Schönhauser, Klee 27.

Möbel

Schlafzimmer

Eiche, Schrank 130 cm komplett
 von M. 3850,- an

Auf Wunsch Zahlungs-erleichterung.

Stolzmann
 Belle Alliancestr. 100.

Prismen-Feldstecher

besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft

Photohaus Steckelmann
 Berlin W 9, Potsdamer Str. 135

Metallbetten,

Stahlmatrizen, Röhrenbetten, etc. an Privat, Hotel, 30A frei
 Öffnungsbefehl 30/1 (Zhr.)

„Die Kommunistische Internationale“

Organ des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale

Nr. 17

Inhalt: A. Rosmer: Der Dritte Kongreß der Komm. Internationale / J. Frills: Die Bedeutung des Dritten Kongresses der Komm. Internationale / Zum Dritten Weltkongreß der Komm. Internationale (Schreiben des Exekutivkomitees der Komm. Internationale) / G. Sinowjew: Ein Jahr des Kampfes / H. Brandler: Die revolutionäre Lage in Deutschland / Karl Radek: Der Fall Levi / Ueber den Rücktritt von fünf Mitgliedern aus der Zentrale der VKPD / N. Lenin: Zur Naturalsteuer (Die Bedeutung der neuen Politik und ihre Bedingungen) / E. Varga: Die wirtschaftlichen Grundlagen des Imperialismus der Vereinigten Staaten von Nordamerika / F. Kapelusch: Die Wohnungsnot als Weltkrise / O. W. Kuusinen: Zwei Probleme / Tom Barker: Der Seetransport, seine Organisation, seine Aufgaben und seine Aussichten / L. Trotzky: Ueber die Politik der KAPD / A. Lunatscharski: Die Kommunistische Internationale und die intellektuellen / William D. Haywood: Die revolutionären Probleme in Amerika. / Jaroslaw Salat und Eduard Brenner: Der Kampf um den Kommunismus in der Tschechoslowakei / A. Sultan Sade: Das neue Kriegsgewitter / Michael Pawlowitsch: Die kommunistische Bewegung in der Türkei / M. Zschakala: Die Menschewiki Georgiens und die Daschnaken Armeniens / Sen Katajama: Der japanische Arbeiter / Der Internationale Rat der Roten Gewerkschaften / Dokumente der Internationalen Kommunistischen Bewegung / Von der Tätigkeit des Exekutivkomitees der Komm. Internationale / Die Internationale der Komm. Jugend / Internationale Kommunistische Frauenbewegung / Helden und Märtyrer der proletarischen Revolution / Illustrationen: Begräbnis des Gen. Syll.

560 Seiten

Zu beziehen durch die

Preis M. 8,-

Verlagsbuchhandlung Carl Hoym Nachf. Louis Cahnbley, Hamburg 11

sowie durch alle Buchhandlungen und Organisationen der VKPD.

3755b*

Aluminiumhaus Cordts Oranienstr. 45
 Spezialgeschäft für sämtliche Aluminium-Haus- und Küchengeräte

Zum Warmwerden

zeigen wir Ihnen heute diese

3

markanten Neuheiten, die das charakteristische der kommenden Mode zum Ausdruck bringen.

Wie Sie es bei uns seit Jahren gewohnt sind, können Sie schon jetzt in unseren Schaufenstern und an unserem Lager alles zwanglos bewundern, was in den kommenden Monaten die Sehnsucht und Begierde aller Damen sein wird.



Das neue Stoffkleid
 Der breite, außerordentlich kloidsame Römerstreifen, m. langer, herabhängender fransengezierter Schärpe und die lose Schlüpfertform m. verlängerter Taille, nach Belieben offen oder geschlossen zu tragen, ist das wesentlich Neue.
 375.-

Der neue Mantel
 aus affenhautartiger Ware, mit ganz neuartigem Passenschnitt. Hinten mit capeartigem Fall. Besonders neu ist die schicke Wollplüschgarnierung an Stulpen und Kragen.
 365.-

Das neue Kostüm
 ist aus vorzüglicher Gabardine-Ware gefertigt. Beachten Sie die ca. 90 cm lange Jacke mit entzückender Treppengarnierung und die interessante Flatterbahn.
 695.-

C&A

Königstr. 33 • Am Bahnhof Alexanderplatz
 Chausseesir. 113 • Beim Stettiner Bahnhof